

Protestbewegungen haben in einigen Ländern Europas in den letzten Jahren vorübergehend eine große Stärke entwickelt. Sie haben viele verschiedene Gesichter. Was verbindet so unterschiedliche Protesformen wie etwa die *No-global*-Bewegung in Italien, die Proteste gegen die FPÖ in Österreich, die „Robin-Hood“-Aktionen in den französischen Energierversorgungsunternehmen und den Widerstand der dänischen Erwerbslosen gegen „Null-Euro-Jobs“? Die AutorInnen erläutern den Verlauf aktueller sozialer Auseinandersetzungen in vier Ländern Westeuropas aus akademischer und aktivistischer Perspektive. Was sind die länderspezifischen Hintergründe für die (brüchige) Vermittlung zwischen diesen unterschiedlichen Bewegungen?

Der Band dokumentiert die Beiträge, die 2004 im Rahmen der Hamburger Veranstaltungsreihe „Soziale Kämpfe in Europa“ vorgetragen wurden.

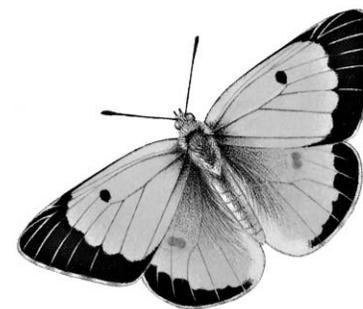
Preis: 6 Euro

ISBN 3-938372-02-8

Verlagsgesellschaft in ★
GNN
Schleswig-Holstein/Hamburg

Prekäre Bewegungen – Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark

Büro für angenehme Lebensweisen
Rosa-Luxemburg-Bildungswerk



Prekäre Bewegungen

Soziale Konflikte in
Frankreich, Italien,
Österreich und Dänemark

Prekäre Bewegungen. Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich und Dänemark. Texte zu einer Veranstaltungsreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, des Rosa-Luxemburg-Bildungswerkes Hamburg e.V. und des Büros für angenehme Lebensweisen, Hamburg. Sonderheft der Hamburger Skripte. Herausgegeben von Peter Birke, Meinhard Meuche-Mäker, Iris Nowak und Lars Stubbe.

Die Herausgabe des Buches wurde gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

Gesamtherstellung und Verlag:
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H.

Erste Auflage: Hamburg, Dezember 2004

Bestelladresse:
GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg
Tel. (0 40) 43 18 88 20 Fax (0 40) 43 18 88 21
eMail: gnn-hhsh@hansenet.de

Wir bedanken uns bei den Autorinnen und Autoren sowie bei Elena Doria, Dirk Nolte und Regine Vierck (für die Hilfe bei Übersetzung und Korrektur) sowie bei Silke Veth und Florian Weis (für die Hilfe bei der Organisation des Workshops).

Preis: 6 Euro
ISBN 3-938372-02-8

Hamburger Skripte

Das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk veröffentlicht in der Reihe Hamburger Skripte Texte, die im Zusammenhang mit den Bildungsangeboten des RLB, z.B. bei Veranstaltungen, entstanden sind. Wir wollen damit eine über den Tag hinausgehende Möglichkeit der Aneignung von und Auseinandersetzung mit politischen Inhalten anbieten. Die meisten Ausgaben der Hamburger Skripte (alle vergriffenen Ausgaben) sind auf unsere Website zum kostenfreien Download bereitgestellt oder können in gedruckter Form bestellt werden. Die Druckausgaben können bestellt werden per Zusendung der jeweiligen Schutzgebühr – zzgl. 1,44 € Porto – in Briefmarken.

Hamburger Skripte 1

Links • WählerInnen • Potenziale

Hintergründe und Schlussfolgerungen zur Wahl der Hamburger Bürgerschaft 2001 – vergriffen

Hamburger Skripte 2

Ein Politisches Beben verändert die Stadt – bald auch die Republik?

Gedanken zum Aufstieg der Schill-Partei – vergriffen

Hamburger Skripte 3

Gefährliche Fiktion: Die „Protokolle der Weisen von Zion“ – vergriffen

Hamburger Skripte 4

Zeichen für Rosa Luxemburg

Aktuelle Auseinandersetzungen um die Deutung von Geschichte – vergriffen

Hamburger Skripte 5

Der Entwurf der Verfassung der Europäischen Union: Militarisierung oder Friedensfähigkeit? (1,50 €)

Hamburger Skripte 6

Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill.

Skizzen zur Schillschen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus – vergriffen

Hamburger Skripte 7

Von der emanzipatorischen Theorie zur erwachsenendidaktischen Praxis?

Zum Selbstverständnis politischer Erwachsenenbildung (2,00 €)

Hamburger Skripte 8

Frieden mit der Vergangenheit?

Die beiden Wehrmachtsausstellungen als Beispiel für den deutschen Umgang mit dem Holocaust – vergriffen

Hamburger Skripte 10

Linke Parteien und Kooperationen in Europa – ein Überblick (2,50 €)

Hamburger Skripte 11

Hamburg: Wachsende Stadt durch schrumpfendes Gemeinwesen? – erscheint im Frühsommer 2005

Hamburger Skripte 12

„Individuelle Rechte werden aufgehoben“ – Analysen zu HARTZ IV – erscheint im Frühsommer 2005

Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.

info@rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Telefon 0179 – 273 28 44

c/o Treffpunkt St. Georg - Zimmerpforte 8 - 20099 Hamburg

www.rosa-luxemburg-bildungswerk.de

Prekäre Bewegungen

Soziale Konflikte in
Frankreich, Italien,
Österreich und Dänemark

Büro für angenehme Lebensweisen
Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Hamburg e.V.
Hamburg 2004

Inhalt

BÜRO FÜR ANGENEHME LEBENSWEISEN, HAMBURG Auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache: Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark ... und in der Bundesrepublik	3
BERNHARD SCHMID, PARIS Prekäre soziale Bewegungen: Der Widerstand gegen die Sozial„reformen“ und neue gewerkschaftliche Ansätze in Frankreich	24
EMILIANA ARMANO/RAFFAELE SCIORTINO, TURIN <i>No global</i> und soziale Kämpfe. Ambivalenzen im Umbau des Sozialstaates in Italien	45
ROLAND ATZMÜLLER, WIEN Das schwarz-blaue Experiment: Nachholender Neoliberalismus oder Modell für Europa? Österreich im Jahr 4 der Wende	70
ERLING FREDERIKSEN, GISLINGE/SJÆLLAND Null-Euro-Jobs: Die „aktive Sozialpolitik“ und die „Landesorganisation der Erwerbslosen“ in Dänemark	91
AutorInnenverzeichnis	111
Daten der Veranstaltungsreihe	112

Auf der Suche nach einer gemeinsamen Sprache: Soziale Konflikte in Frankreich, Italien, Österreich, Dänemark ... und in der Bundesrepublik

BÜRO FÜR ANGENEHME LEBENSWEISEN, HAMBURG

Einleitung

Die in diesem Heft dokumentierten Texte sind auf der Grundlage von Referaten entstanden, die im Rahmen einer Veranstaltungsreihe von April bis Oktober 2004 in Hamburg gehalten worden sind.¹ Ziel dieser Veranstaltungsreihe war es, einen exemplarischen Überblick über die jüngste Geschichte und die gegenwärtige Verfasstheit sozialer Konflikte in Europa zu geben. Die Auswahl der Länder war pragmatisch – abhängig von guten persönlichen Kontakten und einigen wenigen gemeinsamen politischen Erfahrungen. Die vorliegende Textsammlung beansprucht insofern nicht, repräsentativ zu sein, weder für die einzelnen Länder noch für „die“ europäischen Bewegungen insgesamt. So fehlen beispielsweise vollständig soziale Konflikte in Osteuropa, die vielleicht ähnliche Verlaufsformen annehmen, aber doch unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen stattfinden. Die Vortragenden waren (und sind) AkademikerInnen und AktivistInnen. Einige mehr das eine, andere mehr das andere, stellen sie aus unterschiedlichen Perspektiven Bezüge zwischen politischer Praxis und wissenschaftlicher Analyse her.

Alle vier Texte betonen die Bedeutung, die dem Umbau des Sozialstaates bei der Frage nach den sozialen Konflikten zukommt. Diese Schwerpunktsetzung ist nicht zuletzt auf entsprechende Fragestellungen zurückzuführen, die von uns als (Mit)veranstalterInnen im Vorfeld der Reihe formuliert worden sind. Unsere Absicht war, die Bedeutung der nationalen Verfasstheit der politischen Institutionen und Diskurse für die konkrete Gestalt sozialer Auseinandersetzungen nachzuvollziehen. Wir gingen davon aus, dass die Entgarantierung und Prekarisierung von Arbeits- und Lebensverhältnissen keinesfalls mit einer schwindenden Bedeutung nationalstaatlicher Politik einhergeht. Statt von einem „Rückzug des Staates“ könnte

1 Die Texte entstanden in unmittelbarem zeitlichem Zusammenhang mit diesen Veranstaltungen und berücksichtigen von daher die neuesten Entwicklungen in den betreffenden Ländern nicht. Eine Liste mit den Daten der Veranstaltungsreihe findet sich am Ende des Heftes.

man eher davon sprechen, dass sich die *Formen* der staatlichen Eingriffe entscheidend verändert haben. Ziel staatlicher Politik wird die Steigerung der Attraktivität des jeweiligen Territoriums als Wirtschaftsstandort für globale Unternehmen. Das Soziale verschwindet darin nicht einfach. Die Frage, was als Soziales gilt und damit der staatlichen Förderung würdig ist, wird dieser Zielsetzung untergeordnet.

Entsprechend wurden uns durch die ReferentInnen vorrangig z.B. Spezifika von Arbeiter- und sozialen Bewegungen, von Parteienkonstellationen oder von vorherrschenden Gerechtigkeitsdiskursen der jeweiligen Länder vorgeführt. In der Diskussion ging es dann wesentlich um die Klärung der Frage, welchen Beitrag diese Spezifika dazu leisten (können), dass individuelle Unrechtserfahrungen und die Verschlechterung der eigenen Lebensbedingungen zu gesellschaftlich sichtbaren Protesten führt. Dabei ist die Tatsache, dass die Referate und die hier dokumentierten Texte sich zunächst mit der Erklärung wesentlicher Grundzüge der länderspezifischen Entwicklung beschäftigen, auch Ausdruck der schwierigen Bedingungen, unter denen sich europäische oder globalisierte Formen kollektiver Organisation zu etablieren versuchen. Es ist mehr als deutlich, dass hier nach wie vor ein Problem in der Übersetzung und Vermittlung besteht – Informationen über unsere Nachbar- und Nachbarnachbarländer sind, auch im Zeitalter des Internets, noch lange kein Allgemeingut geworden. Kenntnisse über die politischen Vorgänge in anderen Ländern beschränken sich deshalb oft auf wenige Überschriften aus der Tagespresse und den Fernsehnachrichten. Soziale Konflikte bzw. Bewegungen spielen in deren Überschriften selten eine Rolle, und wenn, dann wird lediglich ihre gewaltförmige oder auf andere spektakuläre Weise manifestierte Außenseite thematisiert. Mit dem Anspruch, hinter und unter diese Außenseite zu sehen, hatten wir die Referentinnen und Referenten vor eine schwierige Aufgabe gestellt: Da die jeweiligen Referate in Form von Abendveranstaltungen präsentiert wurden, musste die spezifische Entwicklung der jeweiligen sozialstaatlichen Strukturen sehr prägnant dargestellt und stark auf die Analyse aktueller gesellschaftlicher Auseinandersetzungen zugespißt werden. Auf diese Weise kam die Diskussion über grundlegende Einschätzungen und die politischen Perspektiven der sozialen Proteste in der Tendenz zu kurz. Zudem konnten die Kämpfe um nationalstaatliche Regelungen kaum zu Eingriffen supranationaler staatlicher Strukturen ins Verhältnis gesetzt werden. Auch der Bezug der vorgeführten Konflikte auf Prozesse ökonomischer Umstrukturierung, d.h. die Durchsetzung neuer Produktions- und Unternehmensformen und ihre Regulierung auf transnationaler Ebene, erhielt zu wenig Raum. Schließlich konnte die Frage, ob und wie sich aus den Erfahrungen sozialer Bewegungen in anderen Ländern vor Ort, d.h. in Hamburg und in der Bundesrepublik, lernen ließe, innerhalb der Veranstaltungen nur angerissen werden.

Mit dem vorliegenden Heft wollen wir ermöglichen, dass das, was im Rahmen der Veranstaltungsreihe diskutiert wurde, zumindest nachgelesen werden kann. Wir haben alle ReferentInnen gebeten, Artikel zu verfassen, die das Vorgetragene vertiefen. Im Folgenden werden wir außerdem einen Vorschlag dazu machen, wie die einzelnen „Fälle“ systematisch aufeinander – und auf die Situation in der Bundesrepublik – bezogen werden könnten. Die inhaltlichen Überschneidungen, möglichen Verknüpfungen und Differenzen zwischen den Konflikten in den jeweiligen Ländern, die wir sehen, können hier allerdings nur skizziert werden. Es geht eher darum, die Voraussetzungen für eine Debatte herzustellen, als feste und abgeschlossene Erkenntnisse über die „sozialen Konflikte in Europa“ zu präsentieren. Diese Vorgehensweise scheint der Sache insofern angemessen, als dass sich das Bild dieser Konflikte in den letzten Jahren grundlegend verändert hat. Unsere Momentaufnahme beginnt im Folgenden mit einigen Thesen zum Umbau der europäischen Sozial- oder Wohlfahrtsstaaten. Daran anschließend wird die Frage der europäischen Dimension der Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse diskutiert, die unseres Erachtens in den sozialen Bewegungen Europas heute eine zunehmende Rolle spielt. Im zweiten Teil werden die Konsequenzen diskutiert, die sich aus unserer Sicht aus dem bis dahin Geschilderten für die sozialen Bewegungen ergeben.²

Teil 1

Der (europäische) Sozialstaat in den Brennesseln

Widersprüche von Egalität

Mit der Bedeutung, die staatliche Politik im Rahmen der Neudefinition des Sozialen behält, erhält sich auch deren grundlegende Ambivalenz. Die Widersprüchlichkeit von Forderungen nach einer *Egalität der Staatsbürger* kommt am deutlichsten in den skandinavischen Staaten zum Ausdruck, die auf eine lange universalistische Tradition zurückblicken können.³ Innerhalb dieser Tradition war die Tendenz zu einer Verstaatlichung der Arbeiterbewegung(en) ausgeprägter als etwa in den südeu-

2. Im November 2004 haben wir einen Workshop speziell zu dieser Frage durchgeführt, an dem vor allem Aktivistinnen und Aktivisten der sozialen Bewegungen aus Hamburg teilnahmen. Einige der im Folgenden ausgeführten Thesen dienten bereits als Grundlage der dortigen Diskussion. In den vorliegenden Text geht aber auch die Debatte auf dem Workshop selbst ein – danke an die TeilnehmerInnen für inspirierende Beiträge.

3. Dies illustriert unserer Auffassung nach auch der Text von Erling Frederiksen in diesem Heft. Wie die politische Rechte, und insbesondere die sogenannten Rechtspopulisten, sich die regressiven Elemente von auf die Staatsbürgerschaft bezogenen sozialen Rechten aneignen, beschreibt auch: Peter Birke, „Wir sind die Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts“. *Rechtsparteien in Dänemark*, in: Utopie kreativ, Nr. 156, Berlin, Oktober 2003, 885-898.

ropäischen Ländern. Historische Grundlage dieser Verstaatlichung war der soziale Anspruch der Klasse der LohnarbeiterInnen, ein Teil der *Allgemeinheit* zu sein, oder, wie es oft ausgedrückt wurde, die Forderung nach einer *sozialen Staatsbürgerschaft*. In einer Gesellschaft, deren „Reichtum als ungeheure Warenansammlung erscheint“, ist die Definition des Allgemeinen, Verbindenden und Verbindlichen die des Tauschwertes. Die Vorstellungen von Gerechtigkeit und Lebensqualität, die die sozialen Bewegungen artikulierten, gingen zwar durchaus über solch enge Definitionen hinaus. Dies führen wir unten für die 1960er und 1970er Jahre aus. Die *institutionell geronnenen Formen*, die insbesondere die Arbeiterbewegung hervorbrachte, orientierten sich jedoch vor allem an der Anrufung von Rechten, die auf die Verwertung der Arbeit folgten, oder anders gesagt: Es wurde in erster Linie um Rechtsansprüche gekämpft, die sich aus Lohnarbeit ergeben.⁴ Dies gilt auch für die universalistischen skandinavischen Wohlfahrtsstaaten, in denen das Stichwort der „De-kommodifizierung“ niemals absolut, sondern stets nur im Verhältnis zum Erfolg der jeweiligen Exportindustrien auf dem Weltmarkt galt.⁵

In der Nachkriegszeit vertiefte sich die Ignoranz gegenüber der Dialektik von Ein- und Ausgrenzung, die in der Expansion der Lohnarbeit lag, innerhalb der sozialdemokratischen Parteien schon aufgrund der Tatsache, dass die Inwertsetzung der Arbeit in dieser Periode mit einer enormen, historisch einmaligen, Akkumulation von Tauschwerten verbunden war und sich auf dieser Grundlage die Lebensverhältnisse auch der Unterklassen rasch änderten und partiell auch grundlegend verbesserten. Je stärker die Existenz in lohnabhängiger Beschäftigung damit zur allseits befürworteten und akzeptierten Norm wurde, desto mehr schien sich die alte Figur der Arbeiterbewegung zu bestätigen, nach der die Arbeit alle Werte schafft. Schon immer wurde diese Figur innerhalb der Arbeiterbewegung in die programmatische These übersetzt, dass umgekehrt alle Werte (auch die moralischen) nicht un-

4 Auch aus einer sozialdemokratischen Dominanz im Parlament heraus ergab sich keinesfalls automatisch eine andere Definition, nämlich die Definition der sozialen Rechte als Menschenrecht. Exemplarisch verdeutlichen lässt sich dies an Dänemark: Hier wurde erst Anfang der 1960er Jahre, also knapp vierzig Jahre, nachdem die erste sozial-liberale Regierung in Dänemark die Geschäfte übernommen hatte, die Regelung aufgehoben, dass der Erhalt staatlicher Fürsorgeleistungen zum Verlust staatsbürgerlicher Rechte wie z.B. des Wahlrechtes führte. Vgl. auch den Text von Erling Frederiksen in diesem Heft.

5 In der Tat waren allgemeine soziale Ansprüche hier in ihrem Ursprung Ausdruck eines strategischen Bündnisses mit den liberalen Mittelschichten – während der Anspruch auf Leistungen für die Unterklassen durch ihre lohnabhängige Beschäftigung legitimiert wurde, war die Allgemeingültigkeit von Ansprüchen ein Mittel, um auch andere Teile der Bevölkerung für die „soziale Gerechtigkeit“ zu gewinnen, vgl. ausführlich etwa die Darstellung von Søren Kolstrup, *Velferdsstatens rodder. Fra kommunesocialisme til folkepension*, Kopenhagen 1996.

abhängig von Lohnarbeit existieren sollten.⁶ Diese Verknüpfung des „Dienen-um-zu-verdienen“ drang in das politische Unterbewusstsein insbesondere der skandinavischen Arbeiterparteien ein.⁷

Die Vorstellung einer Egalität, die sich mit Ansprüchen aus Lohnarbeit verband und den Staat zu ihrem Agenten machte, war durchaus expansiv: In der Tendenz dehnte (und dehnt) sich im Zuge kapitalistischer Gesellschaftsentwicklung die Inwertsetzung von Arbeit auf immer mehr Bereiche menschlichen Lebens aus. Sofern es gelang, an die inwertgesetzte Arbeit soziale Rechte zu knüpfen, galten diese ebenfalls für einen tendenziell immer größeren Teil der Bevölkerung. Eine solche Teilhabe an Lohnarbeit und finanzielle Absicherung unterschiedlicher Lebenslagen bedeutete unter kapitalistischen Bedingungen die Sprengung von Fesseln, die an den Ausschluss von entsprechenden Einkommensmöglichkeiten geknüpft waren, und damit reale Partizipationsmöglichkeiten. Exemplarisch hierfür steht etwa die Erhöhung der weiblichen Erwerbsfrequenz bei einem gleichzeitigen massiven Ausbau öffentlicher Dienstleistungen in den skandinavischen Ländern seit Mitte der 1960er Jahre. Dänische, schwedische und, mit einigen Einschränkungen, norwegische Frauen hatten auf dieser Grundlage wesentliche höhere Chancen, eigenständig ihre Existenz zu sichern. Allerdings blieb die Ausbreitung weiblicher Lohnarbeit überall an die Hierarchisierung des Arbeitsmarktes gebunden. Die Löhne, die in den den Frauen zugewiesenen Berufen im öffentlichen Sektor verdient werden konnten, lagen weit unter dem Durchschnitt in den männerdominierten Sektoren der Industrie. Seit Mitte der 1970er Jahre kam es aus diesem Grund zu einer steigenden Zahl von Arbeitskämpfen, die vor allem von weiblichen Beschäftigten getragen wurden. Insgesamt ist also die Expansion einer an Lohnarbeit gebundenen Egalität eine zwiespältige Angelegenheit: Sie band Emanzipation an die Bedingungen kapitalistischer Verwertung, aber sie schuf auch ein diskursives Feld, auf dem weiter gehende Ansprüche artikuliert werden konnten. Heute verbindet sich die gesellschaftlich organisierte Sorge um die als „unproduktiv“ definierten Schichten der Bevölkerung – die Familien der Lohnarbeiter, die Alten und Kranken – auf der Grundlage der historischen Verknüpfung von Dienen und Verdienen tendenziell mit der Forderung nach einer möglichst weit reichenden Abschaffung von „arbeitsfreien Einkommen“. Die Utopie allumfassender Verwertung überlässt die Verantwortung für das soziale Schicksal der/dem Einzelnen. Im aktuellen Umbau des Sozialstaates artiku-

6 Marx hat diese Verknüpfung bereits in seiner *Kritik des Gothaer Programms* von 1875 vehement kritisiert: Marx/Engels Werke, Band 19, Berlin (DDR), 1962, 13 – 32.

7 Auch dies stellt Erling Frederiksen in Verbindung mit der Durchsetzung der „aktivierenden Sozialpolitik“ in der dänischen Sozialdemokratie anschaulich dar.

liert sich damit auch die traditionelle Asymmetrie des Zugangs zu sozialen Leistungen in neuer Form – ein Phänomen, das insbesondere in den skandinavischen Staaten als Rückfall in die Phase des „residualen“ Wohlfahrtsstaates erscheint.

„*Boundary drawing*“, *Normalität und Normalisierung*

Die Tatsache, dass der Prozess der Inwertsetzung auf einer permanenten Mobilisierung der Ware Arbeitskraft beruhte, schuf für Arbeiterbewegung(en) und Gewerkschaften kontinuierlich die Notwendigkeit, einen Umgang mit der technischen wie politischen Neuzusammensetzung der Lohnarbeit zu finden.⁸ Neue Gruppen, die sich ihre Teilhaberechte nach der Logik des Produktivismus erst zu erwerben hatten, wurden in der Vergangenheit in den dominanten gewerkschaftlichen Diskursen stets zunächst als „Problem“ definiert, sie erschienen als „unorganisierte Arbeitskraft“, die die definierten Grenzen und die Gültigkeit der staatsbürgerlichen Rechte und sozialen Ansprüche „der Klasse“ unsicher machten. MigrantInnen wie Frauen wurden vor allem als „unorganisierte Arbeitskraft“ aufgefasst, die in die regulierten Arbeitsmärkte eindringen würde, und mit Eigenschaften wie „unzuverlässig“, „schwach“ und „opportunistisch“ belegt. Die prekär Beschäftigten, die in der Geschichte der Lohnarbeit immer ein wesentliches Element darstellten, wurden als „verantwortungslose Erscheinung“ disqualifiziert. Um den Wohlstand der „Allgemeinheit“ abzusichern, griffen die Gewerkschaften zu einer Strategie des „Boundary drawing“, des „Ziehens von Grenzen“, die die Exklusivität bestimmter Arbeitsmärkte definierten.⁹ Es wäre falsch, diese Strategie der Arbeiterbewegung nur in den Kategorien von „Spaltung“ (der Klasse), „Verrat“ (ihrer „eigentlichen Interessen“) oder „Verführung“ (der Unterdrückten etwa zum Rassismus) zu sehen. Vielmehr gilt es, ihre strukturelle Bedeutung wahrzunehmen, die mit der ambivalenten und asymmetrischen Struktur des Sozialstaates und der sozialen Staatsbürgerschaft notwendig und unausweichlich verbunden ist.

Durch die Brille der langjährigen bundesdeutschen Debatte über Prekarisierung werden die sozialen Errungenschaften, die mit diesen gewerkschaftlichen Strategien verbunden waren, kurz mit dem Begriff des Normalarbeitsverhältnisses zusammengefasst, während prekäre Formen von Beschäftigung darüber definiert werden, dass

8 Es ist sicherlich kein Zufall, dass der operaistische Begriff der Neuzusammensetzung in den ersten Jahren der 1960er geprägt wurde, einer Zeit, in der das Phänomen im Rahmen des schnellen Wachstums der kapitalistischen Ökonomien in Europa sehr deutlich sichtbar wurde.

9 Beverly Silver hat diesen Begriff systematisch entwickelt in: dies., *Forces of Labor, Workers' Movements and Globalization since 1870*, Cambridge 2003, 20 – 25.

mit ihren Arbeitsverhältnissen nicht dieselben Sicherheiten und Rechte einhergingen wie mit dem Normalarbeitsverhältnis. Diese begriffliche Bestimmung prekärer Beschäftigung ist eine spezifische Form des „Boundary drawing“. „Beschäftigungssicherung“ als Strategie gewerkschaftlicher Politik bedeutet heute überwiegend, dass Vereinbarungen auf Kosten der „Randbelegschaften“ oder der neu Einstellenden getroffen werden – wobei Auswirkungen auf die Bedingungen der Lohnarbeit insgesamt zunächst gerne ignoriert werden, auf Dauer aber unvermeidlich sind. Denn nur auf Grundlage dieser dominanten gewerkschaftlichen Strategie können die „Privilegien“ der (noch) regulierten Arbeitsverhältnisse überhaupt als solche erscheinen.

Aber auch von anderer Seite wird dem Normalarbeitsverhältnis eine illusionäre Dauerhaftigkeit und Geltung zugesprochen. In der aktuellen Debatte der politischen Linken erscheint die massenhafte Entgarantierung des materiellen Überlebens als wesentlich neu – wobei das Neue vor der Folie einer früher angeblich ebenso verbreiteten allgemeinen Sicherheit betrachtet wird. Doch was war dieses Normalarbeitsverhältnis? Bei genauerem Hinsehen wird deutlich, dass die Normalität in Lohnarbeitsverhältnissen (und auch sonst in der kapitalistischen Form der Vergesellschaftung) immer ein stark umkämpftes gesellschaftliches Terrain war. „Stabile“ Arbeitsbeziehungen haben in der Bundesrepublik (obwohl die BRD in dieser Hinsicht international immer wieder als Beispiel für ein besonders „sozialfriedliches“ Modell angegeben wird) so gut wie nie existiert. Der Arbeitsmarkt war bis zum Mauerbau durch die Migration von etwa 15 Millionen Menschen in die bescheideneren Abteilungen des Wirtschaftswunders geprägt. Später setzte eine neue Form der Arbeitsmigration ein, und zugleich verbesserte sich die Position der Beschäftigten massiv aufgrund der Knappheit der Ware Arbeitskraft. Es ist falsch, sich die Rebellion gegen die tayloristische Arbeitsteilung als Ereignis vorzustellen, das erst mit dem Mai 1968 begann und auf die Phase bis zum Einsetzen der Weltwirtschaftskrise von 1973 beschränkt ist. Denn gerade unter den Verhältnissen des „Wirtschaftswunders“ wurden – in der Bundesrepublik und anderswo in Westeuropa – die Grundlagen und Voraussetzungen für eine spätere kollektiv formulierte und praktisch folgenreiche Kritik an den Arbeits- und Lebensbedingungen geschaffen. Hier nur ein Beispiel – ein VW-Arbeiter beschrieb seinen Arbeitsweg um 1960 so:

Man kann sagen, wir haben damals ganz gedankenlos gelebt. Wir haben versucht, uns Vorteile herauszuholen, wo es nur ging. ... Wir gingen auf den Bahnsteig, es war ein herrlicher Tag, da hat einer gefragt: ‚Gehen wir heute zur Arbeit oder nicht?‘ Wir haben dann eine Münze geworfen: wenn Zahl, gehen wir zur Arbeit, wenn Kopf, bleiben wir zu Hause. Es gab dann die Zahl, und wir haben gesagt: „Wir gehen trotzdem nicht hin ...“¹⁰

10 Siehe: Reinhardt Doleschal, *Rainer Dombos, Wohin läuft VW? Die Automobilproduktion in der Wirtschaftskrise*, Hamburg 1982, 60 (Interview mit Paul Noll).

Das sogenannte Normalarbeitsverhältnis – 8-Stunden-Tag, existenzsichernde Löhne, unbefristete Arbeitsverträge – war kein natürliches Resultat eines über eine längere Periode bestehenden fordistischen Systems, sondern Teil der Einhegung der Rebellion der Nachkriegsgeneration, einer Art unpolitischer Rebellion, die erst später (und leider oft im Rahmen dogmatisch-autoritärer Formen) von linker Politik aufgegriffen wurde. Richtiger wäre es daher, von *Normalisierung* statt von Normalität zu sprechen – ein Wort, das die Prozesshaftigkeit und Dynamik des Vorgangs aufnimmt. Normalisierung ist das Gegenteil von Stabilität, der Begriff beschreibt die Revolutionierung der gesellschaftlichen Verhältnisse im Nachkriegseuropa. Ziel war die Transformation von sozialen Bedürfnissen und individuellen Wünschen und Hoffnungen, ihre Einhegung und Nutzbarmachung: Die Rationalität der betrieblichen und gesellschaftlichen Arbeitsteilung sollte vermittelt werden, ihre Einheitlichkeit und Abgeschlossenheit. Die Gesellschaft wurde „geplant“, die Organisation von Wohnvierteln, Schulen, Haushalten näherte sich immer mehr den Formen an, die in der Fabrik bestanden oder wenigstens erwünscht waren. Sicherheit und Planbarkeit waren die Schlüsselwörter der 1960er Jahre – aber sie waren nur eine dünne Firnis über dem Abgrund, an dem sich die kapitalistischen Gesellschaften bewegten. Es gab keinen einzigen Monat in der Geschichte der Bundesrepublik, in dem diese Normalisierung nicht mit Schwierigkeiten konfrontiert war, mit wachsender Unzufriedenheit, Resistenz, Krankheiten, Meuterei, Halbstarken, Krawall, wilden Streiks und anderen alltäglichen Aufständen. Die Betriebskämpfe zwischen 1969 und 1973 brachten schließlich die Dialektik zum Ausdruck, die damals in der Form des betrieblichen Streiks lag: Die Forderung nach besseren Bedingungen, höheren Löhnen u.s.w. war in die „Flucht aus der Fabrik“ verwoben, in eine grundlegende Kritik an den taylorisierten Arbeitsbedingungen.¹¹ Nur selten wurde die Bedeutung dieser Kämpfe in den zeitgenössischen linken Publikationen deutlich. In ihnen galt der „Betriebskampf“ als militärisches Ereignis, innerhalb dessen „Stellungen“ und „Positionen“ errichtet werden sollten und man sich im Zweifel eher „einzugraben“ hatte. Der bleibende Effekt dieser Prozesse war nicht die Befestigung von Schützengräben, sondern die Artikulation der Forderung nach Lebensqualität, die außerhalb der Fabrik gesucht wurde und für deren Verwirklichung die autoritären Regeln und starren Grenzen industrieller Produktionsprozesse unterlaufen werden mussten. Die „Flucht aus der Fabrik“ war die Voraussetzung dafür, dass bedeutende Löcher in die Gefängnisse der Normalisierung gesprengt werden konnten.

11 Vgl. Peter Birke, *Sechzig Pfennig zu wenig – muss eine Mark*. *Wilde Streiks und Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, 1967-1973, http://www.forum-politische-bildung.de/vanst2005/tgr_prgrt/dokumentation.html.

Normalisierung und Geschlechterverhältnisse

Bereits seit den späten 1960er Jahren hatte die neue Frauenbewegung darauf bestanden, dass Kämpfe um und gegen Normalisierung wesentlich jenseits von Lohnarbeit und betrieblicher Politik stattfanden. Der Hinweis schloss ein, dass die Strategie des „Boundary drawing“ gegenüber Frauen nicht nur als Abwertung von deren Arbeitskraft innerhalb betrieblicher Prozesse funktionierte. Sie ging mit dem – noch vollkommen unhinterfragten – „Wissen“ darüber einher, dass Frauen selbstverständlich nicht wie Männer in Lohnarbeit integriert werden können, da sie unter diesen Bedingungen ihren Tätigkeiten als Hausfrau nicht mehr erfolgreich nachgehen könnten. Erst auf dieser Grundlage konnten die traditionellen kollektiven Vereinbarungen, die als Normalarbeitsverhältnis gefasst werden, so gestaltet werden, dass die Teilhabe an ihnen die von anderen geleistete Hausarbeit voraussetzte. Diese „anderen“ waren dabei persönlich von den Normalarbeitenden abhängig, denn nur die Letzteren brachten einen Lohn mit nach Hause, von dem eine gesamte Familie gut ernährt werden konnte. Ansonsten lebten diese „anderen“ weitgehend isoliert und ohne nennenswerte Partizipation an gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Da Frauen als diese anderen galten (und sich selbst hierfür hielten), war ihr Zugang zu abgesicherter Lohnarbeit entsprechend *immer schon prekär*.¹² Existenzsichernde, sozial voll abgesicherte Lohnarbeit war für Frauen im Regelfall nie zugänglich.

Die Durchsetzung so gestalteter hegemonialer Geschlechterverhältnisse war ein wesentliches Element des Prozesses der Normalisierung als eines beständigen Prozesses der Transformation, in dem bestimmte Moralvorstellungen, Lebensweisen und kulturelle Bedeutungen immer wieder aufs Neue durchgesetzt wurden. Kulturell-ideologische Momente von (weiblich konnotierter) Privatheit und (männlich konnotierter) Öffentlichkeit und die deutliche Trennung dieser Sphären sind dabei kein Phänomen, das erst mit der Herausbildung von Sozialstaatlichkeit auftaucht. Vielmehr beginnt ihre gesellschaftliche Verankerung im Bürgertum des 17. Jahrhunderts. Auf diese konnte die Durchsetzung der Kleinfamilie als Ideal in den unteren Klassen aufbauen. Zugleich bot die alltägliche Kultur der fordistischen Gesellschaftsformation den Einzelnen in Form von Filmen, Zeitschriften und Büchern entsprechende Identifikationsmöglichkeiten. Wer erst die Entwicklung von Arbeitsverhältnissen ab den 1980er Jahren als Prekarisierung beschreibt, setzt dabei also implizit eine bestimmte hegemoniale Form von männlicher Erfahrung bzw. Existenz-

12 Dieser Gedanke ist ausgeführt in: Iris Nowak, *Prekäre Arbeit, prekäres Leben. Der Abschied vom Wohlfahrtsstaat als paradoxer Ausgangspunkt einer linken Politik der Gegenwart*, in: Fantomas. Magazin für linke Debatte und Praxis, Nr. 6, Hamburg 2004.

weise als Maßstab, die bis dahin aufgrund entsprechender wohlfahrtsstaatlicher Regelungen lebbar war und deren zentrale gesellschaftliche Bedeutung nun abnahm.

Diese gesellschaftliche Anordnung der getrennten Sphären verweist darauf, in welchen konkreten Formen die Absicherung der Reproduktionserfordernisse im alten Sozialstaat organisiert war: Indem weibliche Existenz ökonomisch wie auch kulturell-ideologisch als Hausfrauendasein vorgesehen wurde, konnte ein Großteil gesellschaftlich notwendiger Arbeit in die Privatsphäre verbannt werden. Insoweit die Lebensbedingungen eines guten Teils der Arbeitenden in den alten Verhältnissen nicht prekär, sondern langfristig gesichert waren (mit tendenziell steigender materieller Lebensqualität), gehörte hierzu, dass deren individuelle Reproduktion im Privaten zuverlässig geregelt war. Indem Frauen für alles als zuständig galten, was die sinnlichen und körperlichen Dimensionen menschlicher Existenz und die Befriedigung und Entwicklung individueller Bedürfnisse der Menschen der unmittelbaren Umgebung betraf, konnten alle Fragen, die diese Dimensionen betrafen, aus den hegemonialen Diskursen entweder verbannt oder marginalisiert werden. Die in Geschlechterverhältnissen aufgehobene Abwertung bestimmter Tätigkeiten und Lebensqualitäten gegenüber anderen stand in Wechselwirkung mit einer kapitalistischen Logik, in der Fragen nach menschlicher Lebensqualität (Pflege, Sorge, alltägliche Reproduktion, Sex, ...) der profitorientierten Gestaltung von Produktionsprozessen untergeordnet wurden. Entsprechend fand sich dieser Trennungszusammenhang und die Artikulation bestimmter Fragen (nach alltäglicher Reproduktion und Lebensgenuss) als private Angelegenheit z.B. in den ökonomischen Theorien des Keynesianismus, in staatlicher Politik oder in vorherrschenden gewerkschaftlichen Strategien. Die selbsttätige Aneignung von Weiblichkeit und Männlichkeit (mit allen darin enthaltenen Widersprüchen) in individuellen Denk-, Fühl- und Handlungsweisen trugen zu einer Anpassung der Einzelnen an autoritär gestaltete soziale Beziehungen bei, sowohl im Lohnarbeitsalltag als auch zu Hause. Die relative Festigkeit des Arrangements zwischen häuslicher und außerhäuslicher Sphäre stand in Wechselwirkung mit einer spießbürgerlichen Sexualmoral und der kulturell-ideologischen Überhöhung der Trennungen von Familie/Gesellschaft, Arbeit/zu Hause. Das Ziel der Normalisierung wurde durch Geschlechterverhältnisse hindurch erreicht.

Die Grenzen des „Boundary drawing“

In den letzten Jahren haben sich die Grenzen, die in der und durch die wohlfahrtsstaatliche Entwicklung der Nachkriegszeit definiert wurden, in entscheidender Weise verschoben. Industrielle Produktionsprozesse haben eine Umstrukturierung

erfahren: Feste Kommandostrukturen innerhalb der Fabrik wurden aufgelöst, durch die Verlagerung zahlreicher Tätigkeiten in Subunternehmen schrumpfen Konzerne auf Kernbereiche mit wenigen Beschäftigten, betriebliche Vorgänge werden durch ihre direkte Verkopplung mit der schwankenden Nachfrage auf „freien“ Märkten reguliert. Einer der Ausgangspunkte dieser Neuordnung waren die erwähnten subversiven Strategien, die die Vereinheitlichung der Arbeit, das quasi-militärische Kommando über die Arbeitskollektive und die enorme Bürokratisierung, die mit der Massenarbeit verbunden war, als Ausgangspunkt für vielfältige Freiräume und Protestformen nutzten. Als Konsequenz wurde auch „von oben“ versucht, die Grenzen innerhalb der Fabrik neu zu definieren, die Individualität der Arbeitsleistung wurde betont, und es wurde mit verschiedenen Formen der Gruppen- und Projektarbeit experimentiert. Mit der „neuen Unternehmenskultur“ begann sich die Definition dessen, was als „Verantwortlichkeit“ und „Allgemeinheit“ definiert wurde, zu verändern. Eine doppelte Individualisierung fand statt. Einerseits ließen die neuen Formen der Arbeitsteilung ein höheres Maß an Selbständigkeit zu; andererseits wurde zunehmend das „allgemeine“ Interesse damit gleichgesetzt, den Vorstellungen und Interessen großer Unternehmen Folge zu leisten.

Mit der Verschiebung der Grenzen innerhalb der Produktion wurden auch die Rechtsansprüche massiv in Frage gestellt, die sich bis dahin aus dem Lohnarbeitsverhältnis ergeben hatten. Im Zuge technologischer Entwicklungen und der Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer modifizierte sich auch die hierarchische Anordnung der europäischen Arbeitsmärkte, und diese Veränderungen lösten zahlreiche Konflikte aus. Die traditionelle Strategie des „Boundary drawing“ offenbarte ihre historische Schranken in dem Maße, wie sie gegenüber der „Globalisierung“ der Arbeitsmärkte und dem Aufbrechen der alten Grenzen der Fabrik als wirkungslos erschien. Aber auch Strategien, die auf die Inklusion der prekären Beschäftigten setzten, blieben dort, wo sie auf die Auseinandersetzung in der Fabrik beschränkt blieben, überwiegend ohnmächtig. Zwar erscheint es nach wie vor als sinnvolle und unentbehrliche Strategie, im Betrieb um die Freiräume zu kämpfen, die durch formale Rechte – vom Kündigungsschutz bis zur Betriebsverfassung – gegeben sind. Aber aus diesen Kämpfen lässt sich unter den aktuellen Bedingungen nicht mehr „automatisch“ eine gesellschaftliche emanzipatorische Perspektive ableiten. Die traditionelle linke Haltung, die Welt aus der Fabrik heraus zu sehen – eine Haltung, die u.a. auch den operaitischen Begriff von der „gesellschaftlichen Fabrik“ geprägt hat –, ist auf der Grundlage der Auflösung ihrer homogenen und zentralisierten Struktur nicht mehr aufrecht zu halten.

Diese Auflösungstendenzen finden ihre Entsprechungen in zahlreichen gesellschaftlichen Bewegungen, die ihren Ursprung nicht in der Fabrik hatten. Gegen

autoritäre, patriarchale und disziplinierende Alltagspraxen richten sich ab dem Ende der 1960er Jahre die Frauen-, Schwulen- und Lesben- und andere Bewegungen mit Forderungen nach selbstbestimmten Lebensweisen. Sie zerrten die Frage nach den Reproduktionsverhältnissen aus dem Dunkel des Privaten an das Licht der öffentlichen Auseinandersetzung. Auch aus diesem Ursprung heraus ist die Krise der fordristischen Gesellschaftsformation eine Krise der hegemonialen Formen der Reproduktion. Die Privatförmigkeit von allem, was die sinnlichen und körperlichen Dimensionen menschlicher Existenz und die Befriedigung und Entwicklung individueller Bedürfnisse der Menschen betrifft, wurde in Frage gestellt. Der Fokus linker Politik, den übergeordneten Schwerpunkt auf die Organisation von Lohnarbeit und den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu legen, zerbröckelte. Stattdessen werden nun Sexual- und Körperpraxen und -politiken und bis dahin als privat verstandene Fragen nach Liebe und Zwischenmenschlichkeit zu eigenständigen politischen Feldern, auf denen um Emanzipation gerungen wurde. Entsprechende Emanzipationsbewegungen fielen zusammen mit Entwicklungen hin zu einer immer weiteren Inwertsetzung menschlicher Lebenstätigkeit. Beide Prozesse flossen ineinander, riefen – ursprünglich in je unterschiedlicher Form – Bedürfnisse nach Selbstbestimmung und Individualität an.

In dieser Situation erwiesen sich neoliberale Ideologien und neue Formen von Unternehmensführungen als fähiger, die von unten wachsenden Formen betonter individuell gestalteter Lebensentwürfe in sich aufzunehmen und in ein – vermeintlich kohärentes – Gesellschaftsprojekt einzubinden, als traditionelle linke Vorstellungen von Egalität. Zu tief sind letztere in gesellschaftlichen Verhältnissen verwurzelt, in denen staatsbürgerliche Rechte eng mit den alten, autoritär organisierten Arbeits- und Lebensweisen verkoppelt sind. Währenddessen beginnen Unternehmen und staatliche Förderprogramme, die unterschiedlichen Lebensentwürfe der Arbeitenden positiv aufzunehmen und marktgerecht zu überformen. Die „Kultur der Selbständigkeit“ wird so zu einem gestaltenden Element einer Entwicklung, die bei wachsendem gesellschaftlichen Reichtum die Absicherung und Qualität individueller Existenz verstärkt an das erfolgreiche Agieren auf Arbeits- und Absatzmärkten knüpft.

Die Beiträge in diesem Heft schildern exemplarisch, welche Rolle dem Staat in der Durchsetzung der geschilderten Veränderungen zukommt: Der Umbau des Sozialstaates ist ein Eingriff zugunsten profitabler Sektoren, wie etwa Teilen des Gesundheitswesens, die durchaus eine bedeutende Rolle in der Wertschöpfungskette spielen können; es handelt sich also nicht ausschließlich um eine Politik des „Sozialabbaus“. Es findet ein paradigmatischer Wechsel zugunsten einer „aktiven Sozialpolitik“ statt. Einen Ausdruck finden diese Veränderungen in den Auseinandersetzungen

zungen über das „richtige“ Sozialmanagement und die Debatten um die Messbarkeit der Qualität von Dienstleistungen und Sozialarbeit. Mit ihnen gelingt es, ehemals gesellschaftskritische Forderungen, in denen um die Anerkennung der gesellschaftlichen Bedeutung dieser Tätigkeiten gerungen wurde, in herrschende Regulierungsweisen aufzunehmen und sie damit zugleich ihrer kritischen Positionierung gegenüber herrschenden gesellschaftlichen Zuständen zu berauben.¹³ Auf dieser Grundlage nähern sich die Gegenstände der Kämpfe in diesen Sektoren denen der Kämpfe in der Industrie an: „Projektarbeit“ und „Vertrauensarbeitszeit“, aber auch „Profit-center“ und „outsourcing“ sind übergreifende Begriffe, die nicht alleine einer verschwindenden Industriekultur zugeordnet werden können. Das Verhältnis der beiden Bereiche zueinander wird zum Gegenstand alltäglicher Auseinandersetzung innerhalb sozialer Bewegungen.

Teil 2

Probleme und Perspektiven der sozialen Bewegungen

Das Problem der Ungleichzeitigkeit und andere Hindernisse

Nach wie vor ist es notwendig, sich in das Nadelöhr der spezifischen lokalen Verortung der sozialen Konflikte zu begeben, um deren Verlauf und Entwicklung im Einzelnen begreifen zu können. Erst auf Grundlage dichter Beschreibungen der Konflikte und ihrer je spezifischen Hintergründe werden Vergleiche möglich. Die vorliegenden Texte bieten hierzu zumindest einen Einstieg – einschließlich der komplizierten Unterscheidung, die etwa zwischen verschiedenen Gewerkschaftssystemen, dem unterschiedlichen Aufbau von Sozialversicherungen oder dem Parteiensystem der einzelnen Länder gemacht werden müssen. Als Folge von Phänomenen, die gemeinhin als „Europäisierung“ oder „Globalisierung“ und nationalstaatliche De- und Re-Regulierung bezeichnet werden, sind im Rahmen der sozialen Bewegungen der letzten Jahre einige merkwürdige Erscheinungen aufgetreten, die man unter den Stichworten der Ungleichzeitigkeit, der Unverbundenheit und dem vorübergehenden Charakter derselben zusammenfassen kann. Betrachten wir beispielsweise die französische Rentenreform, die 1995 einen Einschnitt innerhalb der Bewegungsgeschichte Westeuropas markierte. Das damals geforderte „Französisch lernen“ war nicht nur der einfachen Bewunderung für die Militanz französischer Arbeiterinnen und Arbeiter geschuldet (auch wenn das „Paris brennt – Frankfurt

13 Vgl. hierzu exemplarisch Eva-K. Hack 2004: *Vom effektiven Widerstand zur effizienten Anpassung. Autonome Frauenprojekte in Zeiten neoliberaler Wirtschaftspolitik*. In: *Das Argument* 256, 46. Jg., H.3/4, S. 542–553

pennt“ hierzulande ein beständiges Motiv zu bleiben scheint). Es spiegelte auch wider, dass die französischen Probleme in der Tat in die Sprache der Konflikte in der Bundesrepublik übersetzt werden konnten, wo die Aushöhlung der Rentenansprüche durch „Nullrunden“ ebenso wie die gesamte Debatte um die Eingrenzung der „Dynamik sozialer Ansprüche“ (Atzmüller) bereits Mitte der 1990er Jahre äußerst virulent war. Aber diese Übersetzung fand nicht statt. Oder wenn sie doch stattfand, dann eben nur „ungleichzeitig“ – zeitverzögert, und unter einer spezifisch anderen Agenda, namentlich in der Bewegung gegen die „Sozialreformen“ der letzten Kohl-Regierung im Jahre 1997.

Aber damit nicht genug der Übersetzungsprobleme: Das Phänomen der Ungleichzeitigkeit tritt selbst dann auf, wenn die sozialen Bewegungen im selben Jahr und unter derselben Agenda stattfinden. Wenn man sich die Beispiele Italien, Frankreich und Österreich ansieht, stellt man fest, dass in diesen drei benachbarten Ländern im Jahre 2003 massive Proteste gegen staatlich induzierte Rentenreformen stattgefunden haben – die in einem nicht gerade für überbordenden gewerkschaftlichen Aktivismus bekannten Land wie Österreich sogar zu einem Massenstreik geführt haben. Überall bildete die Senkung von Rentenansprüchen und die Tendenz der Individualisierung und Kapitalisierung der Altersversicherung den Zusammenhang der Proteste, aber die Verbindungen zwischen den Bewegungen blieb marginal. Schließlich wurden die Konflikte vorläufig – wie in Österreich – durch das Aushandeln einer abgeschwächten Reform oder – wie in Italien und Frankreich – durch das Aussitzen der Proteste gelöst. Ähnliches gilt für die Auseinandersetzung um die Politik der „Aktivierung“: Die Projekte zum Umbau des Wohlfahrtsstaates ähneln sich oder gleichen sich bis in ihre sozial-technische Wortwahl – aber die Bewegungen, die sich gegen die Projekte wenden, sind tief in die spezifischen Verhältnisse ihres Landes eingegraben.

Im engen Zusammenhang mit diesem Umstand steht unseres Erachtens ein anderes Kennzeichen der sozialen Bewegungen der letzten Jahre: ihr ephemerer, also nur vorübergehender, verschwindender Charakter. Früher hätte man in diesem Zusammenhang von Abwehrkämpfen gesprochen: gegen die Kürzungen der Renten, der Arbeitslosenversicherungen, gegen die „Rotsiftpolitik“. Die Verteidigung des Sozialstaates kann zwar, wie in der Bundesrepublik zuletzt anlässlich der Demonstrationen vom April 2004 oder, zumindest lokal, angesichts der „Montagsdemos“ des Herbstes, nach wie vor Massen mobilisieren, aber sie wird, auf ihre langfristige Perspektive bezogen, zu einer immer ohnmächtigeren Strategie. Von staatlicher und unternehmerischer Seite wird die Durchsetzung einer vollständigen Neugestaltung von Gesellschaft auf allen Ebenen angestrebt. Um dem etwas entgegenzusetzen, bedarf es auch von linker Seite Vorstellungen und Strategien, mit denen die unter-

schiedlichen Kämpfe, die sich an konkreten Fragen entwickeln, zueinander in Verbindung gebracht werden können, d.h. in denen die transnationale Zusammenarbeit sich mit der Entwicklung von Konturen eines alternativen Gesellschaftsprojekts verbindet. Wir gehen davon aus, dass keine der sozialen Bewegungen langfristig ohne einen Bezug auf die „Allgemeinheit“ der artikulierten Forderungen auskommt bzw. an politischer Kraft gewinnen wird.

Instabile „Reformen“

Dabei wird von entscheidender Bedeutung sein, die immanenten Widersprüche aufzugreifen, die sich u.a. auch in den in kurzen Zeiträumen aufeinander folgenden Sozial„reformen“ zeigen. Diese nehmen – ganz entsprechend ihres inhaltlichen Anliegens – zunehmend die Form von Projekten an. Die Umsetzung dieser Projekte bestimmt kurzfristig die politische Konjunktur – es entsteht eine öffentliche Debatte, die jedoch ebenso schnell wieder verschwindet, wenn die „Reformen“ umgesetzt sind. Es bedürfte nicht unwesentlicher Anstrengungen, eine Liste all jener „Reformen“ im sozialen Bereich, in der Gesundheitsversorgung, in der Arbeitsmarktpolitik oder bei den Altersrenten zu erstellen, die alleine die rot-grüne Bundesregierung in den vergangenen Jahren introduziert hat. Das schnelle Aufeinanderfolgen wird nicht zuletzt dadurch ausgelöst, dass die Projekte selbst Ausdruck der anhaltenden Krise der Ökonomien Westeuropas und der damit verbundenen Tendenz zur Destabilisierung des politischen Systems sind.

Während keine Reform wirklich die Erfolge nach sich zieht, die durch sie versprochen sind (oder mit denen gedroht wird), bleibt eine gründliche Evaluation angesichts der Vergesslichkeit der Öffentlichkeit meist aus – wer erinnert sich heute beispielsweise noch an das Versprechen, dass die Gesundheitsreform langfristig vor allem die Versicherten entlasten würde? Es gehört nicht viel Hellscherei dazu, wenn man voraussagt, dass der Debatte über Hartz IV in der Bundesrepublik – noch vor der Wahl von 2006 – eine weitere Debatte über vorgeblich ebenso notwendige wie problemlösende durchgreifende Reformen auf dem Arbeitsmarkt folgen wird. Schon in den Namen, die die einzelnen Projekte erhalten, ist eine Vergänglichkeit und Instabilität aufgehoben. Sie werden nicht mehr „Arbeitsmarktreform“ genannt, sondern nur noch mit Nummern hinter dem Namen eines angeblich besonders innovativen Managers des Staats-Betriebes, Peter Hartz, bezeichnet. Hierin drückt sich zugleich eine Drohung und eine Chance für die sozialen Bewegungen aus: Während die Inflation der „Reformen“ einerseits die ständige Notwendigkeit der „Anpassung“ illustriert und ausdrückt, dass beim Abbau von sozialen Rechten kei-

ne Mühe gescheut und „mit Tabus aufgeräumt“ werden muss, verdeutlicht diese Entwicklung zugleich die tendenzielle Instabilität der herrschenden Politik.

Aber diese Instabilität überträgt sich auch auf die sozialen Bewegungen, die im Resultat ebenso unverbunden und kurzfristig erscheinen wie ihre politischen Anliegen. So massiv diese sozialen Bewegungen auch sind – fast überall in Europa erreichten Demonstrationen in den ersten Jahre des neuen Jahrtausends Rekordzahlen –, so wenig bleibt von ihnen nach der Durchsetzung/Verschiebung/Aussetzung der Projekte noch übrig. Immer wieder entsteht deshalb in den Bewegungen, auch bei den einzelnen Aktivistinnen und Aktivisten, eine merkwürdige Stimmung, eine Art Aura des letzten Gefechtes, die kurzfristig zu einer gewissen Euphorie führen mag, längerfristig aber eher demobilisierende und resignative Folgen hat. Schließlich wirkt der entsprechende Gestus, wenn man ihn mehrmals gebraucht, zunehmend komisch. Aber selbst die Aktivistinnen und Aktivisten der Bewegungen erinnern sich oft so gut wie gar nicht an die Auslöser und die Verlaufsform der vorhergehenden „Aktion“. Gegen wen richtete sich dieser „Abwehrkampf“ noch mal? Gegen Hartz III? Gegen die Rentenreform? Oder gegen irgendeinen Krieg? Und wenn ja, gegen welchen? Unsere These ist, dass sich die Bewegungen nicht nur aufgrund der Differenz der sozialen Akteure – wie etwa zwischen antirassistischen und sozialpolitisch motivierten Protesten üblich – nicht wiedererkennen. Vielmehr ist diese Kurzfristigkeit und Vorläufigkeit der Bewegungen auch ein Ausdruck des notwendigen Wandels der Politikformen – weg von festen, institutionalisierten Strukturen, die sich in langfristigen Bindungen etwa an die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung oder andere identitätsstiftende Kollektive anlehnen.

Die Prekarisierung der Bewegungen

Der Begriff Prekarisierung und die neu aufflammende Diskussion darum in der bundesdeutschen Linken hat unseres Erachtens vor diesem Hintergrund einen Doppelsinn, der sich auch im Titel dieses Heftes ausdrücken soll: Wenn es stimmt, dass die festen und institutionell abgesicherten Strukturen der linkspolitischen Kultur ebenso destabilisiert worden sind wie die der politischen Kultur überhaupt, wenn ihr Ort als weniger fest und gesichert erscheint als zuvor, dann sind daraus (endlich) Schlussfolgerungen zu ziehen. Soweit mit der neuen Prekarisierungsdiskussion verstärkt die individuellen Lebens- und Arbeitsbedingungen (auch der Linken selbst) in den Fokus der öffentlichen Auseinandersetzung geraten, ermöglicht dies, die Frage nach den möglichen und notwendigen politischen Formen vom eigenen Alltag aus zu denken. Zugleich könnte ein Prozess beginnen, in dem die Bedingungen reflektiert werden, die Voraussetzung für kollektive Gegenwehr sind. Im

Abspann eines Filmes des feministischen Kollektives „Precarias a la deriva“¹⁴ wird diese Frage ironisch aufgenommen: Eine Art Stundenplan erscheint und die Frauen debattieren, wann sie die nächste Sequenz drehen können und welche das tun kann. Die Antwort: Eigentlich hat niemand Zeit. Und eigentlich ist die Kasse auch leer. Und welche Kamera sollen wir benutzen? Eigentlich sind alle Kameras vergeben. Der Film endet damit, dass das Bild zu wackeln beginnt und die Stimmen im Hintergrund so etwas wie „Vorsicht, die Kamera!“ rufen. Das Motiv, nur eine kleine ironische Sequenz, hat unseres Erachtens eine wichtige Pointe: Sie spricht den tendenziell umgreifenden und umfassenden Charakter prekärer Lebens- und Arbeitsbedingungen an. Sie setzt damit die Arbeit an der Zerstörung jener Illusion fort, dass linke Politik inselhaft, d.h. beständig unabhängig von den gesellschaftlichen Bedingungen, die sie umgibt, entwickelt werden kann. Jede und jeder von uns steht vor der Aufgabe, die persönliche Lebensqualität (wie ausreichendes Einkommen, die eigene Gesundheit, inhaltlich befriedigende Formen gesellschaftlicher Partizipation) immer wieder neu zu organisieren und abzusichern. Viele Beiträge zur neuen Diskussion um Prekarisierung verdeutlichen, dass sich eingreifende kollektive Praxen auf diese Alltagsorganisation beziehen müssen. Dies gilt nicht nur insofern, als politische Organisationsformen fern von der Frage nach den individuellen Bewältigungsstrategien zunehmend schlechter funktionieren. Es ist mittlerweile auch fraglich geworden, ob derartige Politikformen nicht an den zentralen Herausforderungen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse vorbeigehen.

Dabei bleibt es wichtig, auch auf der Unterschiedlichkeit der Phänomene zu bestehen, die unter dem Begriff „Prekarisierung“ gefasst werden können: Migrantinnen, die – trotz akademischer Ausbildung in ihren Heimatländern – hier illegal in Privathaushalten putzen; Jugendliche ohne Schulabschluss, die durch das Jobben im Supermarkt ihre erste eigene Wohnung finanzieren (wollen), oder auch AkademikerInnen, die sich zwischen befristeten qualifizierten Anstellungen, anspruchlosen Jobs und staatlicher Unterstützung hindurchhangeln. Wenn man all diese Situationen als „prekär“ bezeichnet, verweist man darauf, dass es sich um Arbeitsverhältnisse handelt, die von zunehmender Unsicherheit, Brüchigkeit und fehlender Selbst- bzw. Mitbestimmung geprägt sind. Aber es besteht auch die Gefahr, dass sich innerhalb des linken Diskurses gerade auf Grundlage dieser Verallgemeinerung diejenigen durchsetzen, die am ehesten in der Lage sind, ihre Anliegen zur Sprache zu bringen. Deshalb ist die Übersetzung des Begriffes und der damit bezeichneten Erfahrungen

14 Zu diesem Projekt vgl. Precarias a la deriva, *Streifzüge durch die Kreisläufe feminisierter prekärer Arbeit* (2004), <http://www.prekarisierung.de/tolleseite/TEXTE/precarias.htm>.

in die Sprache der verschiedenen Gruppen ein ebenso wichtiges Anliegen wie die Übersetzung der Erfahrungen sozialer Konflikte auf transnationaler Ebene.

Im vorliegenden Heft sind einige Beispiele für solche Übersetzungsversuche geschildert, besonders in den Texten von Armano/Sciortino – die den „Mayday“ in Italien schildern –, und Bernard Schmid, der auf die Zusammenarbeit zwischen prekären Kulturschaffenden und AktivistInnen von Kampagnen gegen die Arbeitsbedingungen bei McDonalds in Frankreich eingeht. In der Bundesrepublik wurden solche Übersetzungsversuche in letzter Zeit ebenfalls verstärkt unternommen: Beispiele sind etwa die gewerkschaftlichen Kampagnen gegen Schlecker und Lidl oder die (2005) kommende Mayday-Kampagne in Hamburg. Insgesamt ergibt sich ein interessantes Bild: Je genauer die Orte benannt werden, über die in der Auseinandersetzung um die Prekarisierung von Arbeit und Leben gesprochen wird, und je deutlicher deren Position in der gesellschaftlichen Hierarchisierung beschrieben wird, desto deutlicher tritt zu Tage, dass sich jede spezifische Auseinandersetzung zugleich um allgemeine Probleme dreht.

Die Texte in diesem Heft im Überblick

Das, manchmal produktive, manchmal problematische, Verhältnis unterschiedlicher sozialer Bewegungen zueinander ist ein roter Faden der Beiträge in diesem Heft. Wie erwähnt bildeten die Kämpfe in Frankreich 1995 einen der Einschnitte, die in den (oft unterschätzten) sozialen Kämpfen der 1990er Jahre zu beobachten waren. Der französische Massenstreik kann in einem Atemzug mit den Auseinandersetzungen in Seattle, dem Aufstand der Zapatisten in Mexiko oder dem Streik der Hafnarbeiter von Liverpool genannt werden. Der Grund für diese Bedeutung liegt darin, dass es sich nicht nur um eine große Streikbewegung – die größte in Europa in diesem Jahrzehnt – handelte, sondern dass in ihrem Rahmen bemerkenswerte Formen der sozialen Organisation hervorgebracht wurden. Ihre zentrale Qualität liegt in der Verbindung zwischen Kämpfen um die Bedingungen innerhalb der Lohnarbeit einerseits und um die Sicherung allgemeiner Lebensqualität (die etwa durch den Abbau öffentlicher Einrichtungen und Sicherungssysteme bedroht ist) andererseits.

Der Artikel von Bernard Schmid schildert u.a. die spezifische Tradition sozialer Kämpfe in Frankreich, die als eine von mehreren Erklärungen dafür gelten kann, dass solche Verbindungen in Frankreich früher artikuliert wurden als etwa in der Bundesrepublik. Die Auseinandersetzungen um die Rentenansprüche im öffentlichen Sektor Frankreichs brachten im Jahre 2003 wesentliche Forderungen und Aktionsformen von 1995 erneut auf die Tagesordnung. Aber in den vergangenen

Jahren haben sich die Grenzen einer Verbindung zwischen betrieblichen Kämpfen und jenen um die Verteidigung der sozialen Errungenschaften deutlicher gezeigt: Die Sozialreformen der derzeitigen bürgerlichen Regierung wurden einer erneuten Massenbewegung zum Trotz durchgesetzt – die Proteste blieben am Ende auf bestimmte Sektoren – wie zunächst die Lehrer/innen, später die Arbeiter/innen der Elektrizitätswerke – beschränkt. Zugleich kamen neue Aspekte und politische Formen zum Vorschein – insbesondere in den „Robin-Hood“-Aktionen der Beschäftigten des von der Privatisierung bedrohten Energiesektors. Die verhältnismäßig erfolgreichen Proteste der prekären Kulturschaffenden in der zweiten Hälfte des Jahres 2003 waren ebenso bemerkenswert: Die Verteidigung einer Grundsicherung prekärer Arbeit stand dabei im Mittelpunkt, allerdings wiederum verbunden mit einer mehrheitlich eng mit der traditionellen Definition von „Kulturarbeit“ verbundenen sektoralen Bewegung. Aktuell scheint in Frankreich ein neuer Bewegungszyklus zu beginnen, in dem – expliziter als in der Bundesrepublik – die Überschneidungen und der Zusammenfall der Forderungen etwa der SchülerInnen und der ArbeiterInnen ins Gespräch gebracht werden.

Roland Atzmüller problematisiert in seinem Artikel die Unverbundenheit zwischen den Bewegungen gegen die schwarz-blaue Regierung in Österreich auf der einen sowie gegen die Rentenreform auf der anderen Seite. Am Beispiel der Entwicklung der Proteste gegen die Rechtsregierung in Österreich von den Anti-Haider-Protesten von 1999 bis zum Streik gegen die Verschlechterungen im Rentensystem im Jahr 2003 diskutiert er die Verbindung zwischen dem Widerstand gegen eine rassistisch motivierte Ausgrenzungspolitik und sozialen Protesten – bzw. den Mechanismen, die eine solche Verbindung erschweren. Hier lag der Vergleich mit der lokalen Situation im „rechtspopulistischen Experimentarium“¹⁵ Hamburg nahe: Die österreichische Bewegungskonjunktur entsprach in vielerlei Hinsicht derjenigen, die in Hamburg mit der Aufeinanderfolge der Anti-Schill-Proteste und der Proteste gegen den Sparhaushalt des Rechtssenats gegeben waren. Eine entscheidende Schwäche beider Bewegungsbeispiele sahen wir in der Aufrechterhaltung der Trennung zwischen „politischen“ und „sozialen“ Motiven. Mit dem Verschwinden der rechtsradikalen Fraktion in den bürgerlichen Regierungen verschwand zunächst auch scheinbar das Problem, das die „politische“ Seite der Proteste angetrieben hatte – ohne dass sich die Politik der jeweiligen Regierungen seitdem grundlegend geändert hat.

15 (Auch) für Nicht-HamburgerInnen vgl.: Meinhard Meuche-Mäker, *Aufstieg und Fall des Ronald Barnabas Schill – Skizzen zur Schill'schen Variante des bundesdeutschen Rechtspopulismus*, Hamburger Skripte Nr. 6, Hamburg 2004.

Die sozialen Konflikte in Italien beschreiben Raffaele Armano und Emiliana Sciortino in diesem Heft eher im Hinblick auf zumindest punktuell gelungene Verbindungen zwischen der „politischen“ und der „sozialen“ Seite der Proteste. Die Streiks und Demonstrationen gegen die Verschlechterung des Kündigungsschutzes hatten sowohl einen expliziten Bezug auf die globalen Dimensionen der Regierungspolitik als auch einen Bezug zur Frage der Prekarisierung, die ähnlich wie in Frankreich (und anders als bisher in Österreich, der Bundesrepublik und Dänemark) als Problem der Lohnarbeit insgesamt gesehen werden. Einige der Thesen, die oben ausgeführt wurden, wurden u.a. durch den Text von Armano und Sciortino inspiriert, der sowohl auf die Bedeutung des profitorientierten Umbaus des sozialen Sektors als auf die Übernahme bestimmter Elemente selbstorganisierten sozialen Handelns eingeht. Ein sehr interessantes Moment ist schließlich die Schilderung eines „neuen Typus“ von Aktivismus, den die beiden AutorInnen anhand von Erfahrungen in der *No-global*-Bewegung schildern und der das Bild von den „prekären“ sozialen Bewegungen, das wir im letzten Abschnitt gegeben haben, stützt. Armano und Sciortino verdeutlichen in diesem Zusammenhang die Möglichkeiten und Grenzen, die sich aus der Veränderung der Mentalität des Aktivismus für die Entwicklung kollektiver Organisation (in Italien) ergibt.

Im letzten Text dieses Heftes schließlich schildert Erling Frederiksen anhand der Aktivitäten der dänischen „Landesorganisation der Erwerblosen“ (LA) die Chancen und Grenzen von Aktionen gegen *Welfare-to-work*-Programme. Die LA fordert eine Existenzgrundlage jenseits von Lohnarbeit und sie agiert vermittels „Verbraucherboykotten“ gegen Betriebe, die Arbeitskräfte aus dem durch die staatliche Erwerbslosenpolitik neu definierten Niedriglohnsektor benutzen. Damit stellen ihre Aktivitäten einen Versuch der Vermittlung zwischen den früher getrennten Sphären des Sozialstaates und der Produktion dar. Diese Aktivitäten ähneln jenen von prekären und zwangsmobilisierten ArbeiterInnen in anderen Ländern (wie etwa den *Precarias a la deriva* in Spanien). Inspirierend sind ihre diskursiven Strategien, in denen sie Lebensweisen, die bisher allgemein als erstrebenswert galten, als etwas präsentieren, das zur zunehmenden Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die einseitigen Maßstäbe der Lohnarbeit im Widerspruch steht. Erling Frederiksen gibt zudem einen interessanten Hinweis auf die Herkunft der „aktivierenden“ Politik – er sieht sie als originären Bestandteil traditionellen sozialdemokratischen Denkens.

Bei allen Beispielen, die in den Texten vorgestellt werden, handelt es sich um Fragmente, oft um kurzfristige Arrangements unterschiedlicher sozialer Gruppen, die sich auf ein bestimmtes politisch-diskursives Projekt beziehen. Eine „neue Arbeiterbewegung“ ist aus diesen Fragmenten nicht zu lesen, ebenso wenig wie ein Konzept der Re-Regulierung des Sozialen, auch wenn dazu – von den Elektrizitäts-

arbeitern, von den dänischen „Aktivierten“ u.s.w. -Vorschläge gemacht werden. Die Bewegungen sind wie Schmetterlinge, sie sind wandelbar, entwickeln sich von schwerfälligen Raupen zur schillernd bunter, bisweilen kurzlebiger Lebendigkeit (und umgekehrt). Die Gemeinsamkeit solcher prekärer Bewegungen liegt vor allem darin, dass sie auf je spezifische (und zum Teil gegensätzliche) Weise Formen suchen und entwickeln, in denen das Problem der Organisation kollektiver Interessen nicht mehr gemäß der alten Trennungen in Angriff genommen wird, nämlich *entweder* auf dem traditionellen Feld der Lohnarbeit *oder* als Frage der selbstbestimmten Gestaltung individueller Lebensweisen. Die Beispiele lassen sich als (möglicher) Anfang einer Entwicklung verstehen, innerhalb der neue Namen für die alte Forderung nach Demokratie und Emanzipation gefunden werden könnten. Jede der skizzierten sozialen Kämpfe erhält Vorschläge zu einer Intervention in die vorgeblich „naturhaften“ Prozesse der Globalisierung an jeweils bestimmten Orten. Diese Vorschläge sind notwendiger Weise widersprüchlich: sie beziehen sich häufig auf die moralische Ökonomie der Lohnarbeit – die dänischen „Aktivierten“ fordern gewerkschaftliche Rechte und Urlaub, die französischen Intermittens den Erhalt ihrer Arbeitslosenversicherung. Die Fokussierung der Bewegungen auf spezifische regionale Anlässe, die wir oben thematisiert haben, ist deshalb sowohl eine ihrer Stärken als auch eine ihrer Begrenzungen. Durch die lokalen Initiativen hindurch wird sich vielleicht ein Raum öffnen lassen, der sowohl die traditionelle Form gewerkschaftlicher Politik als auch die institutionalisierten Formen des Sozialen zur Disposition stellt: Die Texte beschreiben also Fragmente einer Neuzusammensetzung der sozialen Bewegungen.

Prekäre soziale Bewegungen: Der Widerstand gegen die Sozial„reformen“ und neue gewerkschaftliche Ansätze in Frankreich

BERNHARD SCHMID, PARIS

Einleitung

Frankreich machte in den letzten Jahren wiederholt durch breitere soziale Bewegungen von sich reden, die auch international relativ stark wahrgenommen wurden. Die vor allem die öffentlichen Dienste betreffende Streikwelle zur Jahreswende 1995/96 bildete eine erste Woge anti-neoliberaler Proteste. Sie wurde damals über die Landesgrenzen hinaus auch als „Widerspruch von unten gegen den Maastricht-Prozess“ aufgefasst. Also gegen jenen „Vereinigungs“prozess, der das europäische Projekt zuvörderst als Herstellung eines gemeinsamen Marktes (und perspektivisch eines regionalen Machtblocks) begreift. Ein Prozess, der das angebliche „Zusammenwachsen der Völker“ betriebswirtschaftlich definierte, anstatt beispielsweise soziale und demokratische Konvergenzkriterien anzulegen. Während viele bürgerliche Medien etwa der deutschsprachigen Länder pikiert davor warnten, hier würden „in wenigen Wochen die Sparanstrengungen, die Frankreich die Einhaltung der Maastricht-Kriterien erlauben sollen, zunichte gemacht“, und dies als vermeintlichen Ausdruck wirtschaftlicher und sozialer Irrationalität auslegten, nahmen andere gesellschaftliche Kräfte das Signal auf andere, positive Art und Weise auf. Verschiedentlich war damals davon die Rede, auch die Gewerkschaften in deutschsprachigen Ländern müssten nunmehr „Französisch lernen“.

Die Streikwelle des Frühsommers 2003, die sich vor allem gegen den Abbau der öffentlichen Rentensysteme richtete, übertraf sogar noch jene von 1995, nimmt man Zahl der TeilnehmerInnen am Konflikt als Maßstab. Die „Rentenreform“ bedeutete u.a. die Erhöhung der Zahl der für die Erreichung des vollen Rentenanspruchs erforderlichen Beitragsjahre von zuvor 37,5 Jahren bzw., für die gewerblichen Beschäftigten seit 1993, 40 Jahren auf nunmehr 42 Jahre. Und dies bei gleichzeitiger Absenkung der Rentenhöhe: Künftig sollen nur noch zwei Drittel des letzten Grundgehalts garantiert werden gegenüber heute durchschnittlich 78 Prozent. Aufgrund heute längerer Ausbildungs- und Studienzeiten, aber auch von vielen Beschäftigten durchlebter Perioden von Erwerbslosigkeit, stellt dies faktisch ein Verarmungsprogramm für zukünftige PensionsempfängerInnen dar. Mit der beabsichtigten Nebenfolge, dass viele Lohnabhängige sich verstärkt um eine private Ab-

sicherung kümmern werden – etwa bei privaten Rentenfonds, die die Pensionen von morgen an der Börse einsetzen, oder betrieblichen Anlagefonds. Doch im Gegensatz zu 1995 endete die Bewegung gegen die Rentenreform im Juli 2003 mit einer Niederlage gegenüber dem kompromisslosen Durchsetzungswillen der neoliberal-neokonservativen Regierung von Jean-Pierre Raffarin und Nicolas Sarkozy. Ihr Hartbleiben bei der Verabschiedung der „Rentenreform“ sollte der Regierung als so genannter Autoritätsbeweis dienen, der ihr in der Folgezeit die Umsetzung anderer regressiver „Sozialreformen“ erleichtern würde.¹ Tatsächlich hat das Raffarin-Kabinett seither die Gangart beschleunigt und binnen weniger Monate beispielsweise den Beschluss zur Privatisierung der Energieversorgungsunternehmen EDF-GDF (Electricité de France, Gaz de France) und eine „Reform“ des öffentlichen Gesundheitssystems durch das Parlament gebracht. Freilich hatte die Fortsetzung dieses Kurses auch einen hohen politischen Preis für die Raffarin-Regierung, die sich bei den Regionalparlamentswahlen im März 2004 ebenso wie bei Europawahlen im darauffolgenden Juni schwere Niederlagen einhandelte. Doch da die nächsten landesweiten (Präsidenten- und Parlaments-)Wahlen erst im Jahr 2007 stattfinden und weil die nunmehr wieder im Aufwind befindliche sozialdemokratische Parlamentsopposition alles tut, um die sozial Unzufriedenen auf diesen fernen Wahltermin zu vertrösten und sie von außerinstitutionellen Aktivitäten abzuhalten, kann die konservativ-liberale Regierung auch weiterhin ungestört „reformieren“.

Der Streik der Lehrerinnen und Lehrer im Frühjahr 2003

Die LehrerInnen stellten im Frühjahr 2003, mit ihrem drei Monate währenden Ausstand, den „harten Kern“ der Streikbewegung gegen die „Rentenreform“ dar. Zu ihrer Motorenfunktion trug bei, dass sie noch andere Konflikte mit der neokonservativen Regierung auszutragen hatten, wie etwa Sparpläne im Bildungsbereich und Regierungspläne zur Einbeziehung von Lehrkräften in polizeiliche Maßnahmen gegen straffällige Jugendliche.² Das Scheitern des Arbeitskampfes der Lehre-

1 Der Text entstand im zeitlichen Zusammenhang mit der Veranstaltungsreihe. Da Bernhard Schmid der erste Vortragende war – die Veranstaltung fand im April 2004 statt –, sind die neuesten (und erfreulichen) Entwicklungen in der französischen Protestbewegung noch nicht berücksichtigt. Die Berichte Bernard Schmid's (auch) über die aktuellsten Entwicklungen finden sich in der Regel sehr gut dokumentiert auf der Seite www.labournet.de (Anmerkung der HerausgeberInnen).

2 Parallel wurde der gefängnisbewehrte Straftatbestand der „Beleidigung von Autoritätspersonen, darunter Lehrkräften“, der durch die Lehrgewerkschaften bekämpft wurde, eingeführt.

rInnen war ein wesentliches Element des Rückgangs der Streikbewegung insgesamt. Es ist wichtig, hier zunächst diese Bewegung darzustellen, weil sie, ähnlich wie die Mobilisierung der *intermittents du spectacle* einige Monate später, interessante Züge trug, die vielleicht dazu beitragen, neue Perspektiven für die sozialen Bewegungen zu entwickeln. Zu ihrem Ausstand gehörte ein hohes Maß an Eigeninitiative und extensiver Nutzung der neuen Medien. So wurde der Lehrerstreik von 2003 überwiegend nicht über den Gewerkschaftsapparat koordiniert, sondern über Internet und Mailinglisten. Zudem handelt es sich bei den LehrerInnen wie den *intermittents* um Gruppen, die bis heute besonders häufig im Mittelpunkt von landesweiten Streikämpfen standen.

Aber der Lehrerstreik zeigte auch die strukturelle Begrenztheit einer solchen Initiative: Um auf nationaler Ebene ein regressives Regierungsvorhaben erfolgreich zu bekämpfen, war der erfolgreiche Lehrerstreik nicht ausreichend. Da er keinen für die Mehrwertschöpfung kurzfristig dringend benötigten Sektor unmittelbar berührte, konnte die Regierung ihn einfach „aussitzen“: Der von der Pariser Vorstadt Saint-Denis, wo er am 27. März 2003 begonnen hatte, ausgehende Lehrerstreik war bereits zweieinhalb Monate alt, als am 10. Juni 2003 erste, kurze Verhandlungen mit dem damaligen Innenminister Nicolas Sarkozy eröffnet wurden. Zu diesem Zeitpunkt waren die Lehrgewerkschaften und -selbstorganisationen bereits in die Enge getrieben: Zwei Tage später stand das landesweite Abitur an. Konnte man es ausfallen lassen? Hätte, wie im Mai 1968, ein landesweiter Generalstreik verschiedener sozialer Gruppen das gesellschaftliche Leben weitgehend lahmgelegt, wäre dies möglich gewesen. In der realen Situation war ein solches Vorgehen jedoch nicht gegen Eltern und SchülerInnen durchsetzbar. Angesichts der über 20-prozentigen Jugendarbeitslosigkeit hat das Bestehen oder Nichtbestehen des Abiturs und der Zeitpunkt des Eintritts ins Erwerbsleben oder Studium eine derart hohe Bedeutung, dass dies erhebliche soziale Widerstände hervorgerufen hätte. Bis dahin hatten die SchülerInnen und ein Teil der Eltern den Ausstand mehrheitlich moralisch unterstützt, auch deswegen, weil viele LehrerInnen dabei ein bemerkenswertes gesellschaftliches Verantwortungsgefühl an den Tag legten. Selbst im öffentlichen Radio berichteten SchülerInnen der Abiturklassen bewegt, wie ihre im Streik befindlichen Lehrer – die angesichts der Tatsache, dass in Frankreich kein Streikgeld existiert, nicht bezahlt wurden – sich mitten im Ausstand abwechselten, um dennoch (mit Streik-Armbinde) vor den Abschlussklassen Unterricht zu halten und diese auf die Abiturprüfung vorzubereiten. Doch wenn ab dem 12. Juni 2003 die Abiturprüfungen hätten ausfallen müssen, wäre faktisch ein Bruchpunkt erreicht worden, und es ist davon auszugehen, dass die Sympathien schnell Frustrations- und Resentimentgefühlen gewichen wären.

Die Unmöglichkeit, allein den gesellschaftlichen „Alltagsbetrieb“ entscheidend zu paralisieren, sollte sich gegen die streikenden Lehrer als „Speerspitze“ der gesamtgesellschaftlichen Protestbewegung kehren.

Die Proteste der Kulturschaffenden und anderer prekär Beschäftigter seit dem Sommer 2003

Als die Streikbewegungen des Sommers abebbte, begannen in einigen Fällen soziale und berufliche Gruppen außerhalb des Kreises der „klassischen“ Produktionsbeschäftigten, die sich durch ein hohes Bildungsniveau und/oder eine hohe subjektive Identifikation mit dem Inhalt ihrer Tätigkeit auszeichnen, ihre eigenen Kämpfe. Dazu gehörte die seit Sommer 2003 immer wieder aufflammende Streikbewegung der prekarierten Mitarbeiter im Kulturbetrieb, also der *intermittents du spectacle* (von *intermittence*, Diskontinuität); aber auch der Protest von Mitarbeitern des Forschungsbetriebs und Wissenschaftlern im Februar und März 2004, der mit der totalen Rücknahme der damals geplanten Kürzungen im Wissenschaftsbereich endete. Die *intermittents du spectacle*, das sind beispielsweise SchauspielerInnen oder MusikerInnen oder auch Kameraleute ohne feste Anstellung. Sie haben in Frankreich heute (noch) einen europaweit einmaligen Status, der in seiner bisherigen Form in den späten 1950er Jahren eingeführt wurde, auf der Grundlage von Entwürfen, die von 1936 stammen – also dem Jahr, das durch die „Volksfront“-Regierung und den dreiwöchigen Generalstreik mit Fabrikbesetzungen geprägt war. Demnach haben diese Personen einen Anspruch auf Überbrückungsgelder aus der Arbeitslosenkasse in der Zeit zwischen zwei Aufträgen, in der Regel für maximal ein Jahr. Doch eine „Reform“, die im Sommer 2003 beschlossen wurde, hat sowohl die Bezugsdauer um ein Drittel reduziert als auch die Aufnahmekriterien in dieses System sozialer Absicherung verschärft. Diese „Reform“ wurde im Konsens zwischen Regierung, Arbeitgeberverbänden und der rechtssozialdemokratischen Gewerkschaft CFDT³ beschlossen, die mit den Arbeitgebern zusammen den Aufsichtsrat der Arbeitslosenkasse führt. Als Reaktion erfasste eine breite Streikwelle den gesamten französischen Kultursektor. Im Sommer 2003 mussten die meisten Kulturfestivals, wie das prestigeträchtige Theaterfestival von Avignon, die auch eine hohe Bedeutung für die französischen Tourismuseinnahmen haben, abgesagt werden. Noch

3 CFDT = *Confédération française démocratique du travail*, Französischer demokratischer Arbeiterverband, heute am ehesten als rechtssozialdemokratisch zu bezeichnende Richtungsgewerkschaft. Genaueres zur Geschichte der Einzelgewerkschaften siehe unter „Die Gewerkschaften und ihre Positionen“, S. 37.

im Mai 2004 war das Filmfestival von Cannes ernsthaften Störungen ausgesetzt, die freilich auch auf die entfesselte Polizeigewalt gegen die BesetzerInnen der Filmbörse am Rande des Festivals zurückzuführen waren. Seitdem hat dieser Konflikt sich etwas beruhigt, nachdem die Regierung eine Reihe von Zugeständnissen gemacht hat, die jedoch möglicherweise nicht von Dauer sein werden.

So hat Kulturminister Renaud Donnedieu de Vabres zwar jede Rücknahme der „Reform“ verweigert, doch im Mai 2004 einen staatlichen Sonderfonds eingerichtet für „in Not geratene“ Kulturschaffende, die aus der bisherigen Unterstützung herausfallen und die seit dem 1. Juli 2004 auf diese Weise noch einmal „aufgefangen“ werden können. Zugleich drängte die Regierung aber auch darauf, in absehbarer Zeit eine wachsende Zahl von Personen aus dem *intermittents*-Status auszuschließen. Die Rede war im Sommer 2004 besonders davon, im Rahmen einer in näherer Zukunft anstehenden neuen „Reform“ des *intermittents*-Status eine größere Zahl von Personen in den Zeitarbeiter-Status (mit dem weitaus geringere soziale Garantien verbunden sind) abzudrängen. Konkret wurde dies beispielsweise in einem vorläufigen Abschlussbericht, den Jacques Charpillon, Verwaltungsdirektor im Kulturministerium, Anfang September 2004 seinem Minister vorlegte. Hier wurde angeregt, Kulturschaffenden während einer Berufsanfängerperiode von sechs bis 24 Monaten grundsätzlich nur noch den Zeitarbeiterstatus zuzuerkennen. Aber auch nach dieser obligatorischen „Einstiegsperiode“, während der die mit dem *intermittents*-Statut verbundenen spezifischen Rechte wegfallen würden, sollten bestimmte Beschäftigtengruppen auch weiterhin automatisch als ZeitarbeiterInnen eingestuft werden. Konkret anvisiert wurden alle angeblich reinen „technischen Berufe“ wie etwa Masken- und BühnenbildnerInnen, die „dem künstlerischen Schöpfungsakt fern“ stünden. Dagegen wandten KritikerInnen ein, ein Bühnenbildner oder -maler sei mindestens ebenso kreativ tätig wie ein Regieassistent, der zahlreiche Verwaltungstätigkeiten zu erledigen hat, dem aber weiterhin „Kreativität“ zugebilligt werden soll. Ein weiterer Untersuchungsbericht für den Kulturminister sprach sich, ebenfalls im September 2004, für die weitgehende Ersetzung des *intermittent*-Status durch einen neuen Typus befristeter Arbeitsverträge aus.

Offenkundig ist, dass die Regierung danach strebt, sich des lästigen Problems zu entledigen, indem eine Kategorie von prekär oder diskontinuierlich Beschäftigten, die bisher noch verhältnismäßig solide soziale Garantien besaß, tendenziell durch andere Kategorien (mit weitaus weniger Garantien) abgelöst werden soll. Bis Anfang November 2004 sollte der Regierung ein definitiver Bericht von dem Ökonomen Jean-Paul Guillot mit Vorschlägen dazu überreicht werden, doch seine Vorlage wurde auf Dezember 2004 verschoben mit der Begründung, dass nicht genügend Informationsmaterial über die Zahl und Struktur der betroffenen Gruppe der

intermittents du spectacle vorliege. Eine durch die Selbstorganisation der Betroffenen, die *Coordination des intermittents et des précaires*, bei progressiven Sozialwissenschaftlern in Auftrag gegebene „Gegenexpertise“ scheiterte bisher daran, dass die staatlichen (Sozialministerium) und „sozialpartnerschaftlichen“, paritätisch verwalteten Institutionen (Arbeitslosenkasse) keinerlei Informationen herausrückten: Die Arbeitslosenkasse verwies die ForscherInnen, die für ihre Studie immerhin Gelder von drei („links“ regierten) französischen Regionen erhielten, gleich auf die offizielle Regierungsstudie, die ja schon zu dem Thema gemacht werde. In der jüngeren Geschichte Frankreichs gibt es keinen Fall, in dem auf diese Weise Sozialwissenschaftlern offen Material für eine offizielle Forschungsarbeit vorenthalten wird. Auch deswegen bleibt bisher die Unklarheit darüber bestehen, wie viele *intermittents* es eigentlich gibt und wer sie genau sind: Die Arbeitslosenkasse unterstützt derzeit jährlich etwa 50 000 Personen mit Überbrückungsgeldern als *intermittents*, aber laut dem Nationalen Statistikamt zahlen jährlich 262 000 Personen Beiträge in das System ein. Zehntausende potenziell Betroffene gehen so „unterwegs verloren“, und ihre Zahl hat sich zweifellos durch die Verschärfung der Anspruchskriterien seit Juni 2003 erhöht.

Der seit Juli 2004 vorhandene Sonderfonds soll bisher dabei als „doppeltes soziales Netz“ fungieren. Doch der Staat zahlte zunächst nur 20 Millionen Euro ein, eine am Bedarf gemessen geringe Summe. Daneben wurden die privaten Kulturindustriellen, die faktisch die Hauptnutzer der Arbeitskraft von *intermittents du spectacle* darstellen, zur freiwilligen Einzahlung aufgefordert. Diese Betriebe sind dafür bekannt, dass sie ihre Arbeitskräfte oft „künstlich“ prekarisieren, indem etwa finanziell gut gestellte Fernsehgesellschaften ihr ständiges Personal als „auf Zeit angestellte“ Mitarbeiter anmelden. Solange die finanzielle Absicherung existierte, waren die prekären MitarbeiterInnen damit oftmals auch selbst einverstanden, da ihr Status einer Lebenseinstellung einsprach, die von einem Verlangen nach „Autonomie“ statt Bevormundung durch „feste“ Chefs geprägt war. Doch bei ausbleibender finanzieller Unterstützung erwies der Status sich als Falle, während der Nutzen bei den Arbeitgebern blieb. Nunmehr fordert die Regierung die öffentlichen und privaten „Nutzer“ von *intermittents*-Arbeitskräften zu einer „Moralisierung ihrer Praktiken“ auf.

Interessant ist, dass vor diesem Hintergrund eine kollektive Bewegung der Betroffenen auch zusammen mit anderen, mit geringerem sozialem Status ausgestatteten Prekären möglich war; denn die *intermittents* schlossen sich im Sommer 2003 mit anderen Prekären, etwa Fastfood-Beschäftigten, in Koordinationen zusammen. Damals gab es eine Reihe von Konflikten in Niedriglohn-Dienstleistungssektoren wie dem Fastfood-Bereich (vor allem bei Pizza Hut und McDonalds). Organisiert und

unterstützt wurden sie einerseits von Gewerkschaftskollektiven wie der „CGT Restauration rapide“ (CGT Fastfood)⁴, die von den Betroffenen selbst aufgebaut worden waren. Der zentrale CGT-Apparat zeigte sich eher zögerlich-abwartend, u.a. weil von diesen Beschäftigten eine geringe Neigung, sich zu organisieren, aber auch ein geringes Beitragsvolumen erwartet wurde. Aktivitäten in diesem Sektor wurden deshalb als „kaum interessant“ bewertet. Andererseits existierte ein spezifisches Solidaritätskollektiv, das zuerst den zwölf Monate währenden Ausstand in einem McDo-Restaurant im 10. Pariser Bezirk – gegen die fristlose Kündigung von fünf Betriebsratskandidaten – und später den Streik der afrikanischen Zimmerfrauen bei der Hotelkette ACCOR unterstützte und vorwiegend aus Basisaktivisten bestand. Die Koordination im Großraum Paris, die sich infolge des *intermittents*-Streiks ab Ende Juni 2003 gründete, nannte sich dann auch von Anfang *Coordination des intermittents et des précaires d’Ile-de-France*.⁵ In etwa 20 französischen Regionen entstanden weitere regionale Koordinationen, von denen die CIP IdF allerdings bis heute mit Abstand am meisten von sich reden macht. Der massive Kulturstreik vom Sommer und Herbst 2003 floss mit anderen sozialen Bewegungen zusammen – etwa durch eine starke Beteiligung der *intermittents* am Camp der 300 000 „Globalisierungskritiker“ auf dem südfranzösischen Larzac-Plateau im August 2003 sowie am Europäischen Sozialforum drei Monate später. Er hat eine wichtige Rolle auch für die soziale Bewegung insgesamt gespielt: Da der Ausstand direkt zu Beginn der Sommerpause anfang, als die Bewegungen des Frühjahrs gerade zu verebben begannen und ihrer Niederlage entgegen gingen, hat er zahlreichen Menschen vor Augen geführt, dass sozialer Widerstand weiterhin möglich war und wirksam sein konnte.

Die „Gesundheitsreform“ von 2004: Fällt der Widerstand aus?

Die im Juli 2004 vom Parlament verabschiedete „Gesundheitsreform“ beinhaltete unter anderem die behördliche Bestrafung von „zu oft krank feiernden“ Beschäftigten, aber auch von „zu leicht krank schreibenden“ ÄrztInnen. Ferner sollte die Anzahl der künftig noch zu erstattenden Medikamente durch die baldige Definition eines so genannten „Arzneimittel-Warenkorbs“ reduziert werden. Erstaunlicherweise gab es dagegen fast keinen Widerstand. Das hing einerseits mit der in gewissem Maße demoralisierenden Erfahrung der Niederlage der sozialen Bewegung von 2003 zusammen, andererseits aber auch mit der Bremsertaktik der großen Gewerk-

4 CGT = *Confédération générale du travail*, Allgemeiner Arbeiterverband, ehemals überwiegend durch die kommunistische Partei dominierte Richtungsgewerkschaft.

5 Abgekürzt CIP IdF: Ile-de-France oder IdF ist die Region rund um die französische Hauptstadt und ihre Trabantenstädte.

schaftsverbände. Für diese Taktik gab es unterschiedliche Motive. Einerseits weisen die meisten Gewerkschaften Eigeninteressen im Bereich der *mutuelles* auf, eine Art genossenschaftlich aufgebaute Krankenkassen, die historisch aus der Gewerkschaftsbewegung heraus entstanden sind. Die Bedeutung dieser Kassen wird künftig – neben jener privater Versicherungskonzerne als Hauptprofiteure der „Reform“ – auf Kosten der gesetzlichen Krankenversicherung anwachsen. Zum zweiten hatte die mehrere Wochen anhaltende Streikbewegung, vor allem im öffentlichen Dienst, gegen die „Rentenreform“ ein Jahr zuvor in eine bittere Niederlage geführt, die sich aus Sicht der Gewerkschaftsapparate nicht wiederholen sollte. Drittens aber fürchtete vor allem der eher regierungsfeindliche, aber seit dem Verlust des einstigen „realsozialistischen“ Bezugssystems recht orientierungslos gewordene, „postkommunistische“ Gewerkschaftsverband CGT eine Radikalisierung der eigenen Basis, über die der Apparat die Kontrolle hätte verlieren können.

Prämissen dafür hatte die Streikbewegung im Frühsommer 2003 gesetzt, in der die CGT zunächst die Ausstände im Transportbereich abgewürt hatte. Wären diese erfolgreich gewesen, so hätte die aus ihm resultierende Verlangsamung der wirtschaftlichen Aktivität im Großraum Paris breite Folgewirkungen nach sich gezogen: Während des Bus- und Metrostreiks 1995 wurden rund um Paris zeitweise 500 Kilometer morgendliche Staus gemessen. Aufgrund ihrer defensiv-zögerlichen Streiktaktik sowie des offenkundigen Ausbremsens der Ausstände bei Metro- und Busfahrern sowie Eisenbahnern war die CGT im Mai und Juni 2003 bei einem Teil ihrer Basis in die Kritik geraten.

Der Streik weitete sich am 13./14. Mai 2003 zunächst an den Gewerkschaftsapparaten vorbei spontan aus, wurde aber am 15. Mai 2003 bei den Metro- und Busfahrern durch die CGT „bis auf weiteres“ abgebrochen. Angesichts der Unnachgiebigkeit der Regierung rief dann zwar auch die CGT einige Wochen später, ab dem 3. Juni 2003, noch zum Streik der Transportbetriebe auf, dieses Mal unter stärkerer gewerkschaftlicher „Kontrolle“. Doch daran wollten die Beschäftigten des Transportsektors sich dann nicht mehr so richtig beteiligen, da sie sich – nach dem Abbruch ihres ersten, spontanen Streiks – durch die Apparate „instrumentalisiert“ fühlten. Die beschriebene gewerkschaftliche Taktik bildet eine der hauptsächlichen, aber nicht die alleinige Ursache für die ab Mitte Juni 2003 immer klarer werdende Niederlage der Streikbewegung. Eine weitere Ursache bestand in einem mangelnden Verständnis der Generationen der unter 35-Jährigen für das, was beim Streik gegen die „Rentenreform“ auf dem Spiel stand: Die jüngeren Generationen fühlten sich tendenziell weniger betroffen, da für sie die Rente noch weit und ohnehin, aufgrund der täglichen Realität von prekärer Arbeit und „gebrochenen Erwerbsbiographien“, mit vielen Fragezeichen verbunden erscheint. Die gesamtgesellschaftliche

Regression, die mit der „Reform“ einherging, vermittelte sich ihnen zum Teil nur unzureichend. Aus diesem Grund und aufgrund der widersprüchlichen Position der Gewerkschaften, die eine Reform durchaus befürworteten, aber gegen diejenige waren, die die Regierung anstrebte, ging die anfänglich durchaus vorhandene Dynamik hin zu einem breiten und verschiedene gesellschaftliche Sektoren übergreifenden Streik schließlich verloren.

Mittlerweile sind also beide großen regressiven „Reformen“, jene der Rentensysteme (am 24. Juli 2003) und jene der gesetzlichen Krankenversicherung (am 30. Juli 2004), vom französischen Parlament angenommen worden. Die sichtbare soziale Kampfbereitschaft im Zusammenhang mit diesen „Reformen“ ist allerdings seit ihrer Verabschiedung nicht angestiegen, sondern gesunken und (vorübergehender?) Apathie gewichen.

Die EDF-Privatisierung und die „Robin Hood“-Aktionen als Aufscheinen der Idee sozialer Aneignung im Sommer 2004

Anders sah es anfänglich beim Energieversorgungsunternehmen EDF (Electricité de France) aus. Die Parlamentsdebatte über seine Privatisierung wurde am 15. Juni 2004 eröffnet und Anfang Juli abgeschlossen. Nach einer erfolgreichen Demonstration in Paris am 27. Mai, an der 80 000 Beschäftigte von EDF und GDF, also über die Hälfte des landesweiten Personals (EDF zählt 113 000 Beschäftigte und GDF 25 000), aber auch LehrerInnen und andere Berufsgruppen teilnahmen, begann ein Teil der Betroffenen mit Nadelstichaktionen in Form unangekündigter Stromabschaltungen. In der zweiten Juniwoche wurde als Warnung drei Pariser Bahnhofen einen Vormittag lang der Saft abgedreht. 500 000 Fahrgäste vor allem von Pendlerzügen zwischen Paris und seiner nördlichen Banlieue (Vorortzone) saßen einige Stunden fest.

Solche Aktionen erwiesen sich jedoch insofern als taktisch unklug, als sie einigen Presseorganen erlaubten, eine Bresche für Gegenpropaganda zu finden und dabei die angeblichen Interessen der NutzerInnen öffentlicher Dienste wie der Transportbetriebe in Anschlag zu bringen. Man kennt die Leier: Bei jedem halbwegs erfolgreichen Streik im öffentlichen Dienst klagen manche Politiker und bestimmte Zeitungen sofort über die „Geiselnahme der Öffentlichkeit“. Dieses Mal aber kannte die rechtsbürgerliche Boulevardzeitung *France Soir* keine Hemmungen mehr und titelte am folgenden Tag auf der Seite eins: *Sévice public* (öffentliche Misshandlung) – als Paraphrase von *service public* (öffentlicher Dienst). An den Zeitungskiosken konnte man die Käufer des Blattes laut schimpfen hören über „diese faulen, ewig streikenden, privilegierten Staatsbediensteten“. In den Tagen danach begannen die

Gewerkschaften, ihre Aktionen umzuorientieren, um das Publikum stärker in ihren Kampf einzubeziehen. So entstand die „Aktion Robin Hood“ (*opération Robin des Bois*). Rund 250 000 Haushalten ist derzeit wegen finanzieller Schwierigkeiten der Strom gesperrt – nicht bei Emile Zola, sondern im Frankreich des 21. Jahrhunderts! Mitunter bleiben solche Stromabschaltungen, die die Betroffenen zum Leben bei Kerzenschein zwingen, nicht ohne Folgen: Ende August 2004 verbrannten eine afrikanische Frau und ihre Kinder in einer Pariser Trabantenstadt, weil eine Kerze nächtens umgefallen war. Die Gewerkschaften riefen nunmehr dazu auf, solchen Familien den Strom systematisch wieder anzustellen. Nach Zahlenabgaben von Anfang Juni 2004 wurden in insgesamt 8 000 Haushalten die Sperrvorrichtungen am Stromzähler, die eine Versorgung mit Strom verhindern, durch spontan vorstellig werdende EDF-Streikteilnehmer wieder abmontiert. Auch Krankenhäuser und Sozialeinrichtungen sollten, so die CGT, kostenlos versorgt werden. Bei „Aktionstagen“ kamen ferner bis zu 300 000 Haushalte auch tagsüber in den Genuss des billigeren Nachtтарifs. Diese harmlosen, aber populären „Guerillaaktionen“ riefen eine bemerkenswerte Medienhetze auf den Plan. So sah man Anfang Juni 2004 in der Sonntagszeitung *JDD (Journal du dimanche)* auf einem Foto mehrere Gewerkschafter mit Theatermasken – die damit beschäftigt waren, illegaler Weise die Sperrvorrichtungen am Stromzähler eines Hauses abzumontieren. Die Boulevardzeitung *France Soir* zeichnete am folgenden Tag in einer Karikatur dieselben Maskierten, die man an der identischen Körperhaltung und Gestik erkennen konnte – und verglich sie mit islamistischen Terroristen. Auf die Frage „Islamisten mit Leichenstücken?“ (kurz zuvor waren im irakischen Falludja die Leichen von vier US-Amerikanern öffentlich exhumiert worden) kam: „Nein, EDF-Beschäftigte mit Stücken von Ihrem Stromzähler!“ Na, darauf musste man auch erst mal kommen ... Doch die Botschaft war klar: Sozialer Widerstand ist brutalster Terrorismus!

Dennoch nahm auch dieser Ausstand ein Ende, noch bevor das Parlament die definitive Annahme der Privatisierungsvorlage beschloss. Neben dem Fehlen einer längerfristigen Perspektive, was damit zusammenhing, dass der Arbeitskampf auf eine Branche beschränkt blieb, trug dazu vor allem auch die Politik der bei EDF eine sehr dominierende Position einnehmenden CGT bei. Die ehemals „kommunistische“ Gewerkschaft ist beim staatlichen Energieversorger EDF seit dessen Gründung im Jahre 1946, unter den Fittichen des damaligen kommunistischen Industrieministers Marcel Paul, eng mit dem Führungspersonal verflochten, das zumindest in den Anfangsjahren aus den Reihen der Gewerkschaft rekrutiert wurde. Dabei konnte die CGT zwar über Jahrzehnte hinweg wichtige soziale Errungenschaften für die EDF-Beschäftigten garantieren, beispielsweise die noch immer geltende Möglichkeit der Verrentung, bei vollem Pensionsatz, mit 55 Jahren. Doch zugleich

wurde die CGT etwa in den 1970er Jahren eng an den „Atomfilz“, der zur Durchsetzung der Nukleartechnologie unterhalten wurde, gebunden. Später konnte die CGT ihre führende Position im EDF-Betriebsrat, der ein Milliardenbudget verwaltet, für „echte“ soziale Vorhaben ebenso wie für weniger öffentlich herzeigbare Anliegen nutzen. Insbesondere floss Geld aus dem Riesenbudget an die französische KP, die in den 1990er Jahren, vor allem als Regierungspartei ab 1997, massiv Mitglieder verlor. Das war auch anderen Akteuren bekannt, die jedoch zunächst die Augen zudrückten; die CGT aber machte sich mit diesem Wissen angreifbar und erpressbar. Das sollte ihr nicht zuletzt eine polizeiliche Durchsuchung beim EDF-Betriebsrat am 27. und 28. April 2004, kurz vor der Eröffnung der Privatisierungsdebatte in den Medien und später im Parlament, vor Augen führen. Darin ist sicherlich ein weiterer Grund dafür zu suchen, dass die CGT, nachdem sie die von ihrer Basis ausgehenden Proteste zunächst unterstützt hatte, diese ab Anfang Juni „totlaufen“ ließ. Schließlich konnte die CGT auch einige Zugeständnisse vorweisen, namentlich die Bewahrung des bisherigen Beschäftigtenstatus für die vor 2003 eingestellten Mitarbeiter, inklusive der zahlreichen damit verbundenen sozialen Sonderleistungen. Spätere Beschäftigtengenerationen werden davon jedoch nichts mehr haben.

Auch hatte die EDF-Direktion, um die CGT ruhig zu stellen, die künftige Neueinstellung von 4 700 Mitarbeitern zugesagt. Diese ist jedoch vermutlich eng mit der Unternehmensstrategie verbunden: In Wirklichkeit verhält *Electricité de France* sich bereits seit den 1990er Jahren de facto wie ein Privatkonzern und hat, als *global player*, Unternehmensbeteiligungen von Italien über Polen bis nach Argentinien zusammengekauft. Für die dortigen Beschäftigten herrschen freilich weit elendere Bedingungen vor. Mutmaßlich will der EDF-Konzern, der ab Sommer 2005 privatisiert werden soll, diese Strategie noch ausbauen und benötigt deswegen (vorläufig?) zusätzliches Personal. Jedenfalls nicht dafür, die Bedürfnisse der französischen KonsumentInnen besser zu befriedigen: Eine Erhöhung der Verbraucherpreise um voraussichtlich 15 Prozent hat die EDF-Direktion für den Fall einer Privatisierung bereits seit längerem angekündigt.

Strukturen sozialen Protests in Frankreich

Seit Mitte 2004 hat sich die Dampfwalze der „Reformen“ beschleunigt. Die sozialen Bewegungen befinden sich demgegenüber momentan in einer Schwächesituation. Dieser Zustand lässt sich jedoch als – aller Wahrscheinlichkeit nach – vorübergehend begreifen, wie etwa in den Jahren von 1989 bis 1994. Damals freilich begleitet von einem übermächtigen ideologischen Diskurs vom „Ende der Geschich-

te“ und der Fatalität der Entwicklung zum neoliberalen Kapitalismus, der für eine gesellschaftliche Apathie sorgte, die heute in dieser Form nicht länger vorherrscht. Deshalb ist es interessant zu fragen, welche Strukturelemente sich in der französischen sozialen Bewegung der Jahre zwischen 2002 und 2004 zeigten. Dieser Frage werde ich im Folgenden nachgehen. Zunächst werde ich diskutieren, woher der gegenüber deutschsprachigen Ländern oft so verschiedene Charakter von Protestbewegungen sozialer und gewerkschaftlicher Natur herrührt. Man wird dabei etwa an das eruptionsförmige Aufwallen von Protestbewegungen, die massiven und heterogen (eben nicht nur aus Gewerkschaftsmitgliedern) zusammengesetzten Straßendemonstrationen oder die mitunter – wie zuletzt am 10. Juni 2003 in Paris – militanten Zusammenstöße mit der Staatsmacht denken. Unterschiede lassen sich bereits bei den Trägern solcher sozialen Bewegungen ausmachen. Das sind im französischen Fall (in der Regel) nicht vorwiegend die Gewerkschaftsapparate, denn letztere werden in Momenten größerer sozialer Konflikte durch andere Strukturen manchmal ergänzt oder begleitet, manchmal auch abgelöst und ersetzt. Das gilt etwa für eigenständige Streikkordinationen der Beschäftigten, die sich im Laufe der Konfliktentwicklung herausbilden, oder auch für die *intersyndicale* genannten, übergewerkschaftlichen Streikkomitees an den jeweiligen Arbeitsstätten. Der Begriff der *intersyndicale* drückt zunächst aus, dass die Mitglieder der verschiedenen nebeneinander existierenden Richtungsgewerkschaften sich im jeweiligen Betrieb, in der betroffenen Schule usw. gemeinsam in einem Ausschuss organisieren. In der Regel umfassen diese Streikausschüsse aber auch gewerkschaftlich unorganisierte Aktive. Dabei verbleibt allerdings die überörtliche Koordinierung der Proteste oder der Arbeitsniederlegungen in der Regel bei den zentralen Gewerkschaftsapparaten. Diese verhandeln mit der Regierung oder den Arbeitgeberverbänden und rufen gegebenenfalls zur Beendigung des Streiks auf (was freilich nicht immer befolgt wird).

Aber es gab auch historische Situationen, in denen der Prozess der Selbstorganisation auch die Ebene der überörtlichen Bündelung und Organisation erfasst hat, indem die zentrale Streikleitung ihrerseits durch von unten nach oben gebildete „*coordinations*“ übernommen wurde. Das war etwa 1988 bei den massiven Streikbewegungen der Postbeschäftigten sowie der Krankenschwestern der Fall. Nachdem die Gewerkschaftsorganisation, der die meisten führenden Streikaktivisten damals angehörten, die sozialdemokratische CFDT, im Zuge ihres damals beginnenden Rechtsrucks die Ausstände unmissverständlich verurteilt hatte, wurde ihre Rolle durch eine selbstorganisierte Streikkoordination übernommen. Das Resultat der Arbeitskämpfe von 1988 ist auch ein gutes Beispiel für eine erfolgreiche gewerkschaftliche Erneuerungsbewegung „von unten“. Die aus der CFDT wegen inoppor-

tunen Streikverhaltens in größerer Zahl ausgeschlossenen Aktivisten und Aktivistinnen des Ausstands bildeten ihrerseits in der Folgezeit eine neue Gewerkschaftsorganisation unter dem Namen SUD (*Solidaires, Unitaires, Démocratiques*, d.h. „solidarisch, einheitsorientiert, demokratisch“, wobei alle Adjektive im Plural stehen). Die seitdem nach und nach entstandenen SUD-Gewerkschaften verschiedener Branchen sind heute in einem lockeren Dachverband unter dem Namen *Solidaires – Groupe des Dix* („solidarisch, Gruppe der Zehn“) zusammengeschlossenen, wobei der Name heute längst überholt ist, da dem Verbund mittlerweile über 30 Organisationen angehören. In einigen Branchen konnten SUD-Ableger sich zu ernsthaften Konkurrenten der etablierten „alten“ Gewerkschaften auswachsen, vor allem bei der Post und der französischen Telekom⁶, der Eisenbahn und im Gesundheitswesen. Aus ihrer Anfangsphase haben die SUD-Organisationen bis heute basisdemokratische Prinzipien wie den Grundsatz der Ämterrotation und die Ablehnung eines „Berufs-Bürokratentums“ beibehalten, die aus ihnen in vielen Bereichen eine attraktive Gewerkschaftsalternative macht. Vor allem im gewerblichen Sektor sind sie jedoch schwache Organisationen geblieben, zumal sie nicht das Privileg für sich beanspruchen können, als durch das Gesetz geschützte tariffähige Gewerkschaft zu gelten wie die Mitgliedsorganisationen der fünf großen Dachverbände.⁷

Die geschilderte Streikbewegung von 2003, besonders die der Lehrerinnen und Lehrer im öffentlichen Bildungswesen, wurde ebenfalls nicht vorwiegend von offiziellen gewerkschaftlichen Strukturen getragen. Letztere waren zwar auch Bestandteil der sozialen Bewegung; doch koordiniert und angeleitet wurde die Bewegung durch informelle Strukturen. Diese wiederum vernetzten sich über das Internet und namentlich über die extra zum Streik eingerichtete Webpage und Mailingliste unter dem Namen *réseaudesbahuts* (Netzwerk der *bahuts*; etwa: „Penne“). Ermöglicht oder erleichtert wird diese relative Autonomie der Organisation sozialer Bewegungen durch gesetzliche und verfassungsrechtliche Regelungen, die das Streikrecht dem einzelnen Beschäftigten zuerkennen. Jeder Lohnabhängige kann unabhängig von seiner etwaigen Gewerkschaftsmitgliedschaft das Streikrecht ausüben. Dies gilt auch für den Fall, dass seine Organisation gegen den Streik auftritt. Das geltende Recht stellt nur eine Bedingung: Die Arbeitsniederlegung muss „konzertiert“, d.h.

6 In beiden Fällen bildet SUD heute bei Personalratswahlen die zweitstärkste Gewerkschaft, bei France Télécom erhält sie annähernd 30 Prozent der Stimmen.

7 Während eine Betriebsgewerkschaft, die beispielsweise der CGT oder der CFDT angegliedert ist, vom Gesetz her automatisch als „repräsentativ“ zu gelten hat, unabhängig von ihrer tatsächlichen Bedeutung, muss eine neue oder „alternative“ Gewerkschaft erst gerichtlich den Nachweis antreten, dass sie diese Qualität besitzt. Wird ihr der „Repräsentativ“charakter zuerkannt, dann kann sie allerdings dieselben Rechte ausüben wie die Ableger gewerkschaftlicher Großorganisationen auch.

zusammen mit anderen Beschäftigten, ausgeübt werden. Es genügt allerdings nach geltender Rechtsprechung, wenn die „Konzertation“ durch zwei Beschäftigte erfolgt. Diese Unabhängigkeit in der Ausübung des Streikrechts gegenüber dem Koalitionsrecht, also der Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, hat freilich einen Preis: In Frankreich existieren keine Streikkassen, aus denen die in den Ausstand getretenen Beschäftigten alimentiert würden. Vielmehr haben die einzelnen Lohnabhängigen ihre Gehaltseinbußen jeweils selbst zu tragen. Dafür sind sie bezüglich des Zeitpunkts von Niederlegung bzw. Wiederaufnahme der Arbeit völlig unabhängig von der Entscheidung jeder Gewerkschaftszentrale.

Im öffentlichen Dienst, nicht aber im Privatsektor, kommt seit einem Regierungsdekret von 1963 eine weitere Bedingung hinzu: Eine Vorwarnfrist von fünf Tagen ist vor dem Beginn des Streiks einzuhalten. Seit den Erfahrungen des Frühjahrsstreiks von 2003 allerdings ist die konservative Regierung auf der Hut; sie plant jetzt eine Einschränkung der Streikfreiheit, indem sie eine Pflicht zur Einhaltung eines obligatorischen *service minimum* (d.h. zur Aufrechterhaltung einer Mindestbelegschaft und -palette von Tätigkeiten) in den öffentlichen Betrieben und Transportunternehmen einzuführen beabsichtigt. Ob sie damit allerdings im Kontext der französischen Protestkultur durchschlagende Erfolge bei der Eindämmung sozialer Widerstände erzielen wird, muss derzeit noch als äußerst fraglich gelten.

Die Gewerkschaften und ihre Positionen zu den „Reform“prozessen

Der gewerkschaftliche Pluralismus und das unabhängig von Gewerkschaftsapparaten garantierte Streikrecht sind ihrerseits der Ausfluss einer im Vergleich zu den deutschsprachigen Ländern sehr unterschiedlich verlaufenen Sozialgeschichte. Bereits die bürgerlichen Revolutionen von 1789 und 1848 hatten hier andere Akzente gesetzt, jedoch als prägend für die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muss zumindest die Epoche nach der Niederschlagung der *Commune de Paris* von 1871 betrachtet werden. Nach dem Ende dieses radikaldemokratischen und frühsozialistischen Experiments, an dem alle Strömungen der damaligen Linken beteiligt waren, schlug eine scharfe und blutige Repression über die ideologisch noch weitgehend ungefestigten sozialistischen Organisationen nieder. In den frühen Jahren der Dritten Republik, die auf die Niederlage des Second Empire 1871 bzw. die Annahme der republikanischen Verfassung 1875 folgte, befand sich die Sozialdemokratie, die erst teilweise vom in Frankreich verspätet rezipierten Marxismus durchdrungen war, deswegen in einer chronischen Schwächesituation. Zur selben Zeit begann im damaligen Deutschen Reich die SPD, trotz ihres Verbots unter den „Sozialistengesetzen“ vor 1890, ein organisatorisches Rückgrat herauszubilden. Dadurch entstand

für die Arbeiterbewegung eine politische Stütze, aber auch zugleich ein Disziplinierungsinstrument, da eine im Laufe der Jahre stärker werdende Tendenz innerhalb der Partei dazu tendieren würde, die Äußerungen der Arbeiterschaft dann auch im Sinne des „Vernünftigen“ und der Machteroberung Dienenden zu kanalisieren. In Frankreich schied eine solche Anbindung an einen vergleichsweise mächtigen Parteiapparat aus den genannten Gründen zunächst aus. Die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung organisierte sich daher neben der, ja „gegen die“ Partei. Ein die Arbeiter (mittelbar) an den Staat anbindendes Korsett entfiel für längere Zeit. Zum ersten Mal versuchte die 1895 gegründete CGT, die noch in eher disparater Form existierenden Gewerkschaften unter einem organisatorischen Dach zusammenzufassen. Dies gelang in Teilen, doch blieben eine Reihe von Betriebs- und Branchennorganisationen außen vor – und vor allem jene, die im Umfeld der katholischen Kirche entstanden waren. Zu Anfang dominierte eine tendenziell anarcho-syndikalistische Hauptrichtung die CGT.⁸ Diese Strömung blieb in der CGT auch dann noch zumindest in Teilbereichen erhalten, als die Französische Kommunistische Partei diese Gewerkschaft nach 1945 eng an sich anzubinden suchte.

Sowohl die anarcho-syndikalistische Prägung als auch die (partei)kommunistische Tradition haben dazu beigetragen, dass sich über lange Jahrzehnte hinweg die Gewerkschaftsbewegung eher als Gegenmacht denn Regulationsmechanismus innerhalb des herrschenden ökonomischen Systems begriff. Zwar haben sich die ideologischen Bezüge in den letzten zwei Jahrzehnten abgeschwächt, infolge welt-politischer Veränderungen und des Endes der realsozialistischen Systeme – aber auch unter dem Eindruck der sozialen Krise, die ab 1974 mit dem Anstieg der Massenarbeitslosigkeit begann und die Gewerkschaften erheblich geschwächt hat. Geblieben ist jedoch ein Mechanismus sozialer Interessenvertretung, der zunächst auf gesellschaftlicher Konfrontation fußt und erst wenn *le rapport de forces*, also das nötige Kräfteverhältnis, hergestellt ist, Verhandlungen mit dem Ziel eines Kompromisses auf Zeit einbezieht.

Zu einem anderen Modell sozialer Beziehungen überzugehen, wünscht seit einigen Jahren die in den 1970er Jahren noch eher linkssozialistisch und teilweise linksalternativ geprägte, heute klar rechtssozialdemokratische und (in ihrem Funktionärskader) ideologisch neoliberal dominierte CFDT.⁹ Die *Confédération française dé-*

8 In den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts sprach man vom „revolutionären Syndikalismus“ (von *syndicat* für Gewerkschaft). Dieser war nicht zu allen Zeiten frei von tendenziell autoritären Strömungen, da einige Elemente in seinem Inneren einen Avantgarde-Führungsanspruch für ihre – freilich nicht in Parteiform strukturierte – Bewegung formulierten. Manche, eher randständige, Strömungen sollten später im französischen Prä- oder Frühfaschismus aufgehen. Die Hauptströmung blieb jedoch antiautoritär geprägt.

mocratique du travail ist mit rund 600 000 Mitgliedern annähernd gleich stark wie die CGT, leidet aber, seitdem sie während des Frühjahrsstreiks von 2003 eine Pro-Regierungs-Position eingenommen hat, unter spürbarem Mitgliederverlust, der sie bereits mehrere zehntausend Beitragszahler kostete. Damals hatte die CFDT zunächst, mit den anderen Gewerkschaftsverbänden zusammen, die Demonstrationen vom 13. Mai 2003 gegen die „Rentenreform“ organisiert, deren durchschlagender Erfolg ihre Veranstalter überraschte: Anderthalb Millionen Menschen gingen spontan in ganz Frankreich auf die Straße. Danach benötigte die CFDT-Führung keine 48 Stunden, um „umzufallen“: Eine gute Stunde Unterredung am Amtssitz des Premierministers Jean-Pierre Raffarin am 15. Mai 2003 genügte dem CFDT-Generalsekretär Jacques Chérèque, um auf eine Linie der expliziten Unterstützung der „Rentenreform“ einzuschwenken. Möglicherweise hatte ihn auch das Ausmaß der sozialen Mobilisierung erschreckt. Die Führungsebene der CFDT hat sich dabei das deutsche Modell der sozialpartnerschaftlichen Regelung durch Interessenverbände, die mit Tarifautonomie ausgestattet sind, als Vorbild erkoren und strebt eine „Entpolitisierung“ der sozialen Kollektivbeziehungen in Frankreich an. Diese Bestrebung stößt – oder eher: stieß – bis vor kurzem, auf die Zustimmung einer bedeutenden Strömung innerhalb des wirtschaftsliberalen und Arbeitgeberlagers; aus dieser Interessenkonstellation wiederum rührt die Zustimmung der CFDT zu den wichtigsten konservativ-liberalen „Reformen“ der letzten Jahre, so bei der Kostendämpfung im

- 9 Der scharfe Rechtsruck der CFDT, der ab 1986/88 einsetzte, ist teils eine Folge von Enttäuschungen gegenüber „der Politik“. Die CFDT, die zunächst nach 1968 einen bedeutenden Teil der politisierten jungen Generation und der „Neuen Linken“ aufgenommen hatte, da sie weniger verschlossen und weitaus „antiautoritärer“ auftrat als die damalige CGT, war ab den frühen 1970er Jahren eng mit der neuen, aufstrebenden Kraft auf der französischen Linken verbündet: der Sozialdemokratie unter François Mitterrand und Michel Rocard. Deren Partei, der Parti Socialiste (PS), hatte sich 1971 neu gegründet, nachdem bis dahin die Linke stark durch die KP dominiert worden war und die Sozialdemokratie nur in Form kleiner Mitte-Links-Parteien existiert hatte. Nachdem der PS 1981 die Regierungsführung übernommen hatte (in der Anfangsphase mit der KP als de facto ohnmächtigem Juniorpartner), beschickte der CFDT-Apparat zahlreiche Ministerialkabinette mit bisherigen Funktionären. Doch die angestrebte „Transformation“ der Gesellschaft fand bekanntlich nicht statt, vielmehr wich die anfängliche Euphorie der Linkswählerschaft spätestens ab der Jahreswende 1982/83 einem tiefen Frustrations- und Desorientierungsgefühl. In der Folgezeit schaffte die extreme Rechte ab 1983/84 ihren Durchbruch als „neue politische Kraft“. Daraufhin proklamierte die Führungsebene der CFDT ab Mitte der 1980er Jahre die angebliche Notwendigkeit, sich von „politischen Utopien“ und gesamtgesellschaftlichen Veränderungswünschen generell zu verabschieden. Stattdessen wurde die Absicht betont, sich vor allem der „ideologiefreien“ betrieblichen Mikropolitik in „sozialpartnerschaftlichem“ Geiste zuzuwenden. Auf das Scheitern des „parlamentarischen Weges zum Sozialismus“ in Gestalt einer PS-Regierung reagierte die CFDT-Führung also mit einer vorgeblichen „Entideologisierung“, die in Wirklichkeit eine Rechtswende ihrer Gewerkschaftspolitik bedeutete.

Gesundheitswesen 1995 und zuletzt ihre Unterstützung der „Rentenreform“ im Frühsommer 2003. Als einzige Gewerkschaftsorganisation stärkte neben der CGC (*Confédération générale des cadres*), der Standesvertretung der höheren und leitenden Angestellten, die CFDT in jenem Frühjahr der Regierung den Rücken.

Der Arbeitgeberverband MEDEF (*Mouvement des entreprises de France*) führt seit 1999 eine Kampagne für eine „Neubegründung der sozialen Beziehungen“ und ihre „Entpolitisierung“. Ihm geht es darum, die bisher in Frankreich recht starke Rolle des Gesetzgebers als Regulator der wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zurückzudrängen. Denn die zentralstaatlich gefällten politischen Entscheidungen sind aus seiner Sicht viel zu druckanfällig und unterliegen einem zu hohen gesellschaftlichen Rechtfertigungsdruck. Geht es darum, in Zeiten neoliberaler Gegenreformen vorwiegend soziale Rückschritte durchzusetzen, dann droht eine sozialpolitische Weichenstellung unter Umständen zwei oder drei Millionen Protestierende in ganz Frankreich auf die Straße zu bringen. Daher müssen, gerade aus Sicht der Neoliberalen, dringend „intermediäre“ Vermittlungsinstanzen geschaffen oder gestärkt werden, um den sozialen Druck aufzufangen und die vermeintlichen „Sachzwänge“, die vom gesamtgesellschaftlichen Rahmen her gegeben sind, in ihrem jeweiligen „eigenen Lager“ zu vermitteln. Aus diesem Grunde schlossen der MEDEF und die CFDT in den Jahren von 1999 bis 2002 vorübergehend eine Koalition, die Regulierungsmechanismen nach dem Vorbild des rheinischen Kapitalismus und eine begrenzte Tarifautonomie einforderte. Gemeinsames Ziel war es, die sozialen Kollektivbeziehungen in Frankreich zu „entstaatlichen“ und zu entpolitisieren.

Dabei erklärt sich das relativ starke Gewicht des französischen Staates bei der Regulierung der Wirtschafts- und Sozialpolitik, z.B. durch die Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns und die Erklärung der Allgemeinverbindlichkeit (französisch *extension* und *élargissement*) von Tarifverträgen, historisch aus der zeitweiligen Unmöglichkeit einer „sozialpartnerschaftlichen“ Regelung. Das hängt damit zusammen, dass die Arbeitgeber zumindest im 19. und frühen 20. Jahrhundert mehrheitlich zu sehr der Vorstellung einer persönlichen, autokratischen Führung des Betriebes durch den (als starke Einzelfigur verstandenen) Patron verhaftet waren. Ebenso trugen die relativ stark polarisierten Klassenbeziehungen ihren Teil dazu bei, aber auch die Tatsache, dass die, vor allem nach dem Zweiten Weltkrieg und bis in die frühen 1970er Jahre hinein ausgesprochen starke, (partei)kommunistische Vorherrschaft in den Reihen der Gewerkschaftsbewegung zu einer starken ideologischen Instrumentalisierung der Arbeitspolitik führte: Die CGT ordnete zu jener Zeit ihre Gewerkschaftsstrategie oftmals deutlich den Prioritäten der „Partei“ unter.

Die zeitweilige „Allianz“ zwischen Neoliberalen, MEDEF-Funktionären und der Führungsebene der CFDT wurde jedoch seit 2002/03 zunehmend aufgeklärt:

Seitdem die neoliberal-neokonservative Rechte in Paris regiert und eine Politik vollzieht, die in weiten Bereichen in Konformität zu den Forderungen des MEDEF steht, hat der Arbeitgeberverband seine vormalige Begeisterung für „sozialpartnerschaftliche“ Regelungen und die Abkehr vom Gesetzgeber wieder vergessen. Nunmehr ist es der MEDEF, der in vielen Bereichen danach ruft, erforderliche Regelungen auf den Staat abwälzen zu können, etwa im Bereich des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz, welcher in den letzten beiden Jahren zum Gegenstand einer „sozialpartnerschaftlichen“ Regelung hätte werden sollen. Auch bei der geforderten Rückgängigmachung der 1999/2000 von der damaligen sozialdemokratischen Vorgängerregierung eingeführten Arbeitszeitverkürzung ruft der MEDEF nach dem Staat und nach einer gesetzlichen Regelung, die zugleich die seinerzeit mit eingeführten Regelungen zur „Flexibilisierung“ der Arbeitszeiten nicht antasten soll. Die Regierung und die konservativ-liberale Parlamentsmehrheit sind dem weit entgegengekommen: Die Einführung gesetzlicher Öffnungsklauseln, die das sozialdemokratische Gesetzeswerk von 1999/2000 (zur Arbeitszeitverkürzung) von der Fassade her unangetastet lassen, erleichtert die Abweichung von den Arbeitszeitregelungen per Betriebsvereinbarung enorm.

So stellt sich im Kern die neue Strategie des MEDEF dar: Die in den Jahren 1999 bis 2001 lautstark zusammen mit der sozialliberalen CFDT propagierte „neue Sozialpartnerschaft“ ist in Wirklichkeit von geringem Interesse, sofern sie beinhalten würde, auf Ebene der Branchen in ganz Frankreich neue Regelungen zu treffen, die an die Stelle der gesetzlichen Regulierung treten sollten. Was den MEDEF wirklich interessiert, das ist die maximale „Flexibilisierung“ auf dem Wege der „Dezentralisierung“; also durch Regelungen auf einzelbetrieblichem Niveau. Hierin liegt das strategische Ziel. Unter der sozialdemokratischen Vorgängerregierung glaubte der MEDEF, diesem Ziel durch Propagierung einer „neuen Sozialpartnerschaft“ näher zu kommen, derzeit aber eher, indem er Forderungen an die Regierung stellt und allenfalls öffentlich deren zu langsames Tempo beim „Reformieren“ beklagt. Die Zukunft wird erweisen müssen, ob es ein Zurück zu einem stärker „sozialpartnerschaftlich“ geprägten Diskurs geben wird oder nicht.

Arbeitskämpfe, soziale Bewegungen und *altermondialistes*

Beschrieben wurde, dass sozialer Protest und Konflikt in Frankreich im Regelfall nicht (allein) dem Spezialistentum gewerkschaftlicher „Tarifexperten“ überlassen bleibt, um erst beim eventuellen Scheitern ihrer Verhandlungspolitik an die soziale Basis der Gewerkschaften zu appellieren. Umgekehrt ist, in der bislang bestehenden Struktur, häufig die Mobilisierung dieser sozialen Basis sogar die Voraussetzung da-

für, dass überhaupt ein „Kräfteverhältnis“ hergestellt kann, in dem der Staat und/oder die Arbeitgeber sich zu ernsthaften Verhandlungen herablassen. Aus diesem Grund sind zwar sektorale oder berufsgruppenspezifische Interessenartikulationen in Frankreich vorhanden, doch können sie nur selten die sozialen Bewegungen als Ganzes prägen. Denn deren Mobilisierungserfolg hängt oftmals von einer gesellschaftliche Sektoren übergreifenden Solidarisierung ab. Themen innergesellschaftlicher, aber auch internationaler Solidarität haben somit ihren Platz, wo die Verbreiterung der Basis es erforderlich macht, den Konfliktgegenstand einer Bewegung in einen größeren Rahmen zu stellen. Damit muss die Frage nach tiefer liegenden, strukturellen Ursachen der jeweiligen Problematik, die etwa in der bestehenden Wirtschaftsordnung liegen, zumindest als legitimer Bestandteil sozialer Bewegung zugelassen werden. Die Intervention von Gruppen und Organisationen, die allgemeinpolitische oder gesellschaftliche soziale Projekte und Utopien (von der allgemeinen menschlichen Emanzipation bis zur sozialen Revolution) verfolgen, in die Mobilisierungsprozesse spielt regelmäßig eine gewisse Rolle.

Interessant ist ferner zu beobachten, wie gesellschaftliche Proteste unterschiedlicher Natur sich durchdringen und gegenseitig verstärken können. Ein Beispiel ist etwa der durchschlagende Erfolg der französischen Solidaritätsbewegung für die *Sans papiers* (Migranten „ohne Dokumente“), die im März 1996 begann, als die drei Monate zuvor beendeten Streiks noch in frischer Erinnerung waren. Die soziale Protesthaltung gegen die damalige Regierung Juppé, deren Handeln nach ihrer millionenfachen Desavouierung in breiten Kreisen als illegitim betrachtet wurde, erleichterte es dieser Bewegung, sofort in den Medien und in der Gesellschaft Gehör zu finden. Rassistische Reaktionen waren zwar ebenfalls zu vernehmen, doch wurden diese zugedrängt durch den Eindruck, man habe es hier auch mit widerständigen Subjekten zu tun, mit denen man sich in gewisser Weise identifizieren konnte. Sicherlich wurde dies in hohem Maße erleichtert dadurch, dass die *Sans papiers*, deren Kampf mit einer Kirchenbesetzung im März 1996 im 11. Pariser Bezirk durch französischsprachige Afrikaner begann, mit ihren Aktionen nunmehr als handelnde Subjekte auftraten und dadurch ein „Gesicht“ bekamen. Dagegen hatte umgekehrt ihre Wahrnehmung als anonyme, da durch die „Illegalisierung“ ausgegrenzte „Masse“ bis dahin alle möglichen rassistischen Projektionen und „Überflutungs“fantasien gefördert. Verschiedene Gewerkschaften, darunter auch erstmalig die CGT, die in den 1980er Jahren noch die Interessen „des französischen Proletariats“ gegen ihre angebliche Bedrohung durch Einwanderer auf dem Arbeitsmarkt verteidigt hatte, solidarisierten sich alsbald explizit mit dem Kampf der „Sans papiers“, und die Solidaritätsaktionen nahmen einen ungeahnten Aufschwung. Diese bis heute anhaltende soziale Bewegung macht es auch möglich, in breiteren Kreisen

in Frankreich Fragen der Weltwirtschaftsordnung, der internationalen Beziehungen, der Ausbeutung „unserer“ ehemaligen Kolonien zu thematisieren.

Zu einer thematischen Verschränkung zwischen sozialem Protest, internationalen Fragestellungen und Solidarität haben auch die Aktionen des französischen Bauerngewerkschafters José Bové seit 1999 beigetragen. Er verbindet stets die Interessen der bedrohten Kleinlandwirte in Frankreich mit weltwirtschaftlichen Fragen und tritt zugleich beispielsweise klar für die Rechte „illegaler“ Immigranten in Frankreich ein. Schließlich sei auch die organisatorische Mitarbeit einiger Gewerkschaftsstrukturen, darunter einige Sektionen der CGT und mehrere SUD-Basisgewerkschaften, bei der 1998 begründeten „globalisierungskritischen“ Struktur von ATTAC Frankreich als wichtige Erfahrung erwähnt. Sie hat aber auch negative Aspekte, die zu einer Lähmung nicht weniger Energien in sozialen Bewegungen beigetragen haben.

Denn ATTAC Frankreich ist auch ein gutes Beispiel für das Eigenleben einer Apparatepolitik, die den Dachverband der *altermondialistes* oder „Globalisierungskritiker“¹⁰ in jüngerer Zeit paralysiert hat – spätestens, als Teile des zentralen ATTAC-Apparats ohne Rücksprache mit der Basis eigene Listen zur Europaparlamentswahl im Juni 2004 präsentieren wollten. Das Vorhaben scheiterte aufgrund starker interner Proteste, die Listen mussten zurückgezogen werden, aber der Eklat war da. Laut Angaben, die bei der ATTAC-Sommerakademie in Arles (Ende August 2004) gemacht wurden, hat der Verband seit dem Vorjahr von 31 000 Mitgliedern, ein historischer Höhepunkt, bereits über 3 000 wieder verloren. Allgemein wurde von Beobachtern und Presse zu diesem Zeitpunkt ein Krisenzustand der Organisation festgestellt. Ferner ist das Innenleben von ATTAC Frankreich auch ein Anschauungsbeispiel für prekäre inhaltliche Kompromisse. Finden sich hier doch Anhänger einer Internationalisierung sozialer Bewegungen ebenso wie die Verfechter der Vorstellung einer Rückkehr zu einer „besseren“ nationalstaatlichen Regulierung der Ökonomien, die, wie der ATTAC-Ehrenpräsident Bernard Cassen, dem früheren französischen Innenminister und „Linksnationalisten“ Jean-Pierre Chevènement nahe stehen. Eine Mischung, die auf Dauer nur schwer miteinander vereinbare Orientierungen enthält.

10 Der französische Begriff *altermondialistes*, also „Anhänger einer alternativen Globalisierung“ oder auch „Anhänger einer anderen Welt“ (von *alter*, lateinisch „anders“, und dem französischen Wort *le monde* = die Welt), soll im Gegensatz zum Ausdruck „Globalisierungsgegner“ den internationalistischen Anspruch unterstreichen.

Vorläufiges Fazit

Zu den bemerkenswertesten Merkmalen der jüngeren sozialen Bewegungen in Frankreich gehört einerseits die hohe Bedeutung, die Ansätzen von Selbstorganisation – in Form von Koordinationen wie der *Coordination des intermittents et des précaires* oder von informellen Vernetzungen wie im Falle des Lehrerstreiks – zumindest in einigen Fällen zukamen. Diese Ansätze müssen nicht unbedingt in Konkurrenz zu „traditionelleren“ Organisationsformen (Gewerkschaftssektion, Streikkomitee) gesehen werden, sondern können sich auch mit ihnen verschränken. Andererseits ist bedeutsam zu beobachten, wie soziale Bewegungen mitunter Berufsgruppen erfassten, die nicht unmittelbar dem materiellen Produktionsprozess zugehörig sind (wie die LehrerInnen) und/oder sich vornehmlich durch die „intellektuelle“ und „kreative“ Natur ihrer Tätigkeit auszeichnen (der Forscherprotest oder die Kulturschaffenden). Durch die Tendenzen zur zunehmenden Vermarktung aller Lebensbereiche, durch Sparpolitik auf Kosten öffentlicher Dienste oder den Abbau sozialer Garantien (wie im Falle der *intermittents*) gerieten auch sie in wachsendem Maße in Widersprüche zum herrschenden Prozess der Kapitalverwertung. Mitunter konnten sie zum „Schrittmacher“ für eine Reihe anderer sozialer Gruppen werden, wie der viel beachtete Ausstand der *intermittents du spectacle* im Hochsommer 2003.

Gleichzeitig belegt die beschriebene Serie jüngerer Erfahrungen aber auch die Begrenztheit der Ansätze, die auf soziale Kämpfe in diesen Sektoren aufbauen. Das Ausbleiben des (von einigen Kräften in der Streikbewegung im Mai und Juni 2003 geforderten) Generalstreiks und/oder der Ausweitung auf Sektoren, deren Arbeitsniederlegungen unmittelbar Auswirkungen auf die Profite der privaten Unternehmen haben, hat im Frühsommer 2003 erheblich zur Niederlage gegen eine zum „Durchmarsch“ entschlossene Regierung beigetragen. Hätten sich damals etwa die Transportarbeiter, deren Arbeitsniederlegung im Großraum Paris das Tempo der wirtschaftlichen Aktivität insgesamt bereits erheblich beeinträchtigen konnte, frühzeitig und für längere Dauer dem Ausstand angeschlossen, dann hätte das Ergebnis eventuell anders aussehen können. Das festzustellen, schmälert das Verdienst der damals streikenden LehrerInnen, Steuerbediensteten und Krankenschwestern mitnichten. Letztendlich bleibt es doch in erster Linie die Parole des Streikherbsts von 1995, *Tous ensemble!* (Alle zusammen!), die am meisten Erfolg verspricht. ♦

No global und soziale Kämpfe. Ambivalenzen im Umbau des Sozialstaates in Italien

EMILIANA ARMANO UND RAFFAELE SCIORTINO, TURIN

Ein Schlüssel zum Verständnis¹

Seit mindestens Anfang der 1990er Jahre unterliegen der italienische Sozialstaat² – und darüber hinaus die Gesamtbedingungen der Verwertung der Arbeitskraft – einem Angriff dessen, was die *No-global*-Bewegung³ seit Seattle Neoliberalismus nennt. Dabei lassen sich akute Zuspitzungen und Zeiten relativen Friedens unterscheiden. Dies gilt für bedeutsame politische und institutionelle Veränderungen („tangentopoli“⁴, Auflösung der christdemokratischen und der kommunistischen Partei, Einführung des Mehrheitswahlsystems, Erfolg der Lega-Partei⁵ und des Berlusconiismus⁶ etc.) ebenso wie für ökonomisch-soziale Umbrüche (Umstrukturie-

- 1 Soweit nicht anders vermerkt, stammen die Fußnoten vom Übersetzer. Der Text wurde aus Platzgründen in Absprache mit der Autorin und dem Autor gekürzt. Dank an Elena Doria und Dirk Nolte für Übersetzungshilfe.
- 2 Auf Italienisch *welfare*. Da der Begriff Wohlfahrtsstaat in der bundesdeutschen Literatur oft negativ konnotiert ist, wurde hier der Begriff „Sozialstaat“ gewählt. Diese Entscheidung ist gleichwohl nicht unproblematisch, denn im Text wird der italienische Begriff manchmal auch mit seinen keynesianistischen Konnotationen, d.h. in Bezug auf eine ausgabenorientierte staatliche Infrastrukturpolitik, verstanden.
- 3 Ital. Bezeichnung für die globalisierungskritische Bewegung.
- 4 Im Jahre 1992 wurde eine Reihe von Bestechungskandalen aufgedeckt, in die hochrangige Politiker, Beamte und Geschäftsleute verwickelt waren. Die gesamte frühere politische Elite war diskreditiert und das bis dahin gekannte Parteiensystem brach zusammen. In diese Lücke stieß Berlusconi „Forza Italia“ hinein.
- 5 Bereits in den 1980ern wurden insbesondere im Norden Italiens die sog. Ligen gegründet, die unter der Führung von Umberto Bossi in der Lega Nord zusammenarbeiten und seit 1992 mit einem gegen Korruption, hohe Steuern, schlechte öffentliche Dienste, Immigration gerichteten Wahlprogramm Wahlerfolge auch in proletarischen Schichten errangen.
- 6 Silvio Berlusconi machte ein Millionenvermögen mit Immobilien und besaß vor seiner Wahl zum Ministerpräsidenten 1994 ein breit gestreutes Firmenimperium. Mit seiner Partei „Forza Italia“ vertritt er ein unspezifisches Programm unternehmerischer Freiheit und Ablehnung der Bürokratie. Aufgrund der Verquickung seiner politischen und wirtschaftlichen Interessen musste er 1994 bald

nung der Produktion, Toyotismus, Neudimensionierung der großen Industriekonzerne und Outsourcing von Dienstleistungen, Krise der großen italienischen Wirtschaftsunternehmen auf dem globalisierten Weltmarkt, Einführung des Euro, Immigration, etc.). Dadurch wurden die gesamten sozialen Verhältnisse neu definiert. Es kam zur Krise der Zentralität des Massenarbeiters und zur Ausbreitung prekarierteter Arbeit und folglich zur massiven Umbildung dessen, was als die italienische „Anomalie“ betrachtet wurde: eine starke und einheitliche Arbeiterbewegung, die in der Lage war, auf das soziale und politische Gleichgewicht des Landes einzuwirken. Die Veränderungen im System der sozialen Sicherung führen nicht nur zur Reduzierung von Leistungen und mangelnder Deckung von Risiken, sondern auch zu einer Umstrukturierung in Richtung auf eine zunehmende Warenförmigkeit der erbrachten Versorgungsleistungen. Im ersten Teil dieses Textes zeigen wir auf, dass hier ein einheitlicher Mechanismus am Werk ist, der die Arbeitstätigkeit der gesellschaftlichen Reproduktion auf Grundlage der für Unternehmen typischen kapitalistischen Rationalisierung zunehmend verändert. Dies geschieht, indem das, was einstmals ein Recht war, auf ein auf dem Markt zu erwerbendes Produkt reduziert wird. Darüber hinaus setzen wir im zweiten Teil die Reaktionen auf diesen Angriff im Rahmen des neuen, potenziellen Zusammentreffens von Antworten der Arbeiter („alte“ und „neue“, Festangestellte und Prekarierte) und der Bewegung seit Genua 2001 zueinander in Beziehung. Dieses Zusammentreffen ermöglicht es, einige Kernpunkte für eine Antwort zu benennen die nicht für die Verteidigung des Status quo Stellung bezieht.

Erster Teil

Der italienische Wohlfahrtsstaat setzt sich im Wesentlichen aus den Bereichen Rentenversicherung, Gesundheitswesen und Schulwesen zusammen. Auf die Bereiche Arbeitslosenversicherung, soziale Dienste und „Familienunterstützung“ verteilen sich die Ausgaben nur nachgeordnet. Die Suche nach einer Erklärung dafür verweist auf die Besonderheiten seiner Entstehung, die wir hier nur andeuten können. Diese sollten jedoch bedacht werden, wenn die gegenwärtige Krise und die Regierungspolitik seit den 1990ern genauer betrachtet werden. Mit Ausnahme der kurzen Unterbrechung durch Berlusconi 1994, folgten bis 2001 unterschiedliche Regierungen aufeinander, die sich auf Mitte-Links-Mehrheiten stützten. Wenn man

zurücktreten, konnte aber nach formaler Trennung von seinem Wirtschaftsimperium im Jahre 2002 erneut die Wahlen gewinnen. Kürzlich erst wurde ein Verfahren gegen ihn wg. versuchter Einflussnahme auf Richter abgewiesen, nachdem er sich u.a. mit speziell zugeschnittenen Gesetzesänderungen gegen die deswegen eventuell anstehende Aufhebung seiner Immunität wehrte.

diese nicht ausschließlich politisch-ideologisch bewerten will, muss der Auflösung und Neuzusammensetzung des gesellschaftlichen Konsenses in Bezug auf die Umstrukturierungsmaßnahmen Beachtung geschenkt werden. Diese werden bis heute nicht zufällig als „Reformen“ dargestellt, die der Modernisierung des Sozialstaates dienten und nicht als dessen Abbau.

Umstrukturierung und Kommodifizierung des Gesundheitssystems

Das nationale Gesundheitssystem entstand im Jahr 1978, aus der langen Welle der 1968 begonnenen Kämpfe und dem von den „roten“ Lokalregierungen kanalisiert und verwalteten Modernisierungsschub. Es ersetzte Myriaden von Versicherungseinrichtungen, die „mutue“ (Krankenversicherungen), die nach verschiedenen Kategorien von Arbeitern unterteilt waren und in erster Linie dem „Ernährer“, also dem erwachsenen, männlichen, abhängigen Arbeiter als Familienoberhaupt, Leistungen erbrachten. Diese Schutzleistungen wurden mit der Zeit auf die selbständigen Arbeiter, die Familien und die Rentner ausgeweitet. Die Kreis der BezieherInnen wurde durch ein System halbstaatlicher Einrichtungen, ein Vermächtnis des Faschismus, und kirchlicher Institutionen ausgewählt, das von der „Democrazia Cristiana“ abhing. Demgegenüber ist der Nationale Gesundheitsdienst bis zum heutigen Tag der einzige Sektor der Sozialen Sicherheit, der auf dem universalistischen Prinzip des allgemeinen Zugangs und der Gleichheit der erbrachten Dienstleistungen basiert.

Ab 1992 kam es unter der Regierung von Amato⁷ – im Kontext der Währungs- und Krisen des Europäischen Währungssystems, die zu einer starken Abwertung der Lira führte und des mit „tangentopoli“ einhergehenden Sturms – durch die an den Maastricht-Kriterien orientierte Gesundheits„reform“ zu einem ersten ernsthaften Schlag gegen die bestehende Ordnung, die auch die Linien zukünftiger Interventionen vorgab. Drei Strukturelemente bestimmten diesen Umstrukturierungsprozess: föderale Politiken, die Verbetrieblichung der Struktur und die öffentliche Finanzierung privater Strukturen.

Das erste Element trat durch die Regionalisierung des nationalen Systems in Kraft, die der Spezifikation der Bedürfnisse des Gesundheitswesens und einer größeren Kontrolle der öffentlichen Verwaltung durch die Bürger dienen sollte. In Wirklichkeit können dadurch seitdem jedoch differenzierte Haushalte aufgestellt werden, je nach „Ausgabenkapazität“. Zusammen mit dem parallel dazu verlaufen-

7 Die Amato-Regierung (1992/93) war eine Koalition aus PSI (Italienische Sozialistische Partei) und DC (Christdemokratische Partei).

den Prozess der Föderalisierung, der den Regionen nach und nach größere Möglichkeiten der Besteuerung übertrug, kam es zu einer zunehmenden Öffnung der Schere zwischen Ressourcen und erbrachten Leistungen. Die in den Jahren 1992/ 93 umgesetzte Verbetrieblung verwandelte die örtlichen Gesundheitsämter (Unità Sanitaria Locale) in örtliche Gesundheitsbetriebe (Aziende Sanitarie Locali) mit „autonomer“ Ausgabenkontrolle und Leistungserbringung, deren Management ökonomischen Kosten-Nutzen-Überlegungen folgt, durch die das kontinuierlich auftretende Defizit ausgeglichen werden soll und das den örtlichen politischen Machtverhältnissen entspricht. Das dritte Element ist die Finanzierung privater Strukturen durch Entnahme aus den öffentlichen Haushalten, wobei die Region Lombardei mit ihrem der Berlusconi-Partei „Forza Italia“ angehörigen Ministerpräsidenten eine Öffnungsfunktion gehabt hat: Der wichtigste Mechanismus besteht derzeit nicht in der Rückerstattung von Kosten, die die Bürger im privaten Gesundheitswesen gehabt haben (was die Rückkehr zu einem Krankenkassensystem eröffnen würde, wie es anfangs vorgeschlagen wurde), sondern in der Anerkennung privater Strukturen, die mit dem öffentlichen System eine Abmachung treffen und von den Nutzern und Nutzerinnen frei genutzt werden können. Bezahlt werden sie nach Tarifen, die von den Regionen festgelegt werden, auf der Basis „homogener Diagnosegruppen“, die der Quantifizierung des Gesundheitsproduktes dienen. Weil diese Tarife auch für die öffentlichen Einrichtungen gelten, wird ein „verordnetes“⁸ Konkurrenzregime eingeführt, das zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, zwischen den verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und zwischen den privaten Strukturen wirksam ist. Dies alles passiert vor dem Hintergrund der zunehmenden Öffnung der Schere im Lebensstandard zwischen den Regionen und zwischen dem Norden und dem Süden. Hinzu kommt die wachsende Beteiligung der einzelnen Bürger an den Kosten der Medikamente und die wachsende Belastung durch den Rückgriff auf private Spezialisten und diagnostische Untersuchungen aufgrund der mangelnden Qualität oder der langen Wartelisten des öffentlichen Dienstes.

Zwei Umstände müssen hier angemerkt werden. Erstens werden diese Wechsel von einem politisch-medialen Reklamerummel begleitet, der für den Föderalismus und die Effizienz wirbt. Dieser wird nicht einfach von oben aufgesetzt, sondern greift das wirklich vorhandene Unbehagen der Bevölkerung über ein „öffentliches“ Gesundheitswesen auf, das als ineffizient und verschwenderisch wahrgenommen wird. Zweitens handelt es sich nicht nur um ein Mittel zur Begrenzung der Gesamtausgaben (obwohl es selbstverständlich auch darum geht), sondern auch um deren

8 Wortspiel mit dem ital. „amministrare“, das verwalten und wirtschaften bedeutet, aber auch die Verordnung eines Medikamentes durch den/die Mediziner/-in.

„Neuorientierung“ auf den Markt, wie sich anhand der Verbetrieblichung und der Finanzierung des privaten Gesundheitswesens sehen lässt.

Diese „effizienzorientierte“ Neuregelung des Gesundheitswesens schien 1999 zum Stillstand gekommen zu sein: Der damalige Gesundheitsminister der Regierung des Ulivo⁹ versuchte den öffentlichen Charakter des Gesundheitswesens durch unterschiedliche Maßnahmen zu unterstreichen: durch eine Begrenzung der Zahl privater Krankenhäuser, durch den Zwang für Ärzte, sich zwischen dem öffentlichen Dienst und der privaten Berufsausübung zu entscheiden (was den Widerstand der Berufsverbände verursachte), und durch die Verabschiedung einer nationalen Gesundheitsplanung zur Behebung der exzessiven Fragmentierung der Gesundheitsdienste. Die Politik der sozialpolitischen Opfer als Preis für den Eintritt in die Europäische Union und die Maßnahmen zur Prekarisierung der Arbeit, die seit 1996 vor allem die eigene soziale Basis der Mitte-Links-Koalition betrafen, machten eine partielle Kompensation in einem von der Bevölkerung als sehr wichtig empfundenen Bereich notwendig.

Der Prozess der Privatisierung, in den oben beschriebenen Formen, d.h. also auch in „öffentlicher“ Gestalt, setzte mit dem Wahlsieg der Mitte-Rechts-Koalition im Frühling 2001 wieder ein und vertieft sich seither. Einerseits führen Streichungen von Krankenhausbetten und Einschnitte in den vereinbarten Dienstleistungen zu einer stärkeren sozialen Sortierung der Gesundheitsausgaben. Andererseits erhöhen sich in einigen Regionen die Ausgaben durch Ausschreibungen und die Ausgliederung von Dienstleistungen, womit eine Prekarisierung bestimmter Arbeitergruppen auch des Öffentlichen Dienstes einhergeht. Und es werden Forschungsgelder in beim Ministerium akkreditierte private Institutionen geleitet, die multinationalen Pharmazieunternehmen oder großen Börsengruppen verbunden sind. Das eigentliche, noch nicht vollständig umgesetzte Ziel ist die komplette Übertragung des Gesundheitssystems in die Hände der Regionen, wie die Lega Nord dies in ihrem Abkommen mit Berlusconi vereinbart hat, wengleich dies von den anderen Verbündeten der Koalition misstrauisch bäugt wird.

Die Privatisierung des Gesundheitswesens, die Reduzierung des „öffentlichen Gutes“ Gesundheit auf ein vom Markt hergestelltes Produkt geschieht nicht nur durch die Kürzungen der Ressourcen des öffentlichen Systems, sondern auch durch dessen Veränderung, wodurch es einer auf dem Markt konkurrierenden Mischung öffent-

9 L'Ulivo: der Öl-/Olivenbaum ist das Zeichen der Mitte-Links-Koalition, bestehend aus der PDS (Partito Democratico della Sinistra: Demokratische Partei der Linken), der PPI (Partito Popolare Italiano: Italienische Volkspartei), der Liste Dini (benannt nach Lamberto Dini, dem ehemaligen Nationalbankdirektor), den Grünen und weiteren kleinen Parteien. Von 1996 bis 2000 stellte der Ulivo die Regierung, bevor 2001 Berlusconi die Wahlen gewann.

licher und privater Einrichtungen Platz macht. Teile des öffentlichen Systems erlangen Zugang zu oder können sich in den oberen Segmenten des Wettbewerbs positionieren. Dies wird dann als „produktiver“ oder „moderner“ Wohlfahrtsstaat bezeichnet. Andere Bereiche werden nach und nach entqualifiziert und bleiben übrig, um essentielle Minimalversorgungsniveaus für diejenigen zu gewährleisten, die sich teurere Behandlungen nicht mehr leisten können. Dies gilt umso mehr, wenn die von Berlusconi geplante Gegenreform der Besteuerung Reaganschen Zuschnitts durchgeführt wird, die den öffentlichen Haushalten weitere Ressourcen entziehen wird.

Die wiederholten Angriffe auf die Renten

Der erste Angriff, der zeitgleich mit dem oben beschriebenen Angriff auf das Gesundheitswesen geschah, wurde ebenfalls von der Regierung unter der Führung von Amato 1992 durchgeführt. Es kam zu einer Anhebung des Renteneintrittsalters, Einschnitten bei den Leistungen und einem Übergang vom einkommensabhängigen System hin zu einem beitragsgestützten System für eine Gruppe jüngerer Arbeiter. Gleichzeitig wurden einige Privilegien, wie z.B. die Baby-Pensionen für Angestellte des öffentlichen Dienstes¹⁰, eingeschränkt. Im Jahre 1994 versuchte der neu gewählte Berlusconi, zusammen mit seinen Partnern (der Lega Nord und den Ex-Faschisten), drastische Einschnitte in das öffentliche Vorsorgesystem durchzusetzen. Dieser Versuch, in dessen Zentrum die Reduktion von Leistungen und die Abschaffung der Altersrenten stand – auf die nach 35 Beitragsjahren unabhängig vom Alter Anspruch besteht, eine aus den Kämpfen von 1969 datierende Errungenschaft des Massenarbeiters –, wurde von der breiten Kampfbewegung im August 1994 zurückgeschlagen. Die Bewegung führte zunächst zur Handlungsunfähigkeit der Regierung und schließlich zum „Umschwung“ der Lega – aus Angst um den Verlust von Arbeiterstimmen der eigenen Basis – und damit zum Sturz der Regierung. 1995 folgte dann die nächste Reform. Sie wurde durch die Regierung Dini introduziert, die von den „Fortschrittlichen“ (Vorläufer des heutigen Ulivo), der Lega und den großen Gewerkschaftsdachverbänden unterstützt wurde, bevor Dini auch mit Berlusconi selbst verhandelte. Ihre Maßnahmen stellten eine weitere der halben Gegenreformen dar, die in der konzertierten Abstimmung mit den Gewerkschaften beschlossen wurden und die auf – wenn auch nicht enthusiastische – Unterstützung ihrer Basis zählen konnte: Verschlechterungen ja, aber nicht so drastisch wie von der Rechten vorgesehen. Diese Reformen wurden als Bedingung dafür auf-

¹⁰ „Baby-Pension“ bezeichnet das nicht mehr existierende Recht auf Pensionierung nach nur 20 Beitragsjahren, ein Vermächtnis der christdemokratischen Klientelpolitik.

gefasst, das Schlimmste zu verhindern und zugleich die Sanierung und den Wiederaufschwung des italienischen Systems¹¹ zu ermöglichen. Es blieb bei der Spaltung zwischen den unterschiedlichen Rentenformen, dem Leistungsregime für die Alten und dem Beitragsregime für die Jüngeren, was offensichtliche Auswirkungen auf die zukünftigen Versorgungsleistungen haben wird (sei dies wegen des neuen Mechanismus oder aufgrund der Beschäftigungsunbeständigkeit der neuen Arbeiter). Die Altersrenten blieben zwar bestehen, jedoch war ihre allmähliche Abschaffung vorgesehen. Das Renteneintrittsalter wurde stufenweise auf 60 Jahre für Frauen und 65 für Männer angehoben. Heute schickt sich die Berlusconi-Regierung an, eine weitere, allerdings noch nicht vollständig ausgearbeitete Änderung entlang der bisher beschrittenen Linien durchzuführen: Als Maßnahmen sind u.a. die Schaffung von Anreizen für diejenigen, die sich entschließen, ihren Renteneintritt zu verschieben, sowie die Einführung der „quota 40“ (40 Beitragsjahre oder Rentenbeginn im Alter von 65 Jahren) für alle ab 2008 vorgesehen.

Hinter diesem Plan steht die Tatsache, dass bis jetzt die erwünschten „Einsparungen“ in den öffentlichen Ausgaben noch nicht realisiert wurden. Auch kam es zu keinem Aufschwung eines privaten Versicherungsmarktes. Die Aufrechterhaltung eines, wenn auch eingeschränkten, öffentlichen Systems, das auf Verteilung und nicht auf Kapitalisierung basiert, lässt bislang eine vereinheitlichende Verbindung zwischen den Arbeitern bestehen. Hinzu kommt eine Besonderheit des italienischen Sozialversicherungssystems: Die Renten – worunter hier auch die Unterstützungsleistungen für Invalidität firmieren, die manchmal aufgrund betrügerischer Angaben ausgezahlt werden und insbesondere im Süden eine proportionale wichtige Rolle einnehmen –, dienen angesichts des Mangels einer würdevollen und umfassenden Erwerbslosenversicherung dazu, die Ausgaben für die Jugendlichen, die oftmals bis zu ihrem 30. Lebensjahr oder länger bei der Familie wohnen und prekärer oder unbeständiger Arbeit nachgehen, ganz oder teilweise bereitzustellen. Auch deswegen ist es bis jetzt mittels der „modernisierenden“ Angriffe noch nicht gelungen, prekarierte Jugendliche, die eine (gekürzte) Leistung erhalten werden, und Arbeiter mit einer „gesicherteren“ Beschäftigung gegeneinander aufzubringen. Aber wie lange wird dies so bleiben?

Von welchen „sozialen Abfederungsmaßnahmen“ ist die Rede?

Das Problem des Verhältnisses zwischen den Generationen, aber auch des Verhältnisses zwischen „gesicherten“ und „ungesicherten“ Arbeitern, zwischen männlicher

¹¹ Analogie zur Vorstellung des „Modell Deutschland“.

und weiblicher und migrantischer Arbeitskraft, führt uns zum Thema der Vorsorge gegen Erwerbslosigkeit, die in den anderen europäischen Ländern ein wesentliches Element der Sozialversicherung darstellt. In Italien existiert sie nicht. Die Entlohnung im Falle der Erwerbslosigkeit stellt kein universales Recht dar, es handelt sich um eine Versicherung für diejenigen, die bereits für einen bestimmten Zeitraum kontinuierlich gearbeitet haben. Diese Leistungen werden nach unterschiedlichen, zersplitterten und komplizierten Mechanismen gezahlt, die sich durch verschiedene Formen des Klientelismus und des Korporativismus mit der Zeit ausdifferenziert haben. Sie können für maximal 24 Monate innerhalb von fünf Jahren bezogen werden und dürfen sich im Durchschnitt auf höchstens ca. 40% des letzten Bruttogehalts belaufen. Es gibt nichts, was einem Minimaleinkommen für junge Arbeitssuchende vergleichbar wäre, und auch keine anderen allgemeinen Versorgungsleistungen zum Schutze der prekären Arbeiter.

Diese und andere Aspekte des Versorgungssystems verweisen auf ein bestimmtes Schema. Der italienische Sozialstaat konstituierte sich um die Figur des erwachsenen männlichen Familienernährers herum, der, relativ abgesichert durch einen Arbeitsplatz in der mittelständischen bis großen Industrie, für die Familie sorgte. Währenddessen war die Frau im Haus für die Reproduktionsarbeit zuständig, auch um eine zusätzliche Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt zu vermeiden. Am Ausgangspunkt dieses engen Geflechts aus Sozialstaat und Subsidiaritätsprinzip, das für Italien und die anderen europäischen Mittelmeerländer charakteristisch ist, steht also ein System, das sich um die „gesicherte“ Beschäftigungsposition (mit Unterschieden zwischen dem Norden und dem Süden, wo sich ein Großteil der Ökonomie aus Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit zusammensetzt) dreht, und nicht um den Universalismus der sozialen Bürgerrechte. Es ist das Ergebnis des gesellschaftlichen Kompromisses zwischen kapitalistischer Entwicklung, dem Massenarbeiter der Großindustrie und seiner gewerkschaftlichen Vertretung, das sich damals in der Auseinandersetzung zwischen katholischen Kräften und der kommunistischen Partei widerspiegelte.

Deshalb also haben wir anstatt wirklicher Erwerbslosenunterstützungen und anderer Formen monetärer sozialer Unterstützung Formen der selektiven Integration, die ausschließlich Arbeitern des Industriesektors und nicht Beschäftigten in der Landwirtschaft oder des Dienstleistungssektors zugute kommen: Eine „normale“ Kurzarbeitergeldkasse für vorübergehende Krisen; eine „außergewöhnliche“ für längere Krisen (die in der Vergangenheit oft zur Verschleierung unwiderruflicher Firmenkrisen eingesetzt wurde und heutzutage im Verbund mit der Vorlage eines Sanierungsplans daherkommt) – mit Maximalzahlungen an die Arbeiter von ca. 760 Euro im Monat (wie z.B. im Fall der Fiat-Krise). Dazu kommen Frühverrentungen,

von denen die Regierung in den vergangenen Jahrzehnten mit Zustimmung der Gewerkschaften häufig Gebrauch gemacht hat. Diese sozialen Abfederungsmaßnahmen unterlagen in den 1990er Jahren Verschlechterungen in Bezug auf zu erfüllende Voraussetzungen und erhaltliche Leistungen; ferner wurden die strukturell überschüssigen Arbeitskräfte durch relativ niedrigere Leistungen zur Mobilität angehalten, wenngleich auch in den politisch und sozial sensibleren Fällen (wie z.B. bei den Eisenbahnarbeitern oder eben der Fiat) auch auf eine Begleitzahlung zur Rente zurückgegriffen wurde.

Angesichts der heutzutage stattfindenden Strukturveränderungen des Arbeitsmarktes (bezogen auf die Beschäftigung weiblicher, prekärer und migrantischer Arbeitskräfte), der demographischen Veränderungen und der Situation ökonomischer Stagnation oder geringen Wachstums schlagen diese sozialen Abfederungsmaßnahmen leck. Die Herrschenden denken offensichtlich, dass diese Art der Abfederung überwunden werden sollte, um die „öffentlichen Ausgaben“ zu reduzieren (obgleich es sich um Beiträge der Arbeiter handelt), mit dem Risiko eines Wechsels zu einer Minimalabsicherung. Obschon sie an viel umfassendere Gruppen ausgezahlt werden würde, wäre Letztere eine bloße Armenbeihilfe – wahrscheinlich regional ausdifferenziert.¹²

Sozialpolitik, Reproduktion und der „dritte Sektor“

Was hat sich auf diesen Feldern seit den 1970er Jahren verändert? Zuerst einmal ist es dank des vereinigten Anschubs von Kämpfen des Massenarbeiters, kapitalistischer Modernisierung und der sozialen und Frauenbewegung zu einer Innovationswelle gekommen, die zu einer Angebotserweiterung der sozialen Dienste geführt hat. Sie hat zu einer Verlagerung weg von der direkten Versorgung hin zu den lokalen „roten“ Einrichtungen geführt. Im Ergebnis gab es eine teilweise Entfamiliarisierung der sozialen Reproduktion und eine gewandelte Wahrnehmung dessen, was ein Recht ist, gegenüber dem, was ehemals von oben – als Spende – kam. Diese lange Welle hielt während der ganzen 1980er Jahre an. Sie führte im Norden zu einer substanziellen Homogenisierung der Praxis sowohl linker als auch christdemokratischer Verwaltungen, wobei beide Seiten enge Beziehungen zu dem sich herausbildenden Non-Profit-Sektor entwickelt haben. Das Nord-Süd-Gefälle vertiefte sich.

¹² Dies geschah mit der Einführung eines Bürgergeldes in Kampanien und der Lombardei. Schon von den Vorgängerregierungen des „Ulivo“ war das RMI (reddito minimo di inserimento – Minimalintegrationsgeld) als Teil einer „aktivierenden“ Sozialpolitik mit Bildungsbestandteilen in Form eines maximal 400 Euro betragenden Familiengeldes eingeführt worden.

Im Süden fand eine Entfamiliarisierung aufgrund des Mangels an sozialstaatlichen Strukturen nicht statt, da es z.B. an Kindergärten und anderen territorialen Diensten fehlt(e).

In dieser Phase entwickelte sich der so genannte dritte Sektor mit den sozialen Kooperativen (am Ende der 1990er Jahre waren es mehr als 5000) und dem „Ehrenamt“¹³ (das mehr als drei Millionen Personen unter verschiedenen Bezeichnungen ausüben). Diese „Tertiärisierung“ ist ein komplexes Phänomen. Verschiedene Faktoren kamen zusammen: Die Kürzungen der öffentlichen Ausgaben seit Anfang der 1990er führten, um allzu große Einschnitte zu vermeiden, manchmal zur Ausweitung der spärlichen Dienstleistungen, die für eine Sozialstruktur und eine bereits gewandelte Beschäftigungsstruktur (z.B. in Bezug auf Beschäftigung von Frauen im Norden, etc.) erforderlich waren. Die Ausgliederung von Dienstleistungen über die Kooperativen erlaubte es, gleichzeitig die Arbeitskosten zu senken und die Beschäftigungsquote zu erweitern und dabei die Dienstleistungen „effizienter“ und flexibler zu erbringen. Andererseits nimmt die Verbreitung des dritten Sektors, vor allem in einer ersten Phase, bestimmte mutualistische, solidarische – hier gibt es auch gewisse Überschneidungen zwischen der laizistischen Linken und bestimmten katholischen Basisgruppen – und antistaatliche Anstöße der sozialen Linken auf, die Ausdruck der sedimentierten Identitätszugehörigkeit der Kämpfe der vergangenen Jahrzehnte sind. Heute ist für die Arbeiter dieser Sektoren die Überdeterminierung dieser Momente durch wirkliche und eigenständige Sozialunternehmen, die überdies zunehmender Konzentration unterliegen, offensichtlich und direkt erfahrbar, durch ihr nicht zuletzt politisches Marketing (vornehmlich für den Ulivo) und durch ihre Konkurrenz auf einem (durch die öffentliche Verwaltung „kontrollierten“) Markt. Der öffentliche Dienst wird dadurch aufgelöst, und der Sektor der Reproduktion unterliegt zunehmender Kommodifizierung. Dies hat Konsequenzen für die erbrachten Dienste: Diese werden zunehmend standardisiert und auf Effizienz ausgerichtet, mit einem Wort: industrialisiert, und folgen einer Logik der sozialen Kontrolle. Es hat aber auch Konsequenzen für die Arbeitskraft, deren Verwertung unter extrem unregulierten Bedingungen in diesen „sozialen“ Unternehmen stattfindet, die durch den Anreiz zur Selbstaussbeutung wesentlich zur Diffusion der Flexibilität und Prekarisierung beitragen.

Es ist kein Zufall, dass dieses neue Prekariat oft in der *No-global*-Bewegung beheimatet ist. Anfangs hatte die Existenz des dritten Sektors den (in Bezug auf die

13 Das „volontariato“ bezeichnet verschiedene Formen von Praktika, die gegen ein geringes oder gar kein Entgelt durchgeführt werden. Sie dienen der beruflichen Eingliederung, können aber auch rein ehrenamtlich ausgeübt werden.

Organisationsstruktur, die bürokratischen Beziehungen mit den „Kunden“, die soziale Kategorisierung der „Fälle) entmündigenden Charakter bestimmter öffentlicher Dienste, die bereits teilweise industrialisiert waren und wenig Interesse an den sozialen Zielen hatten, derer sie sich rühmten, enthüllt und immanent kritisiert. In der heutigen Betrachtung wird der Privatismus des dritten Sektors auf seine Weise Mittel zur Kommodifizierung benötigter menschlicher Beziehungsleistungen. Damit erschließt sich eine erste Problematisierung des keinesfalls linearen, sondern doppeldeutigen Verhältnisses, sowohl zwischen dem Staat und dem „Öffentlichen“ als auch zwischen dem „gesellschaftlichen Privaten“ und dem „Gemeinschaftlichen“.

Auch in Bezug auf die Sozialpolitiken bleibt trotz der Umgestaltung der letzten Jahrzehnte das Bild des Sozialstaates residual (die Vorsorgeleistungen gehen immer noch weitgehend in die Bereiche Renten und Gesundheit), dualistisch (mit Unterschieden zwischen Nord und Süd, reichen und armen Regionen, was durch den Föderalismus verschärft wird) und subsidiär (die Pflege- und Unterstützungsaktivitäten werden an die Familie und damit mangels Alternative an die Frauen delegiert). In Bezug auf diesen letzten Punkt muss jedoch berücksichtigt werden, dass sich die Haushalte selbst in eine Umgebung verwandelt haben, die mit „Heilmaschinen“ der Beziehungsarbeit, wie Fernseher, Computer u.ä. angefüllt sind. Wenn heute sowohl in der Mitte-Rechten als auch in der Mitte-Linken von „Familienpolitik“ die Rede ist, dann zielt dies in Wirklichkeit darauf ab, Familienpflichten in diesem neuen häuslichen Kontext zu reaktivieren. Gleichzeitig schreitet die Kommodifizierung der personenbezogenen Dienstleistungen in den am weitesten entwickelten Regionen voran, ob nun durch den dritten Sektor oder durch die Ausbeutung migrantischer Arbeitskraft (s. deren hohen Anteil an Pflegenden). Unterdessen entwickeln sich bestimmte Dienste kultureller Art, die vor allem oder ausschließlich für Sektoren der Ober- bis Mittelschicht oder Gruppen gut gestellter Pensionäre etc. zugänglich sind.

Der Polarisierung des Arbeitsmarktes und der Einkommen, einschließlich des Phänomens einer „neuen“ Armut trotz Arbeit, entspricht eine Polarisierung des Sozialstaates zwischen einem Sozialstaatstorso und einer selektiven Kommodifizierung. Parallel dazu kommt es zu einer Polarisierung zwischen Re- und Entfamiliarisierung der Pflegearbeit. Letztere entwickelt sich für manche durch die Kommodifizierung der Dienstleistungen, die auf die working poor (häufig MigrantInnen) abgelenkt werden. Auch hier bleibt die Frau weiterhin dazu verurteilt, sich zwischen Familie und Markt hin- und herzubewegen, während die Aussicht auf eine Entfamiliarisierung der sozialen Beziehungen in Verbindung mit deren Entkommodifizierung in immer weitere Ferne rückt. Wir sehen hier ein sehr viel komplexeres Szenarium am Werk als die bloße Rückkehr zum sozialstaatlichen Paternalismus.

Alles andere als ein Anhang: die Prekarisierung der Arbeit

Wie wir gesehen haben, trifft das Terrain des Sozialstaates in verschiedenen Zonen mit dem der Arbeit zusammen. Dies nicht nur, weil sich die Phänomene der sozialen Polarisierung und der neuen Armut unmittelbar auf die Struktur und Kapazität des Systems sozialer Sicherheit auswirken. Vielmehr können sowohl die Umstrukturierung des Sozialstaates ebenso wie der Konsens und der Widerstand, den diese hervorruft, kurz: die sozialen Beziehungen, derer Ausdruck sie ist, nicht verstanden werden, wenn nicht berücksichtigt wird, wie sich die Arbeit in dieser sogenannten Phase der flexiblen Akkumulation¹⁴ entwickelt oder bereits entwickelt hat. Prekarisierung ist hierzu heute zweifellos das Schlüsselwort.

Trotz des insbesondere im Süden verbreiteten Phänomens der Schwarzarbeit hatte sich in Italien, aufgrund der Arbeiterkämpfe, ein Bereich typisch fordistischer Arbeitsverhältnisse etabliert, der relativ „abgesichert“ war. Grundsätzlich war dieser auf den Nordwesten begrenzt, in anderen Regionen fand man ihn nur in den wenigen großen Werken der staatlichen Industrie. Heute ist jedoch klar, dass die Prekarität der Arbeit strukturell und weit verbreitet, aber gleichzeitig zersplittert und nicht einfach homogenisierbar ist. Nach der Verabschiedung der Deregulierungsmaßnahmen Berlusconi (Gesetz Nr. 30 von 2003) gibt es bereits 37 verschiedene atypische Arbeitsverträge. Davon betroffen sind sowohl Hand- als auch Wissensarbeiter, jene mit geringer Autonomie und jene mit beruflicher Ausbildung und relativer eigener Entscheidungsfähigkeit, und sowohl die in der industriellen Produktion als auch in den Dienstleistungen Tätigen. Die atypische Beschaffenheit des Arbeitsverhältnisses ist mittlerweile typisch geworden. Dies gilt vor allem, wenn die Neuzugänge auf den Arbeitsmarkt betrachtet werden. Insgesamt sind es mehr als fünf Millionen Arbeitskräfte, wobei sich abhängige und autonome Arbeiter die Waage halten. Prekär Beschäftigte machen 25% der Gesamtarbeitskräfte aus, ohne dass man den Sektor der Schattenarbeit dazuzählt (geschätzte weitere drei Millionen).¹⁵ Bei den unter 40-Jährigen kommt man auf 50%. Dem letzten Armutsbericht zufolge leben ca. 13% der Arbeiter unterhalb der relativen Armutsschwelle. Es handelt sich hierbei um die *working poor*, die vor allem im Süden anzutreffen sind (eine von vier Familien, im Vergleich zu zwanzig im Norden).

14 Der Begriff der flexiblen Akkumulation entstammt der Arbeitssoziologie und wurde in den 1980er Jahren mit Blick auf die Veränderungen der Industriearbeit in der norditalienischen Bekleidungsindustrie geprägt. Er versucht die sukzessive Auflösung des fordistischen Paradigmas zu erklären.

15 Die Daten basieren auf ISTAT, d.h. die Italienische Öffentliche Statistische Verwaltung, und beziehen sich aufs Jahr 2002. Die Zahl beinhaltet sowohl die atypisch Abhängigen (2,6 Mill.) als auch formell selbständige Arbeiter (2,4 Mill.).

Der „spontane“ Prozess der Prekarisierung wurde von der Gesetzgebung der letzten zehn Jahre, zuerst von der Mitte-Linken, später von der Mitte-Rechten, begleitet und vorangetrieben. Dem fortschrittlichen Lager kommt dabei zuerst einmal das „Verdienst“ zu, mit der Übereinkunft über die Arbeitskosten und die Tarifverhandlungen vom Juli 1993 den direkten Lohn, unter Zustimmung der drei großen Dachgewerkschaftsbünde, dereguliert zu haben. Bis dahin galt die „scala mobile“ (gleitende Lohnskala), die in Arbeiterkämpfen der 1970er und 1980er Jahre durchgesetzt worden war. Mit ihr wurden Löhne und Gehälter automatisch an die Inflationssteigerung angepasst. Diese Regelung wurde 1993 abgeschafft und die Anpassung der Löhne stattdessen in den Verhandlungen für neue Tarifverträge auf nationaler Ebene¹⁶ vorausberechnet und veranschlagt. Im Anschluss an die Abschaffung der „scala mobile“ wurden dann die Bedingungen des Zugriffs auf die Arbeitskraft und der zu erbringenden Arbeitsleistungen dereguliert. Das entsprechende „Gesetz Treu“, benannt nach dem Arbeitsminister der Prodi-Regierung, führte 1997 Zeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse ein und weitete die Teilzeitarbeit aus. Hierdurch wurde die Tendenz, feste unbefristete Arbeitsverhältnisse durch prekäre zu ersetzen, unterstützt. Mit den „Territorial- und Gebietsabkommen“ des Jahres 1998 wurden dann in einigen Krisenregionen die in den Kämpfen von 1969 abgeschafften Lohnobergrenzen faktisch wieder eingeführt. Dies geschah immer mit Unterstützung der „Mehrheitsgewerkschaften“, während es in den betrieblichen Tarifverhandlungen eine Tendenz zur Individualisierung der Arbeitsbeziehungen und des gewerkschaftlichen Föderalismus gab.

Auf diesem gut vorbereiteten Terrain griff 2001 die Mitte-Rechts-Regierung die Zersplitterung der Arbeit auf und trieb die Deregulierung auch der Entlassungsvorschriften und der Gewerkschaftsbeziehungen weiter voran. Die für drei Jahre gültige Revision der Artikels 18 des Arbeiterstatuts (= Kündigungsschutz) wurde mit dem Patto per l'Italia (= Pakt für Italien) durchgesetzt, der von den Gewerkschaften CISL und der UIL¹⁷ mit der Regierung ausgehandelt worden war. Hiernach ist auch in den Unternehmen mit mehr als 15 abhängig Beschäftigten möglich, unbegründete Entlassungen auszusprechen, eine Regel, die für alle gilt, die seit dem Erlass des Gesetzes neu eingestellt wurden. Außerdem wird revidiert, was bisher unter konzertierter Aktion verstanden worden ist: Die Gewerkschaften werden von Co-

16 Die zweite Ebene, auf der Tarifverhandlungen abgeschlossen werden, ist die Betriebsebene. Diese umfasst ungefähr ein Drittel der Privatunternehmen. (Zusatz von E.A. u. R.S.)

17 CISL: Confederazione Italiana die Sindacati Liberi, aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangener Gewerkschaftsbund. UIL: Unione Italiana Lavoratori, ehemals sozialistisch/sozialdemokratisch orientierter Gewerkschaftsbund

Akteuren zu bloßen Unterzeichnern vorab getroffener Entscheidungen der Regierung. Auf die Revision des Artikels 18 folgte das Gesetz Nr. 30. Dieses dehnt die Typologie der flexiblen Arbeit in einem bisher kaum vorstellbaren Maße aus: Introdziert werden Formen wie „job on call, job sharing“, die Überarbeitung der Verträge zum Nachteil der Auszubildenden, Projektarbeit, Gelegenheitsarbeit auf Gutscheine, Agenturen für die Verteilung von befristeten Zeitarbeitern oder Arbeitskräfteleasing, Zulässigkeit der Übertragung von Abteilungen der Firma ohne Berücksichtigung erworbener Rechte, konkurrierende private Stellenvermittlungen. Die Arbeit wird zersplittert, auch normativ gesehen wird sie völlig individualisiert. Hierzu beigetragen hat auch die Prekarisierung der realen und normativen Situation der Migranten: Durch das „Gesetz Bossi-Fini“ wurde das Aufenthaltsrecht (was zu einem „Vertrag“ deklassiert wurde) an eine reguläre Arbeit gebunden, also der Inbesitz von Rechten der extremen Erpressbarkeit auf dem Arbeitsmarkt untergeordnet.

Jenseits der juridischen Formen bleibt die Tatsache, dass das Standbein, um das herum sich der soziale Nachkriegskompromiss fordistisch-keynesianistischen Zuschnitts konstituiert hatte, in dem Maße zu brechen droht, in dem die Arbeit wieder in ihre vollkommen privatistische Marktfigur gesteckt wird und dabei jede öffentliche Bedeutung auf dem Feld der sozialen Rechte verliert. Auch aus antagonistischer Sicht eröffnet sich dadurch die politische Frage, wie dieser Bedeutungsverlust der Zentralität der Arbeit unter den alten Bedingungen gegen die sich im selben Augenblick allgemein durchsetzende prekäre Situation der Arbeit und des Lebens, die nicht unmittelbar homogenisierend wirkt, ausgespielt wird.

Der Sozialstaat auf der Anklagebank

Angesichts dieser Situation ist es in Italien vorhersehbar, dass es weiterhin zu einer Art „stop and go“-Umstrukturierung des Sozialstaates kommen wird. Selbst im Falle eines Regierungswechsels ist die Verschärfung der Ungleichheiten geradezu vorgeprogrammiert. Denn selbst wenn es zum Aufbau eines wirklichen und echten Marktes sozialer Dienstleistungen käme, wäre dieser kaum in der Lage, einen Kreislauf zu entfesseln, der die auf der anderen Seite getätigten Leistungseinschnitte durch neue Beschäftigungsmöglichkeiten (die in großem Maße entqualifiziert und unterbezahlt sein würden) kompensieren könnte. Sicherlich dürfen aus dem Blickwinkel von widerständigen Strategien die Auswirkungen der Auflösung und der Neuzusammensetzung des Konsenses und der sozialen Blöcke ebenso wenig unterschätzt werden wie die Mechanismen der Prekarisierung und der Zersplitterung der Arbeit.

Hier fügt sich als weiteres Hindernis die Reaktion der betroffenen sozialen Subjekte ein, sowohl derjenigen, die noch aus der alten Arbeiterbewegung übrig sind, und als auch jenen in den neuen Bewegungen. Es gibt erste Überschneidungen von Notwendigkeiten und Interessen. Diese finden jedoch weder ohne Probleme zum Kampf zusammen, noch lässt sich aus ihnen ein Programm formulieren, das über die kategorialen, korporativen, territorialen und generationenbezogenen Eingrenzungen und die Unterschiede zwischen alten und neuen Figuren der Arbeit hinausgeht. Aber in den sozialen Bewegungen Italiens werden doch zugleich auch Themen und Probleme aufgeworfen, die einen ersten Blick über die bloße Verteidigung des Status quo hinaus erlauben. Hierauf zielen wir im Folgenden ab.

Zweiter Teil

Von der Existenz zum Widerstand¹⁸

Wir versuchen hier entlang bestimmter Themen die Linien des sozialen Konflikts zu skizzieren, der in Italien durch die Aktivitäten in Genua im Jahr 2001 ausgelöst wurde. Hier zeichnet sich eine kollektive Aktion ab, deren Zusammenhang und subjektive Orientierung sich insofern von den vergangenen Orientierungen unterscheiden, als sie, nach unserer Einschätzung, nicht nur einzelne Aspekte des proletarischen Lebens, sondern die Prekarisierung/Kommodifizierung der gesamten Existenz einbezieht. Wir wollen versuchen, diese Dynamik aus dem Blickwinkel des Verhältnisses und (möglichen) Zusammenkommens der neuen Bewegungen und der betroffenen sozialen Subjekte zu beleuchten.

Die No-global-Bewegung in Stichworten

Genua 2001 – die lange Welle aus Seattle erreicht Italien und Europa. Sie ist Auslöser der *No-global*-Bewegung, deren Kämpfe einen besonderen Verlauf nehmen (oder bereits ein Zyklus sind?). Hier einige allgemeine Einschätzungen:

- Die Zusammensetzung dieser Bewegung ist sehr heterogen und differenziert. Dies betrifft die soziale Herkunft, das Alter, die politischen Bereiche (die Linke und die Welt der katholischen „Basis“-Initiativen begegnen sich) und die Organisationszugehörigkeit (eher traditionelle Organisationen, Ehrenamtliche und Arbeiter des dritten Sektors sind gleichzeitig vertreten) sowie die Motivationen, Identität und die Ideologien der Teilnehmenden. Die Anwesenheit junger Leute sticht hervor – es ist die erste Wortergreifung der nach dem Fall des „eisernen

¹⁸ Unübersetzbares Wortspiel, mit den italienischen Begriffen „esistenza“ und „t/esistenza“.

Vorhangs“ geborenen Generation – und die Anzahl aktiver Frauen. Es gibt nichts, das auch nur entfernt an eine Klassenidentität in „fordistischen“ Begriffen denken lässt.

- Die massenhafte Beteiligung an der Bewegung erfolgt im Wesentlichen außerhalb der traditionellen organisatorischen Kanäle, die dennoch in der Vorbereitung der Vereinbarungen, der logistischen Unterstützung und der Durchführung der Debatte eine nicht unbedeutende Rolle spielen. Zwischen den beteiligten Massen und den Organisationen gibt es keine direkte, kontinuierliche Beziehung, in der es zu einer richtigen Identifikation käme: Häufig sind die Vorbereitungsversammlungen leer und später gibt es große Demonstrationen. Die Beteiligung ist abhängig vom Anlass: Die traditionellen Parteien, Gewerkschaften, Organisationen werden für das „Event“ auf dem großen Versammlungsplatz benutzt. Dadurch kommt es nicht zur Schaffung dauerhafter organisatorischer Orte, die eine neue politische Hierarchie hervorbringen könnten. – Die Sozialforen haben nur ein kurzes Leben, sie verlieren rasch an Vitalität. Während die traditionellen „Macher“ offensichtlich Probleme damit haben, die Bewegung für sich in Anspruch zu nehmen, scheint der neue „Aktivist“ nicht greifbar zu sein. Und dennoch versteht er es, sich zu informieren und zu bilden, wesentlich auch mithilfe der neuen Medien. Es schält sich also eine Aktivist*innenfigur heraus, die die alten Maßstäbe durcheinander bringt, die noch nicht abschließend festgeschrieben und strukturell instabil ist. Sie ist nicht ohne weiteres bereit, die individuelle Verantwortung an „Sprecher“ oder andere zu delegieren. Gekennzeichnet ist sie dadurch, dass sie sich selbst direkt einbringt. Vielleicht kann hierin eine Hinterlassenschaft des Feminismus entdeckt werden, jedoch ohne dass direkte Verbindungen oder Kontinuitäten sichtbar wären, so wie es auch sonst keinen sichtbaren Übergang von Zeugen mit Widerstandserfahrungen aus der Vergangenheit gibt (was nicht bedeutet, dass es absolut keine Beziehungen zu dieser Vergangenheit gibt).
- Inhaltlich herrschen allgemeine Themen in Bezug auf die großen Fragen des Neoliberalismus vor: das Verhältnis des Nordens zum Süden im Weltmaßstab, das Terrain der sozialen Reproduktion gegenüber dem der Produktion. Man geht nicht von der Arbeit aus, um zu einem komplexeren Begriff des gesamten sozialen Lebens zu gelangen, sondern geht im Gegenteil von einem Sinn des Gemeinschaftlichen gegenüber der Kommodifizierung und Prekarisierung der Existenz aus. In diesem Kontext ist die Bewegung gegen die umfassenden Konsequenzen der Globalisierung gerichtet. Und von daher wird die Verteidigung der „gemeinschaftlichen Güter“, die Anrufung einer alternativen „globalen Zivilgesellschaft“ usw. betont, mit der Perspektive, dass eine andere, unverkäufliche Welt möglich

ist. Hierin enthalten sind sehr unterschiedliche Themen, von den Forderungen der neuen produktiven Subjekte in den Metropolen bis hin zu der ökologischen und „naturverbundenen“ Verteidigung der Erde. Es handelt sich sicher nicht um ein vollendetes Programm, aber es scheinen auch keine Sehnsüchte nach einer bestimmten Vergangenheit vorzuherrschen. In der Umschreibung dieser Elemente wurde häufig der Begriff „ethisch“ verwendet. Der Tatsache, dass die Mobilisierungsgründe wahrscheinlich mit der Veränderung und der Totalisierung kapitalistischer Verhältnisse zusammenhängen, ist dagegen nicht genügend Beachtung geschenkt worden. Die Veränderung des Proletariats und der Arbeitsplätze gehen unter den Augen aller vonstatten; und die Präsenz neuer Proletarier in der Bewegung, wenngleich sie eher als „Bürger“ denn als Klasse auftreten, ist eine Tatsache.

- Weitere Charakteristika: Die Ziele und Bestrebungen der Bewegungen sind nicht zu trennen von den konkreten Formen der Beziehungen zwischen den Subjekten, die sich zusammenfinden, um diese zu klären und durchzusetzen. Es handelt sich dabei nicht – oder nicht in erster Linie – um Moralismus, Anti-Realpolitik, um die Forderung nach einer Entsprechung von Methoden und Zielen oder um einen ideologischen Pazifismus. Eher ist das Wie der Aktionen integraler Bestandteil der beschriebenen Veränderungen, d.h. es ist kein äußerlicher und zufälliger Verlauf. Das letztlich zu erreichende Ziel ist wichtig, aber es darf nicht zu einer Enteignung der Bewegungen und der Subjekte führen. Nicht zufällig koexistiert dieses Verhalten mit einem gewissen Pragmatismus der Bewegung – der naiv erscheinen kann –, der darin besteht, „Einblick“ in die Karten des Gegners zu bekommen und ihn auf seine „Unstimmigkeiten“ und „Unwahrheiten“ auf der Grundlage der Tatsachen – anstatt aufgrund vorgefasster Ideologien – hinzuweisen. So verhält es sich auch mit den Beziehungen zur institutionellen Linken: die Bewegung stellt sich ihr nicht von Anfang an entgegen, sondern treibt sie voran und lässt sich ihre Ergebnisse nicht ohne weiteres entreißen. Dem zu Grunde liegt die sowohl in moderaten als auch in radikaleren Teilen der Bewegung vorherrschende Wahrnehmung, dass sich das Problem der Macht nicht in der alten Vorstellung von ihrer „Eroberung“ angehen lässt, sondern eher in deren Auflösung seitens einer Masse, die die Erschaffung neuer, nicht auf Enteignung abzielender Beziehungen nicht in die Zukunft verschieben kann.
- Die Bewegung hat ein soziales Klima geschaffen und Thematiken auf die Tagesordnung gebracht, die sich deutlich mit den sozialen Kämpfen gegen die Berlusconi-Regierung und mit der Mobilisierung gegen den Krieg und die Besetzung des Irak überkreuzt haben. Dabei hat es sich allerdings nicht um einen Kampf jeweils eindeutig definierter Subjekte auf der einen und der anderen Seite gehan-

delt (ist also nicht mit den 1968er Kämpfen vergleichbar, in denen „Arbeiter und Studenten im Kampf vereinigt“¹⁹ waren). Grob gesagt, lassen sich bezüglich dieses „Überkreuzens“ bisher drei Phasen unterscheiden: der Kampf um den Artikel 18, der oben bereits erwähnt wurde, die Bewegung gegen den Krieg sowie die jüngsten Streikbewegungen und anderen sozialen Kämpfe.²⁰

Die Verbreitung des „Kampfes um die Rechte“

Im Vordergrund steht in dieser ersten Phase (ab 2001) die Mobilisierung zur Verteidigung des Artikels 18 (= das Kündigungsschutzgesetz, siehe oben), veranlasst durch die CGIL²¹, und personifiziert insbesondere durch deren Vorsitzenden Cofferati. Die Initiative geht aus von der Spitze der größten italienischen Gewerkschaft, die sich von der Mitte-Rechts-Regierung immer mehr in die Ecke gedrängt sieht. Sie ist erwarteterweise in der Lage, eine große Masse zu mobilisieren, die weit über die gewerkschaftliche Basis der in irgendeiner Form noch „abgesicherten“ Arbeiter, die deswegen direkt von dem Regierungsprojekt betroffen sind, hinausgeht. Zur Verteidigung des Artikels 18 gehen auch junge Menschen und prekäre Arbeiter, für die die Schutzregelungen ohnehin nicht gelten, auf die Straße. Offensichtlich spüren sie, dass nicht nur die Rechte einiger weniger auf dem Spiel stehen, sondern dass es um einen Kampf geht, der auch diejenigen betrifft, die keine Rechte haben oder sie zu verlieren drohen. Es handelt sich hierbei um die erste wirkliche Begegnung der „alten“ Arbeiterbewegung mit den neuen Bewegungen und der Jugend.²² Am 23. März 2002 kommt es in Rom zu einer der größten Demonstration in der italienischen Geschichte. Es folgt ein Generalstreik am 16. April, der in Bezug auf die Beteiligung sehr erfolgreich war und an dem auch die moderateren Gewerkschaftsbünde CISL und UIL beteiligt sind. Nachdem diese die Übereinkunft mit der Regierung unterzeichnet haben, organisiert die CGIL noch einmal alleine einen Generalstreik – auch diesmal mit einer sehr hohen TeilnehmerInnenzahl. Es ist die erste derartige Aktion seit 1960, für die die linke Gewerkschaft alleine verantwortlich zeichnet.

19 „Arbeiter und Studenten ...“ war eine wichtige Parole der italienischen radikalen Linken nach 1968.

20 Die zweite Phase oder Überschneidung behandelt die Antikriegsbewegung. Der Abschnitt wurde aus Platzgründen gestrichen.

21 Die Confederazione Generale Italiana del Lavoro (Allgemeine italienische Föderation der Arbeit), CGIL, ist der größte italienische Dachgewerkschaftsverband mit linker Ausrichtung, Sergio Cofferati ihr ehemaliger Vorsitzender.

22 Die CGIL gehörte nicht zu den offiziellen Organisatoren der Demonstration in Genua 2001, aber viele ihrer Mitglieder gingen nach der Ermordung Carlo Giulianis auf die Straße (Anmerkung der Autoren).

Trotz der Massenaktionen kann sich die Regierung am Ende in der Substanz durchsetzen: Während die öffentlichen Versammlungen sehr erfolgreich sind, kann der Konflikt nicht in die einzelnen Arbeitsstätten getragen werden, wo er den Unternehmern wehgetan hätte. Warum? Dies hat die Spitze der CGIL zu verantworten, die nicht wagte, diesen politischen Schritt zu machen, mit dem sie sich innerhalb des Ulivo isoliert hätte. Es hat aber auch mit einer gewissen Scheu der Arbeiter selbst zu tun, die ihre betrieblichen Beziehungen, um die sie sich seit Jahren gekümmert hatten, angesichts der wenig sicheren Perspektiven einer solchen Aktion nicht aufs Spiel setzen wollten.

Was bleibt, ist, dass die Gewerkschaft klar die fehlende Haltung der politischen Opposition wettgemacht, dass sie eine allgemeine Unzufriedenheit aufgegriffen und damit quasi als „Partei“ fungiert hat. Und es ist zu einer Verbindung zwischen der CGIL und der *No-global*-Bewegung gekommen, wie an der Teilnahme des neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft, Epifani, am Sozialforum in Florenz im November 2003 und an der Teilnahme an der großen Demonstration, die die Mobilisierung gegen den sich nähernden Irakkrieg einläutete, zu sehen ist.

Die jüngsten sozialen Kämpfe

Seit dem Winter 2003/2004, während die Antikriegsbewegung in der Sackgasse zu stecken schien, wird der soziale Konflikt mit einer Reihe von Kämpfen wiedereröffnet. Dabei werden einige frühere Artikulationsformen der Bewegung aufgegriffen, ohne dass direkte Kontakte zwischen den früheren und den jetzigen Kämpfenden bestünden. Hierin zeigt sich auch eine gewisse Schwierigkeit seitens der Aktivisten, diese Bewegung in eine kontinuierliche Form zu bringen und an ihrer inneren Entwicklung teilzunehmen.

Drei soziale Konflikte der Jahre 2003/2004 haben aufgrund der Vorgehensweise der Protestierenden am meisten Aufsehen erregt. In Scanzano Ionico, einem kleinen Örtchen in der Basilicata²³, wo die Berlusconi-Regierung eigenmächtig das nationale Depot für die Nuklearabfälle ansiedeln will, wehrte sich die lokale Bevölkerung mit einer Besetzung des dafür ausersehenen Ortes, blockierte die Straßen, demonstrierte, erhielt die Unterstützung der ganzen Region und rüttelte die Gewerkschaften auf. Es handelte sich um einen unablässigen, sich konzentriert um Zeit und Raum drehenden Kampf, der auf lokaler Ebene alle Menschen einbezog. Es war ein Aufstand eines ganzen Gebietes, der durch seine Fähigkeit zur Integration,

23 Die Basilicata ist einer der südlichen italienischen Bundesstaaten.

Kommunikation, Straßenblockade etc. sehr an die *No-global*-Bewegung erinnerte. Am Ende musste die Regierung vollständig nachgeben.

Im Dezember 2003 kam es nach langen Monaten wenig einschneidender Arbeitsniederlegungen, in denen sich an das Gesetz zur Regelung der Streiks des öffentlichen Dienstes gehalten wurde, zu einer Explosion spontaner wilder Streiks der Beschäftigten der öffentlichen Verkehrsbetriebe. Ausgehend vom vollständigen Stillstand der öffentlichen Verkehrsmittel in Mailand dehnte sich der wilde Streik in viele weitere Städte aus. Die Verkehrsbetriebe sind ein noch hochgradig gewerkschaftlich organisierter Sektor, mit überdurchschnittlichen Löhnen und einem traditionellen Facharbeiterbewusstsein.²⁴ In den letzten Jahren sahen sich die Beschäftigten jedoch Angriffen der Flexibilisierung und der „Proletarisierung“ ausgesetzt, zugleich wurden die öffentlichen Verkehrsbetriebe nach und nach privatisiert. Während des wilden Streiks gerieten alle drei gewerkschaftlichen Dachverbände insofern in ernsthafte Schwierigkeiten, als sie nicht in der Lage waren, ihre Mitgliederbasis zu kontrollieren. Die Medien versuchten, die Wut der von durch den Streik ausgelösten Entbehrungen betroffenen Menschen zu schüren, doch erfolglos, da geringer werdende Lohn für die Masse der abhängig Beschäftigten zu einem immer drängenderen Problem werden. Auch die geringen Ergebnisse des schließlich gesetzlich regulierten Konflikts, der auch bei längerer Dauer der Gegenseite nur wenig Schäden beibrachte, gaben den Ausschlag.

Zu den Schattenseiten des Vorgangs gehörte es, dass die drei Dachgewerkschaftsbünde ohne Mitgliederabstimmung – nicht einmal die CGIL tat dies – ein Lohnabkommen unterzeichneten, das die Arbeiter nicht zufrieden stellte. Dennoch kam es nach der Unterzeichnung des Vertrags nur noch hier und da zu einzelnen Streiks. Die Auseinandersetzung verlagerte sich langsam auf die Ebene von Tarifverhandlungen für einzelne Städte – wo dies möglich war. Das Risiko des Aufbrechens des nationalen Flächentarifvertrags wurde dabei in Kauf genommen.

Im März 2004 fand dann ein Streik der FIAT-Arbeiter in der Niederlassung in Melfi und Umgebung statt. Die Fabrik in Melfi ist ein Modell der so genannten „integrierten Fabrik“. Es handelt sich dabei um ein vor zehn Jahren auf der „grünen Wiese“ aufgebautes Werk. Es steht in der Basilicata, einer nicht industrialisierten Gegend, in der es folglich keine Tradition gewerkschaftlicher Kämpfe gibt und die von einer hohen Jugendarbeitslosigkeit betroffen ist. Dies sind ideale Vorausset-

24 Die Autoren sprechen von „professionalität“, womit weniger eine professionell ausgeführte Arbeit gemeint ist, sondern vielmehr das Bewusstsein der Arbeiter, über die (widersprüchliche) Autonomie in der Arbeit zu verfügen, was hier auch mit dem Bewusstsein des Dienstleistungscharakters ihrer Arbeit für die Gesellschaft gekoppelt ist.

zungen, um mit umfassenden staatlichen Subventionen ein neues Werk aufzubauen, das vollständig nach dem toyotistischen Muster funktioniert: keine Lagerhaltung, integrierte Zuliefererbetriebe, sehr hohe Produktivität (die zweithöchste in Europa) dank der Arbeitsbedingungen, besonders anstrengender Schichten und intensiver Arbeitsrhythmen, niedrigere Entlohnung als im Rest der FIAT-Gruppe, was als Vorbedingung für die Investitionen mit der Gewerkschaft ausgehandelt worden war. In der Fabrik gibt es keine betriebliche Interessensvertretung und ein Klima der Unterordnung. Diese Grundbedingungen hatten Melfi bis zum Frühjahr 2004 von Stellenkürzungen ausgenommen, die aufgrund der schweren Krise der FIAT im Jahre 2002 in den anderen Werken vorgenommen worden waren, unter ihnen auch das historische Turiner Mirafiori-Werk, das bereits im Sterben liegt. Der sich angesichts der Stellenkürzungen vor allem im sizilianischen Werk Termini ausbreitende Kampf hatte in Melfi in den Jahren vor 2004 keine aktive Solidarität ausgelöst. Hier hatte sich die Unzufriedenheit der Arbeiter bisher immer nur in einer großen Fluktuation der Beschäftigten ausgedrückt.

Der wilde Streik vom März 2004 begann in einigen der Zuliefererbetriebe, womit die Anlieferung zum Hauptwerk verhindert wurde. Als Vergeltung reagierte das Unternehmen mit der „Aussperrung“ der fünftausend Arbeiter von FIAT Melfi. Die Absicht war, dass die Aussperrung Gegensätze zwischen den Belegschaften auslösen könnte. Aber die Unternehmer hatten sich geirrt: Das Udenkbare geschah, und auch die Arbeiter des Werkes selbst traten in den Streik und errichteten Streikposten, um die Auslieferung von Teilen zu verhindern. Innerhalb weniger Tage stellten die anderen FIAT-Werke die Arbeit ein und zeigten damit, wie verwundbar die Form des so genannten Netzwerkunternehmens ist. Die Antwort der Arbeiter war wesentlich spontan und wurde bald von der FIOM²⁵ und der Basisgewerkschaft SLAI-COBAS unterstützt, die bis dahin im Gegensatz zu unternehmerfreundlichen Gewerkschaften in Melfi, die mit allen Mitteln den Kampf zu verhindern versuchten, keinen großen Einfluss hatten. Ende April 2004 griff die Polizei die Streikposten an, um den Zugang einiger Streikbrecher zu ermöglichen. Aber kurz darauf konstituieren sich die Streikposten erneut, nicht zuletzt aufgrund der Solidarität eines kurzen nationalen Gruppenstreiks der Metallarbeiter. An diesem Punkt sah sich FIAT zu Verhandlungen genötigt. Die Forderungen der Arbeiter waren: Abschaffung des „Doppelschlags“ (zwölf aufeinander folgende Nachtschichten, auch für die Frauen); Anpassung an den national ausgehandelten Gruppenlohn; Beendigung der Disziplinarmaßnahmen.

25 FIOM = Federazione Italiana dei Metalmeccanici = italienischer Metallarbeiterverband, Einzelgewerkschaft unter dem Dach der CGIL.

Drei wichtige Aspekte traten, unabhängig von der Frage des Ausgangs²⁶, bei dem Streik in Melfi hervor. Erstens: Die spontane Reaktion stellt einen Ausbruch der Würde dar, nach Jahren, die nicht nur durch die Unterordnung unter die Arbeitsbedingungen gekennzeichnet waren, sondern auch durch die komplette Anpassung an die Rhythmen der Fabrik, einschließlich der benötigten langen Anfahrtszeiten, die das ganze Leben und die sozialen Beziehungen durcheinander bringt. Die Existenz revoltiert – der „rationale“ Mechanismus Erniedrigung/Untergebenheit versagt – und sie tut es in den Formen, die in den letzten Jahren von den Bewegungen vorgegeben wurden, wie zuletzt bei der Mobilisierung in Scanzano, obgleich sich die Streikenden von Melfi diese nicht notwendigerweise bewusst angeeignet haben müssen. Zweitens: Die Arbeit der FIOM, die in den letzten Jahren dauerhaft, wenn auch ohne besondere Höhepunkte, Auseinandersetzungen um den so genannten Vorvertrag organisierte, hat hier Gewicht gehabt. Die FIOM, die stärkste Metallarbeitergewerkschaft Italiens, wird bereits seit einiger Zeit als „vierter Gewerkschaftsdachverband“ bezeichnet. Damit wird ihre Entwicklung charakterisiert. In den letzten Jahren ist die FIOM öfters von dem auf eine Zusammenarbeit mit den Unternehmern ausgerichteten Weg der „Mehrheitsgewerkschaften“ abgewichen. Tatsächlich ist sie die einzige Gewerkschaft, die außerhalb der Welt der Basisinitiativen schnell direkte Kontakte mit den neuen Bewegungen aufgenommen hat. Seit Genua 2001 ist sie an diesen Bewegungen beteiligt. Sie sieht in ihnen eine Ressource und einen zentralen Bündnispartner, mit dem sie der durch die Globalisierung verursachten Zersplitterung der Arbeit entgegenzutreten kann. Gleichzeitig hat sie versucht, Kontakte zu jungen Arbeitern aufzubauen, um dadurch die Frage des Prekariats²⁷ anzugehen und die eigene Praxis der „vertraglich vereinbarten“ Flexibilität kritisch zu diskutieren. Derzeit wird für den Kongress im nächsten Juni (2004) die Ausstiegserklärung aus der Politik der Konzertation²⁸ vorbereitet. Er wurde auch deswegen vorgezogen, um in diesem Sinne Druck auf die CGIL auszuüben.

Zu diesen Schritten wurde die FIOM einerseits durch die Folgen der Globalisierung gezwungen und andererseits durch das Vorgehen der Unternehmer, die separate Tarifverträge mit einzelnen Gewerkschaften abschließen, wodurch die CGIL systematisch in die Isolation getrieben wird. Die konkurrierenden Metallarbeiterverbände FIM und UILM waren die ersten, die bereit waren, solche Verträge in der

26 Als der vorliegende Text verfasst wurde, im Frühjahr 2004, war der Streik noch nicht abgeschlossen.

27 Diese Neuschöpfung ist – dem Begriff Proletariat analog – als zusammenfassende Beschreibung aller Arbeiter, die in prekären Verhältnissen arbeiten, zu verstehen.

28 Die Politik der Konzertation besteht in einer Abstimmung des gewerkschaftlichen Vorgehens mit den politischen Parteien, vom Mechanismus her der „konzertierten Aktion“ in der BRD der 1960er und 1970er Jahre vergleichbar.

Metallbranche abzuschließen.²⁹ Deswegen hat die FIOM einige nationale Metallarbeiterstreiks in Eigenregie organisiert und treibt die Auseinandersetzungen um die „Vorverträge“ voran, um in den Betrieben, in denen die Kräfteverhältnisse es zulassen, das durchzusetzen, was aufgrund des (separaten) nationalen Metallarbeitervertrages nicht erreicht wurde. Dies ist in zweifacher Hinsicht ein interessanter Versuch: zum einen, weil er aus einer nicht auf den Betrieb beschränkten Sicht die Diskussion um den Verlust eines allgemeinen Vertrages, der die neuen industriellen Beziehungen regelt, wieder aufwirft. Zum anderen, weil er Ergebnis einer intensiven Auseinandersetzung mit den Arbeitern darstellt, mit der das Problem der Demokratie entlang von Fragen wie „Wer entscheidet?“, „Wie können sich die Arbeiter Gehör verschaffen?“, „Wie kann der Dissens einer Mehrheit mit Bezug auf von oben erlassene Abkommen wirkungsvoll gemacht werden?“ erneut auf die Tagesordnung gesetzt wird. Diesem Problem sehen sich – in anderen Formen – auch die neuen Bewegungen angesichts der Krise der repräsentativen Demokratie und der Zentralisierung der Entscheidungen gegenüber.

Schluss

Wir schließen diesen schematischen Überblick mit einer Betrachtung des Euromaydays ab, der Straßenparade des Prekariats, die seit 2001 in Mailand das schon ermüdete Defilee der traditionellen Maidemonstration ersetzt und der sich in diesem Jahr einhunderttausend Menschen, überwiegend jüngere Leute, in einer gleichzeitig stattfindenden Demonstration in Barcelona angeschlossen haben. Die ursprüngliche Initiative für den Mayday ging von den „Chain Workers“ aus, einer Gruppe von Medienaktivisten einiger „centri sociali“³⁰ und der Basisgewerkschaft CUB, die im Anschluss an die Bewegung von Seattle und Genua eine Intervention in den großen Distributionsketten der lombardischen Metropole organisierten, in denen völlig entregelte Arbeitsbedingungen, sozusagen ein wildes Prekariat, die Regel

29 Die Metallarbeitergewerkschaften unter dem Dach der CISL und der UIL, die moderate Forderungen stellen, sich auf eine betriebliche Politik beschränken und ganz der abgestimmten Gewerkschaftspolitik folgen.

30 „Centro sociale“ bedeutet wörtlich übersetzt soziales Zentrum. Dabei handelt es sich in aller Regel um große Gebäude oder innerstädtische Anlagen, die, nachdem sie lange leer standen, vor allem in den 1980ern meist von Jugendlichen besetzt und in autonom verwaltete Zentren umgewandelt wurden. Sie bieten von Cafés/Bars über Musik-/Veranstaltungsräume bis hin zu selbstorganisierter Weiterbildung und freien Radios die Möglichkeit, selbstverwaltetes Handeln unter gegenwärtigen kapitalistischen Bedingungen auszuprobieren und sind deswegen oft Angriffen vonseiten der städtischen und der Staatsorgane ausgesetzt.

sind. Ihre Ausgangshypothese ist die zentrale Stellung des Prekariats als neuem sozialen Subjekt, dessen Ausprägung sich in dem von dem Prekariat der entqualifizierten Dienstleistungen (chainworkers) und dem „cognitariato“³¹ der Netzökonomie (brainworkers) gebildeten Paar zeigt. Ein anderer bedeutsamer Einflussfaktor besteht in den Formen der Kommunikation der neuen Bewegungen, die sich auf den Medienaktivismus und das „Subvertising“³² beziehen. Innerhalb weniger Jahre ist der Mayday zur zentralen Einrichtung geworden, mit der sich eine neue Generation von Arbeitern Bekanntheit und Selbstbewusstsein verschafft, die sonst in der Arbeit atomisiert und im Konsum entfremdet ist. Es ist der Versuch, die neuen politischen Aktivistinnen mit der sozialen Realität der „precog“³³-Jugendlichen zu verbinden, jenseits der alten, als unzulänglich empfundenen Formen gewerkschaftlicher Organisation. Nicht zufällig hat diese Initiative, die mit den Jahren zur Vernetzung verschiedener verstreuter Erfahrungen des Aktivismus geführt hat, in Italien eine noch in ihren Anfängen steckende Diskussion über die Notwendigkeit eines garantierten, beschäftigungsunabhängigen Mindesteinkommens (im Unterschied zu einer minimalen Unterstützungsleistung) für alle ausgelöst. Diese Forderung und der Kampf um die Rechte der Prekarisierten gründen sich nicht auf die unwahrscheinliche Annahme einer Rückkehr zu stabiler Beschäftigung. Sie ist unwahrscheinlich und für die an dieser Initiative Beteiligten auch nicht erstrebenswert, denn auf die Ketten der Prekarität lässt sich nicht mit den Ketten der festen Beschäftigung antworten, sondern durch die Etablierung einer neuen Charta der Rechte, die in der Lage ist, die bislang vom Kapital eingesetzte Flexibilität zum Vorteil der sozialen Subjekte zu wenden. Damit überschneidet sich die Forderung nach einem sozialen Mindesteinkommen mit der Frage des Sozialstaates und seiner neoliberalen Umstrukturierung. Und so kehren wir entlang des Fadens des gesellschaftlichen Konflikts zum Eingangsthema zurück. ♦ *Übersetzung: Lars Stubbe*

Bibliografia

1. Teil

AA. Vv., Lo stato sociale in Italia. Rapporto annuale Iridiss-Cnr 2001/2001 a cura di P. Calza Bini, Roma 2001

31 Dem Begriff Proletariat analoge Wortschöpfung, die, abgeleitet aus dem Begriff „cognizione“ (Erkenntnis, Wissen), alle Arbeiter bezeichnet, die, meist unter prekären Bedingungen, mit der Herstellung, Distribution und/oder Verwertung von Wissen beschäftigt sind.

32 Die Nutzung der Symbole und Versprechungen der Werbung („Advertising“) zu subversiven Zwecken.

33 Zusammensetzung aus den beiden oben erklärten Begriffen „precariato“ und „cognitariato“.

- R. Alquati, Società iperindustriale e riproduzione della capacità umana, dattiloscritto 2003
- R. Curcio, L'azienda totale, Dogliani (Cn) 2002
- G. Esping-Andersen, I fondamenti sociali delle economie post-industriali, Bologna 2000. Engl., Gösta Esping-Andersen, Social Foundations of Postindustrial Economies, Oxford 2000.
- A. Fumagalli, Aspetti dell'accumulazione flessibile in Italia, in S. Bologna, A. Fumagalli (a cura di), Il lavoro autonomo di seconda generazione, Milano 1997
- A. Fumagalli, Considerazioni sparse sulla precarizzazione del mondo del lavoro, dattiloscritto apr.2003
- G. Maione, Le merci intelligenti, Milano 2001
- C. Saraceno (a cura di), Commissione di indagine sull'esclusione sociale. Rapporto sulle politiche contro la povertà e l'esclusione sociale 1997-2001, Roma 2002

2. Teil:

- Z. Baumann, La solitudine del cittadino globale, Milano 2000. Deutsch: Zygmunt Baumann, Die Krise der Politik: Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit, Hamburg 2000.
- P. Ceri (a cura di), La democrazia dei movimenti, Rubettino 2003
- DeriveApprodi, Movimenti d'Europa, n. 1 nuova serie, autunno 2002. Texte von DerriveApprodi finden sich in deutscher Sprache auf www.nadir.org/arranca
- DeriveApprodi, In movimento. Stati uniti, Canada, Australia, n. 3 nuova serie, 2003-04.
- Posse, Movimenti costituenti, novembre 2003
- Posse, Nuovi animali politici, giugno 2004
- R. Sciortino, Globalisierung und Gegenwehr. Krise bei Fiat und soziale Bewegungen in Italien, Analyse und Kritik, n.474, giugno 2003

Das schwarz-blaue Experiment: Nachholender Neoliberalismus oder Modell für Europa? Österreich im Jahr 4 der Wende

ROLAND ATZMÜLLER, WIEN

Streiflichter des politischen Klimas in Österreich im EU-Wahlkampf

„Dieser Mensch darf nicht mehr wählen und nicht mehr gewählt werden. (...) Jedem normal sterblichen Kriminellen wird bei einem schweren Verstoß gegen die Verfassung das Wahlrecht entzogen, und Landesverrat ist ein solch schweres Delikt.“

So Jörg Haider über den Spitzenkandidaten der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), Hannes Swoboda, bei einer EU-Wahlkampfveranstaltung der Freiheitlichen Partei Österreich (FPÖ) im Mai 2004. Laut Medienberichten sprach Haider sogar vom „Vaterlandsverräter“ und „Österreich-Feind“ Hannes Swoboda und bezeichnete die SPÖ (wie auch die Grünen) generell als „vaterlandslose Gesellen“.

Dem konservativen Koalitionspartner Österreichische Volkspartei (ÖVP) fiel zu den Äußerungen Haiders nicht mehr ein, als dass es sich um eine „unausgegorene“ Aussage handle, die etwas überzogen sei. Ansonsten schloss sie sich den Forderungen nach einem politischen Tribunal, pardon, einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss gegen Swoboda an. In diesem Ausschuss, der letztlich nicht zustande kam, sollte die Rolle der Sozialdemokraten und der Sozialistischen Internationale im Vorfeld der so genannten EU-Sanktionen gegen die neue österreichische Regierung des Jahres 2000 untersucht werden. Als der EU-Kommissar und ÖVP-Parteigänger Franz Fischler den Ton im österreichischen EU-Wahlkampf kritisierte und den Sozialdemokraten Swoboda explizit in Schutz nahm, wurde ihm aus den Reihen der ÖVP attestiert, dass er solches sagen müsse, da er ja europäisch (und eben nicht mehr österreichisch) zu denken habe. Nach diesem Startschuss Haiders plakatierte die FPÖ bundesweit: „Österreich-Verrat darf sich nicht auszahlen“. Der SPÖ, sichtlich geschockt von den Anwürfen und eilfertig darauf bedacht, bloß nicht als „vaterlandslose Gesellen“ dazustehen, fiel nichts Besseres ein, als den Patriotismus des verdienten Abgeordneten Swoboda und dessen permanenten Einsatz für Österreich hervorstreichend. Es dauerte mehr als zwei Tage, bis SPÖ-Parteichef Alfred Gusenbauer den antidemokratischen und autoritären Charakter der FPÖ-Kampagne angriff. Die von Haider eingebrachten Anwürfe und Drohungen waren

übrigens nicht neu. Schon zur Zeit der so genannten Sanktionen im Jahr 2000 hatte er überlegt, „Vaterlandsverräter“ mit Gefängnisstrafen zu belegen – ein Vorschlag, der damals von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und Justizminister Böhmendorfer, beide FPÖ, für überlegenswert befunden wurde.

Einleitung

Die Debatten des EU-Wahlkampfes können als Illustration der Tatsache dienen, dass die international als „Normalisierung“ wahrgenommene Zurückdrängung der FPÖ nach den Neuwahlen des November 2002 mehr als relativ ist. Meines Erachtens ist – ganz im Gegenteil – eine nachhaltige Verschiebung des hegemonialen Diskurses in Österreich zu konstatieren, in der der FPÖ die Rolle eines „Katalysators“ zukommt.

Bei den Neuwahlen im November 2002 war es der ÖVP zum ersten Mal seit 1966 gelungen, stimmenstärkste Partei zu werden. Ihr Stimmenanteil war um 15 Prozent auf 42,3 Prozent gestiegen. Die FPÖ hingegen verlor bei diesen Wahlen massiv und erreichte etwas mehr als 10 Prozent (–16 Prozent). Nach langen Sondierungsgesprächen mit allen im Parlament vertretenen Parteien und nach dem Scheitern der Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ und den Grünen beschlossen ÖVP und FPÖ aufgrund „wesentlicher programmatischer Übereinstimmungen“ im Februar 2003 eine Fortsetzung der Koalition. Anders als im Februar 2000 löste die Neuaufgabe ihrer Koalition unmittelbar kaum Proteste aus. Wie die Entwicklungen in den folgenden Monaten gezeigt haben, konnte die Fortführung der Koalition den rasanten Absturz der FPÖ (mit der Ausnahme Kärntens, wo Jörg Haider 2004 als Landeshauptmann bestätigt wurde) jedoch nicht stoppen.

Angesichts der fortgesetzten Instabilität der Regierungskoalition und des verschobenen Kräfteverhältnisses zwischen ÖVP und FPÖ stellt sich die politische Situation seit 2003 anders dar als in den ersten Jahren der schwarz-blauen Koalition. Paradoxerweise scheint es gerade der Niedergang der FPÖ zu sein, der die Durchsetzung und Stabilisierung einer neuen konservativen Hegemonie befördert, die sich um eine wieder erstarkte ÖVP verdichtet. In diesem Prozess kommt der FPÖ eine zentrale Rolle als Katalysator zu, deren rechtspopulistischen, an faschistische Propaganda erinnernden Mobilisierungsstrategien den Boden für eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse vorbereiten. Gewissermaßen in Opposition zum betriebswirtschaftlichen Technokratismus der neoliberalen Reformen und als selbsternanntes soziales Gewissen der Regierung versucht die FPÖ – in der Regel in der Person Jörg Haiders –, geplante Maßnahmen so zu gestalten, dass die angeblichen ökonomischen Sachzwänge, die aus der Budgetkonsolidierung oder

der Pensionskrise resultieren, mit autoritären und rassistischen Ressentiments des „kleinen Manns auf der Straße“ verknüpfbar werden. Auf diese Weise werden die gesellschaftliche Akzeptanz und Konformität der neoliberalen wirtschaftspolitischen Vorgaben gesichert und Teile der subalternen Gruppen – die so genannten „Fleißigen und Anständigen“ – an den neu entstehenden konservativen hegemonialen Block gebunden. Der Mobilisierung rassistischer, autoritärer und anti-intellektueller Ressentiments gegen sozial Randständige, MigrantInnen, Homosexuelle, kritische KünstlerInnen etc. kommt hier eine Schlüsselrolle zu. Meines Erachtens wäre es daher voreilig, das schwarz-blaue Experiment der ‚Normalität‘ neoliberaler und neokonservativer Regime Europas zuzuordnen. Angesichts der Bedeutung der FPÖ für die Verschiebung der hegemonialen Verhältnisse und der Radikalisierung des Neoliberalismus und Neokonservatismus in Österreich kann die Regierungskoalition nicht einfach als politische Formation betrachtet werden, die die neoliberalen „Reformen“ nachholt, die in anderen westeuropäischen Ländern in den 1980er und 1990er Jahren stattgefunden haben. Vielmehr könnte es sich um ein mögliches Modell für europäische Staaten handeln, in denen es in den letzten Jahren ebenfalls zu massiven rechten Mobilisierungen und wahlpolitischen Erfolgen radikal rechter Parteien gekommen ist.

In vorliegendem Beitrag werde ich wesentliche Dimensionen des schwarz-blauen Experiments analysieren. Meines Erachtens kann die Durchsetzung dieses Regierungsprojektes nur mit Blick auf die hegemonialen Auseinandersetzungen und sozialen Kämpfe in Österreich seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verstanden werden, die schließlich zum Ende der Großen Koalition (aus SPÖ und ÖVP) und zur ÖVP-FPÖ-Koalition im Februar 2000 geführt haben. Im ersten Abschnitt werde ich zeigen, dass sich die Hegemoniekämpfe nicht nur zwischen der bürgerlichen Rechten aus ÖVP und FPÖ und den mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Institutionen des Kapitals und der Kirche auf der einen und den sozialdemokratischen und grünen Mitte-Links-Parteien und den mit ihnen (mehr oder wenig eng) verbundenen Gewerkschaften und zivilgesellschaftlichen Organisationen auf der anderen Seite entfalteten. Vielmehr möchte ich hervorstreichen, dass der Kampf um Hegemonie zwischen der ÖVP und einer rasant wachsenden FPÖ ausgetragen wurde. Im zweiten Abschnitt werde ich sozialpolitische Maßnahmen der schwarz-blauen Regierung vorstellen, die sich seit den Wahlen 2002 radikalisiert haben. Im Umbau der sozialen Sicherungssysteme verknüpft die Regierung neoliberale und rechtskonservative Vorstellungen zur Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik mit einer entsprechenden Frauen- und Familienpolitik, die durch den rassistischen und autoritären Charakter der FPÖ eine besondere Dimension erhalten. Im abschließenden dritten Teil werde ich zeigen, dass die Entfaltung des schwarz-blauen Projektes

nicht von der Dynamik der sozialen Kämpfe und Protestbewegungen zu trennen ist, mit denen die Regierung seit 2000 konfrontiert war. In diesem Kontext wird erneut deutlich werden, dass es der Regierung nicht nur um einzelne konservative Maßnahmen zur Verschlinkung der sozialen Sicherungssysteme geht. Vielmehr stellt ihre Politik auch einen frontalen Angriff auf die Organisationen der ArbeiterInnenbewegung und ihre gesellschaftliche Position dar, die als Sozialpartnerschaft diskursiv gefasst und in den sozialen Sicherungssystemen institutionalisiert war. Sie ist darüber hinaus als konservative Antwort auf gesellschaftliche Dynamiken und soziale Kämpfe zu sehen, die von den Protestbewegungen seit Ende der 1960er Jahre, aber auch durch die sozialdemokratischen Reformbestrebungen in den 1970er Jahren ausgelöst wurden (Krise der traditionellen Kleinfamilie, Bildungsexplosion, Emanzipationsbestrebungen von Frauen, sexuelle Liberalisierung, Ausbau sozialer Sicherungssysteme etc.). Aufgrund des Zusammenhangs dieser Maßnahmen mit den sozialpolitischen Abbau- und Restrukturierungsmaßnahmen wird offensichtlich, dass das schwarz-blaue Regierungsprojekt den fordistischen Klassenkompromiss in Österreich zur Disposition stellt.

1. Vorgeschichte

Die ÖVP hat Ende 2002 nicht nur die Nationalratswahlen gewonnen, sondern konnte damit auch die Auseinandersetzung um die hegemoniale Führung im bürgerlichen Lager, die sich seit 1986 – als Jörg Haider die Parteiführung der FPÖ übernahm – entwickelt hatte, zumindest vorläufig für sich entscheiden. In den hegemonialen Kämpfen zwischen ÖVP und FPÖ wurde das Verhältnis des bürgerlichen Lagers zum Klassenkompromiss in Österreich neu bestimmt. Diese können daher nicht von den sozialen Kämpfen um die Durchsetzung emanzipatorischer Bedürfnisse in den alltäglichen Lebensverhältnissen der Menschen getrennt werden.

Der Kampf um Hegemonie zwischen den bürgerlichen Parteien begann, als es der ÖVP 1986 nicht gelungen war, die Sozialdemokratie an der Staatsspitze abzulösen und nach deutschem Vorbild eine „Wende“ durchzusetzen. Da die SPÖ ihren Reformanspruch weitgehend aufgegeben hatte und die ÖVP immer über eine alternative Koalitionsmöglichkeit (mit der FPÖ) verfügte, konnte letztere zwar die Politik der Großen Koalition weitgehend bestimmen. In den Auseinandersetzungen um eine ideologische Rekonstituierung der bürgerlichen, konservativen und rechten Kräfte, die damals noch von der ÖVP dominiert waren, erwuchs ihr jedoch mit der FPÖ unter Jörg Haider in den Folgejahren ein starker Gegner. Der Bruch des bürgerlichen Lagers mit dem nach 1945 geschlossenen sozialen Kompromiss hatte schon in den Jahren davor begonnen und kristallisierte sich in Kampagnen gegen

den „verschwenderischen Wohlfahrtsstaat“, die „Schuldenpolitik“ und die verstaatlichte Industrie sowie in den Angriffen auf „SozialschmarotzerInnen“, auf die Gewerkschaften und auf gesellschaftliche Liberalisierungen. Diese wurden zur Ursache von Drogensucht, Zerfall der Familie und Kriminalität hochstilisiert. Ein weiteres wesentliches Moment waren die Kulturkämpfe dieser Jahre (etwa gegen Georg Tabori oder Thomas Bernhard). In diesen nicht zuletzt von den Boulevardmedien getragenen Diskursen artikulierte sich eine zunehmend radikalisierte Gegnerschaft eines wachsenden Teils der Bevölkerung zu den gesellschaftlichen Dynamiken, die durch die gesellschaftlichen Veränderungen der 1970er Jahre bewirkt worden waren und die sie als Angriff auf ihre Machtpositionen in der patriarchalen und rassistischen Ordnung der Gesellschaft auffassten. Die Auseinandersetzungen um die Wahl Kurt Waldheims zum Bundespräsidenten 1986 trugen zu einer weiteren Dynamisierung des gesellschaftlichen Rechtsrucks bei. Bei dieser Wahl wurde nicht nur zum ersten Mal seit 1945 ein ÖVP-Kandidat Bundespräsident. Damit wurde vielmehr auch von einer Mehrheit der Bevölkerung das offizielle antifaschistische Selbstverständnis der Zweiten Republik offen in Frage gestellt. Man wollte sich nicht nur nicht erinnern, sondern wählte „Jetzt erst recht“, wen man wollte.

Schon nach den Wahlen 1986 wäre eine ÖVP-FPÖ-Koalition aufgrund des Mandatsstandes möglich gewesen. Insbesondere ihr Wirtschaftsflügel zwang die ÖVP jedoch in eine Große Koalition, um nicht gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften den EU-Beitritt durchsetzen zu müssen. Das ließ nach dem EU-Beitritt 1995 das Ende dieser Regierungsform absehbar werden. Da es 1986 nicht gelungen war, die SPÖ von der Staatsspitze zu stoßen und eine „Wende“ auf der symbolischen Ebene durchzusetzen, blieb das Ziel eines wachsenden Teils des rechten Lagers unerreicht: der Bruch mit der Nachkriegsordnung. Das konsensorientierte Politikverständnis der Zweiten Republik blieb im Wesentlichen erhalten. Die Politik des (langsamen) Sozialabbaus und der Budgetkonsolidierung, die 1986 begann und mit der so genannte Austrokeynesianismus endgültig zu Grabe getragen wurde, musste auf Basis von Kompromissen mit den Sozialpartnern (also den Gewerkschaften) umgesetzt werden. Daher war es notwendig, für eine Rekonstituierung der rechten Hegemonie über die neoliberale Kritik des Wohlfahrtsstaates, der Staatsdefizite und der verstaatlichten Industrie hinauszugehen und das antifaschistische Selbstverständnis der Zweiten Republik¹ ins Visier zu nehmen. Jörg Haider versuchte dies ab 1986 mit dem Projekt der Dritten Republik und der perma-

1 Dieses antifaschistische Selbstverständnis war angesichts der Betrachtung Österreichs als erstes Opfer Nazideutschlands, personeller und politischer Kontinuitäten auf allen gesellschaftlichen Ebenen, verschleppter Aufarbeitung und verzögerter Entschädigung ohnehin extrem begrenzt und problematisch.

zenten rassistischen Mobilisierung. Die Ablehnung der sozialpartnerschaftlichen, wohlfahrtsstaatlichen Regulation des österreichischen Kapitalismus durch einen wachsenden Teil der Bevölkerung (anfänglich insbesondere aus dem konservativen Lager) liegt daher dem rasanten Aufstieg der Haider-FPÖ, der bis in die frühen 1990er Jahre vor allem auf Kosten der ÖVP ging (–10% bei den Wahlen 1990), ursächlich zugrunde. Insbesondere die Mobilisierung des gesellschaftlichen Rassismus, der bis weit in die SPÖ hineinreicht und von den sozialdemokratischen Innenministern Schlögl und Löschnak massiv befördert wurde, trug zur ideologischen Radikalisierung der rechten Kräfte in den 1990ern bei. So entstand mit dem Wachstum der FPÖ eine hegemoniale Konkurrenz zur ÖVP, die schließlich drauf und dran war, die Konservativen zu überholen. Sofern die ÖVP nicht ihren Führungsanspruch auf Dauer aufgeben wollte, hatte sie nach den Wahlen 1999 nur noch die Möglichkeit, mit der Großen Koalition zu brechen, den gesellschaftlichen Kompromiss nach 1945 zur Disposition zu stellen und die offene Auseinandersetzung um die hegemoniale Führung Österreichs mit der FPÖ in Form der schwarz-blauen Koalition zu suchen. Das Koalitionsangebot der ÖVP wurde von der FPÖ liebend gern angenommen, obwohl die ÖVP, indirekt gestützt von den nationalen wie internationalen Protesten, Jörg Haiders Eintritt in die Regierung verhindern konnte. Offenkundig hatte die FPÖ, der aufgrund ihres Charakters als autoritäre Führerpartei ein tiefes Verständnis von politischen Machtverhältnissen unter bürgerlich-demokratischen Bedingungen abgeht, die seit Jahren im Niedergang befindliche ÖVP und ihre Machtposition in der österreichischen Gesellschaft massiv unterschätzt. Obwohl nämlich, um Antonio Gramsci (ders. 1991ff.) zu paraphrasieren, die ÖVP in den 1990er Jahren wankte, stellt ihre Parlamentsfraktion doch nur einen „vorgeschobenen Schützengraben“ dar, hinter welchem sich – trotz sinkender Wählerzahlen – eine „robuste Kette von Festungen und Kasematten“ befand. Auf parlamentarischer Ebene konnte die ÖVP 1999 zwar lediglich noch 20 Prozent aller Wahlberechtigten hinter sich vereinigen, wodurch sie nur noch drittstärkste Kraft wurde. Zugleich blieb sie aber die Partei der Bürgermeister, Bezirkshauptmänner und Landeshauptleute, die weiterhin die Interessensorganisationen der Wirtschaft dominierte, die Kirche und viele Medien hinter sich wusste und ihre VertreterInnen in vielen Institutionen der Gesellschaft im Proporz mit der Sozialdemokratie installiert hatte.

Um sich aus der hegemonialen Krise zu befreien, musste die ÖVP mit dem letzten verbliebenen Rest sozialdemokratischer Hegemonie brechen, nämlich der Ausgrenzung der FPÖ unter Jörg Haider. Indem sie der FPÖ eine Koalition anbot, konnte sie die Sozialdemokratie als führende Partei in der Regierung und in weiterer Folge als stimmenstärkste Fraktion ablösen. Durch das Ende der Ausgrenzung ist

es ihr letztlich gelungen, die Herausforderung durch die FPÖ abzuwehren. Mit der Entscheidung für eine Koalition mit der FPÖ stellte die ÖVP-Spitze – auch gegen Widerstände in der eigenen Partei – ihr machtpolitisches Interesse über den antifaschistischen Konsens der Zweiten Republik. Das potentielle Wachstum der FPÖ hatte zwar 1999 vermutlich noch nicht den Plafond erreicht, eine absolute Mehrheit dieser Partei war aber noch lange nicht absehbar, so dass die FPÖ durch andere Koalitionen weiterhin von der Regierung hätte ferngehalten werden können.

2. Das schwarz-blaue Regierungsprojekt

Der Antritt der Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ wurde in der öffentlichen Debatte als massiver Bruch im österreichischen politischen System verstanden, für den der Begriff „Wende“ durchgesetzt wurde. Die neue Regierung trat im Februar 2000 mit der Drohung an, „Österreich neu regieren“ zu wollen, also endlich den „Schutt“ 30-jähriger „Verschwendungspolitik“ beiseite zu räumen. Das Ressentiment, für „alle zahlen zu müssen“, für „SozialschmarotzerInnen, Drogensüchtige, Kriminelle, geschiedene Ehefrauen, StudentInnen und Scheinasylanten“, die „nichts arbeiten wollen“, für „Gewerkschaftsbonzen und korrupte Politiker“ und natürlich für die „nie Ruhe gebenden Juden“, stellt den zentralen „ideologischen Kitt“ der rechtskonservativen Koalition dar. Daher kommt dem so genannten Nulldefizit und dem Bruch mit „30 Jahren (sozialdemokratischer) Schuldenpolitik“ eine zentrale Rolle für den stets prekären Zusammenhalt der neuen Regierung zu, was besonders im Wahlkampf 2002 sichtbar wurde. Der ÖVP gelang es in diesem Diskurs, sich so zu präsentieren, als wäre sie nicht seit 1986 an der Regierung beteiligt gewesen.

Die ideologische Fundierung der rechten Koalition macht deutlich, dass die sozialen Sicherungssysteme und ihre Finanzierung zentrale Kampffelder sind, in denen über die gesellschaftliche Organisation und Anerkennung bezahlter und unbezahlter Arbeit ebenso entschieden wird wie über die Frage, wie viel Leben jenseits des patriarchalen Kapitalismus möglich ist. Es liegt in der Dialektik des Sozialstaates, dass er auch zur Arena der Kämpfe um Rassismus und Sexismus wird. Gerade in den sozialpolitischen Einrichtungen und den dafür zur Verfügung gestellten Ressourcen drücken sich einerseits Kämpfe von Lohnabhängigen, Frauen und MigrantInnen aus, sich den Zwängen kapitalistischer Verwertung und patriarchaler Familienstrukturen zumindest partiell entziehen zu können, um in bürgerlichen Gesellschaften überleben zu können. Andererseits dienen diese Institutionen jedoch auch der Einhegung und Regulation der sozialen Kämpfe, wodurch die Reproduktion der Herrschaftsverhältnisse in bürgerlichen Gesellschaften gesichert wird.

Daher eröffnen die sozialen Sicherungssysteme Räume, in denen um das Recht auf materielle Versorgung und individuelle sowie kollektive Autonomiegewinne (Vobruba 1991) jenseits von Zwangsvergemeinschaftungen und konformistischen Lebensweisen etc. gekämpft wird. Sie können dies jedoch aufgrund ihres bürokratisch-etatistischen Charakters und ihrer Verknüpfung mit kapitalistischer und patriarchaler Vergesellschaftung nicht einlösen und tragen zur Kanalisierung und Einhegung der sozialen Kämpfe bei, ja sind selbst Elemente der rassistischen und sexistischen Strukturierung kapitalistischer Gesellschaften.² Die rassistische Propaganda der FPÖ, die immer wieder die „Fleißigen und Anständigen“ gegen so genannte SozialschmarotzerInnen und AusländerInnen, die von „unseren Steuergeldern leben“ und „uns auf der Tasche liegen“, in Stellung bringt, macht den Zusammenhang zwischen sozialer Sicherung und den gesellschaftlichen Kämpfen gegen Rassismus und Sexismus deutlich.

Die Regierung ließ von Anfang an erkennen, dass sie durch einen fundamentalen Angriff auf die Lebensverhältnisse und Reproduktionsbedingungen von Lohnabhängigen, Frauen und MigrantInnen eine grundlegende Reorganisation der Herrschaftsverhältnisse in Österreich durchsetzen will. D.h. es geht ihr darum, die traditionelle Regulation des österreichischen Kapitalismus in der österreichischen Form der Sozialpartnerschaft, der sozialen Sicherungssysteme und in einer auf antizyklische Maßnahmen orientierten Budgetpolitik zur Disposition zu stellen.

In der dünnen, eindimensionalen Sprache der Regierungspolitik des Jahres 2000 klang das so: „Der Sozialstaat (muss) sich ... immer wieder an neue Herausforderungen anpassen und ständig die Treffsicherheit, die Angemessenheit, die Zielgenauigkeit und die Missbrauchssicherheit der einzelnen Elemente des Sozialstaats überprüfen und korrigieren.“ Es geht der Regierung daher nicht nur um einen Umbau der sozialen Sicherungssysteme, sondern auch um eine ideologische Neudefinition des Klassenkompromisses in Österreich nach 1945, die sich etwa in Begriffen wie „soziale Gerechtigkeit“, „Solidarität“ etc. verdichtet hatte.

Es wäre jedoch verkürzt, davon auszugehen, dass die schwarz-blaue Regierung den Sozialstaat einfach rückbauen will. Vielmehr soll durch die Restrukturierung der sozialen Sicherung die Dynamik der Kapitalverwertung in Österreich gestützt und gleichzeitig der gesellschaftliche Zusammenhalt unter konservativen und autoritären Vorzeichen (Förderung patriarchaler Familienstrukturen, Arbeitsethos etc.) gegen die oben genannten gesellschaftlichen Dynamiken neu begründet werden.

2 In Österreich wird dies paradigmatisch an der Rolle der Sozialpartner, also nicht zuletzt der Gewerkschaften, in der Kontrolle des Zugangs von MigrantInnen zum österreichischen Arbeitsmarkt deutlich (Wollner, 2003).

Von der schwarz-blauen Regierung beauftragte ExpertInnen hoben in ihren Expertisen immer wieder hervor, dass die sozialen Sicherungssysteme nicht mehr wie eine „Gießkanne“ allen zur Verfügung gestellt werden könnten. Dies sei nicht mehr leistbar und führe zu Überversorgung und Ungerechtigkeiten. Die Einschränkung sozialer Transferleistungen wurde daher mit den Schlagworten „Treffsicherheit“ und „Zielgenauigkeit“ unterfüttert. Öffentliche Sozialleistungen sollen nur noch jenen zur Verfügung gestellt werden, die sie „wirklich benötigen“ (Talos 2001, Stelzer-Orthofer 2001), hierzu werden z.B. Menschen mit Behinderung gezählt. Zugleich werden sie wieder verstärkt an Verhaltensweisen, die als gesellschaftlich wertvoll gelten (Mutterschaft, Schwerarbeit), gekoppelt. Alle sollen auf den Kapitalmärkten und durch Selbstbeteiligung an Gesundheits- und Bildungsausgaben für sich selbst und ihre Familien sorgen. Es darf in dieser Logik kein Recht geben, in irgendeiner Form Geld dafür zu erhalten, sich der Arbeits- und Familienpflicht zu entziehen. Individuelle und kollektive Lebensentwürfe jenseits von Lohnarbeit und Familienzwang, Formen gesellschaftlicher Solidarität und Emanzipation, die über die kapitalistische Vergesellschaftung hinausweisen und die in verschiedenen Dynamiken (etwa in der so genannten Pensionskrise, aber auch in der Bildungsexpansion etc.) der sozialen Sicherungssysteme erkennbar wurden, werden durch eine Unterordnung dieser Systeme unter die Imperative des Wettbewerbs und der kapitalistischen Verwertung bzw. rechter Vergemeinschaftungsvorstellungen verunmöglicht oder zumindest massiv erschwert. Im Folgenden werde ich dies an zentralen Eckpunkten des schwarz-blauen Regierungsprojektes verdeutlichen und mich auf die Budget-, Arbeitsmarkt- und Familienpolitik sowie auf die Reform der Pensionssysteme konzentrieren.

Das Null-Defizit, Steuerreform und die Reduktion der Steuerquote bis 2010 auf 40 %

Die Frage der Finanzgebarung des Staates und des Budgetdefizits ist ein zentrales ideologisches Dispositiv des schwarz-blauen Projektes, wie Kanzler Schüssel in seiner zweiten Regierungserklärung noch einmal betonte. Der schwarz-blauen Regierung gelang es im Jahr 2001³, das staatliche Defizit auf Null zu reduzieren, was wesentlich zur Beliebtheit des Finanzministers Karl Heinz Grasser (damals FPÖ) und zum Wahlsieg der ÖVP 2002 beitrug. Das Null-Defizit und die (vorübergehende) Sanierung des Staatshaushaltes erreichte die Regierung u.a. durch die Entnahme von 2,3 Milliarden Euro aus den Rücklagen der Arbeitslosenversicherung (während

3 Nach diesem symbolisch extrem wichtigen „Erfolg“ akzeptierte die Regierung in den Folgejahren sehr wohl wieder Budgetdefizite – nicht zuletzt um die Steuerreform 2004/5 zu finanzieren.

gleichzeitig das Arbeitslosentgelt reduziert, die Zugangsbeschränkungen verschärft und weniger Gelder für aktive Arbeitsmarktpolitik zu Verfügung gestellt wurden, s.u.). Die restriktive Budgetpolitik wurde also mit den Beiträgen der Lohnabhängigen, die diese an die Arbeitslosenversicherung leiste(te)n, um ihr Risiko von Arbeitslosigkeit im Kapitalismus zu reduzieren, finanziert. Die Regierung erhöhte weiter eine Reihe von indirekten Steuern (etwa auf Strom und Gas) und Gebühren (z.B. KfZ-Steuer) (Bundeskammer 2004). Diese Belastungen treffen Lohnabhängige und insbesondere NiedriglohnbezieherInnen, die einen weitaus größeren Teil ihres Einkommens unmittelbar in den Konsum stecken müssen, stärker als bspw. Unternehmen. Auch die Senkung so genannter Lohnnebenkosten, die den Faktor Arbeit verbilligen soll, zeigt, dass die Regierung über das Budget Gesellschaftspolitik zugunsten des Kapitals macht. Für 2004/5 hat die Regierung eine Steuerentlastung, die „alle spüren sollen“, beschlossen. Sie soll einen weiteren Wahlsieg 2006 vorbereiten. Berechnungen der Arbeiterkammer haben ergeben, dass die bisherigen Belastungen durch die angekündigte Senkung der Lohnsteuern nicht ausgeglichen werden (Bundeskammer 2004).⁴ Die Entlastung für die Unternehmen (Senkung der Körperschaftssteuer) fällt darüber hinaus mehr als doppelt so hoch aus als die der abhängig Beschäftigten.

Die Regierung fördert in ihrer Budget- und Steuerpolitik aber nicht nur die Interessen des Kapitals, sondern verfolgt auch konservative gesellschaftspolitische Zielsetzungen. So wurde in der Steuerreform der so genannte Alleinverdienerabsetzbetrag (steuerliche Abschreibungsmöglichkeit für Familien, in denen nur ein Partner einer Lohnarbeit nachgeht) je nach Zahl der Kinder massiv erhöht und die jährliche Zuverdienstgrenze (für EhepartnerInnen) auf 6 000 Euro angehoben. Durch diese Maßnahme werden traditionelle patriarchale Familienformen gefördert und gleichzeitig Frauen als industrielle Reservearmee (Zuverdienerinnen) für den Arbeitsmarkt verfügbar gemacht. Insgesamt haben die budget- und steuerpolitischen Maßnahmen seit 2000 zu einer Reduktion der realen Einkommen der Lohnabhängigen und zu einer massiven Umverteilung zugunsten des Kapitals geführt.

Arbeitsmarktpolitik

Es gehörte zu den ersten Maßnahmen der Regierung, das Arbeitslosentgelt und diverse Zuschläge durch eine Veränderung des Berechnungsmodus und restriktivere

4 Der letzte vom Rechnungshof veröffentlichte Einkommensbericht hat darüber hinaus gezeigt, dass mit Ausnahme der BeamtInnen seit 2000 alle Schichten der Lohnabhängigen zum Teil massive reale Einkommensverluste hinnehmen mussten (Arbeiterinnen: -11%, männliche Angestellte: -6%)

Zugangsbeschränkungen zu reduzieren (z.B. Erhöhung der notwendigen Versicherungsdauer für einen erneuten Leistungsanspruch von 26 auf 28 Wochen), was einen massiven Einkommensverlust Arbeitsloser bewirkte. Dem neoliberalen Credo folgend, argumentiert die Regierung, dass die Arbeitsmarktprobleme in Österreich in der Höhe der Arbeitskosten begründet sind. Daher wurde den Unternehmen eine Reihe von Lohnnebenkostensenkungen und Abschlägen bei der Sozialversicherung geboten, um durch Reduktion der Lohnkosten die Beschäftigungsmöglichkeiten bestimmter Gruppen von Arbeitskräften zu verbessern (insbesondere Jugendlicher und älterer ArbeitnehmerInnen). Arbeitslose werden außerdem einem zunehmend repressiven System der Aktivierung unterworfen. In diesem ‚workfaristischen‘ System geht es immer weniger um eine adäquate Requalifizierung der Lohnabhängigen, wie etwa die massive Reduktion der Förderung von Ausbildungsplätzen für Jugendliche, die keine Lehrstellen finden können, oder die Abschaffung des Weiterbildungsgeldes nach der Elternkarenz zeigen. Es geht darum, die Menschen zu zwingen, möglichst jede Arbeit zu jedem Lohn anzunehmen (Dimmel 2000). Da die Regierung ja massiv Geld aus der Arbeitslosenversicherung abgeschöpft hat, sind für innovative, auf die Bedürfnisse Arbeitssuchender eingehende Arbeitsmarktpolitik die Ressourcen nicht mehr vorhanden. Das neoliberale Ziel einer Senkung der Lohnkosten wird mit autoritären Vorstellungen zum Arbeitsethos und seiner Durchsetzung verknüpft. Auch die (materielle wie kulturelle) Integration in die Gesellschaft wird wieder ausschließlich an die Bereitschaft zur (Lohn-)arbeit gebunden. Die Maßnahmen der Regierung haben zu einer überdurchschnittlichen Erhöhung der Arbeitslosigkeit bei unter 24 Jahre jungen und – im Kontext der „Pensionsversicherungsreformen“ (s.u.) – bei über 50 Jahre alten Arbeitskräften geführt.

Kinderbetreuungsgeld

Herzstück der schwarz-blauen Familien- und Frauenpolitik ist die Einführung des so genannten Kinderbetreuungsgeldes, welches im Wahlkampf 1999 von der FPÖ massiv propagiert worden war und 2002 eingeführt wurde. Das Kinderbetreuungsgeld hat das bisherige Karenzgeld ersetzt, das eine an Erwerbstätigkeit gebundene Lohnersatzleistung im Rahmen der Sozialversicherung war (Mairhuber 2002). Der Bezug dieser Unterstützung wurde auch auf Eltern (vor allem Mütter) ausgedehnt, die bislang keinen Anspruch auf Karenzgeld hatten. Die Finanzierung erfolgt weiterhin aus dem Familienlastenausgleichsfonds, der – vergleichbar der Sozialversicherung – aus den Beiträgen der Lohnabhängigen finanziert wird. Der Anspruch auf Kinderbetreuungsgeld beträgt 30 Monate (Kündigungsschutz für 24 Monate) und kann um weitere sechs Monate ausgedehnt werden, wenn der andere Elternteil

(also in der Regel der Vater) ebenfalls Elternurlaub beansprucht. Die Höhe des Kinderbetreuungsgeldes beträgt etwa 440 Euro. KindergeldbezieherInnen haben die Möglichkeit, jährlich bis zu 14 500 Euro dazu zu verdienen. Die Regierung begründete die Einführung des Kindergeldes damit, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden und Frauen eine „echte“ Wahlmöglichkeit zwischen Beruf und Familie erhalten sollen. Gleichzeitig wurden die Gelder für den Ausbau der Kinderbetreuungseinrichtungen massiv gekürzt. Damit fördert die Regierung de facto die patriarchale Kleinfamilie. Eine gleichwertige Integration von Frauen in den Erwerbsprozess wird verhindert. Durch die Zuverdienstgrenze werden Frauen daher als flexible Reservearmee am Arbeitsmarkt konstituiert.

„Pensionssicherungsreformen“

Die „Reform“ des österreichischen Pensionssystems ist einer der wichtigsten Eckpfeiler des schwarz-blauen Regierungsprojektes, an dem sich daher auch große soziale Kämpfe der letzten Jahre entzündeten. Schon vor den Neuwahlen 2002 hob die Regierung das Frühpensionsalter⁵ um anderthalb Jahre an und erhöhte die damit verbundenen Abschläge auf drei Prozent pro Jahr. Abgeschafft wurde auch die vorzeitige Alterspension wegen geminderter Arbeitsfähigkeit, die vor allem von ArbeiterInnen mit gesundheitlichen Problemen in Anspruch genommen worden war. Gekürzt wurden auch die Witwen- sowie Invaliditäts- und Berufsunfähigkeitspensionen. Einen weitaus umfassenderen Angriff auf das österreichische Pensionssystem setzte die Regierung unmittelbar nach ihrer Wiederwahl im Frühling 2003 um, was zu großen Streiks führte. Mit der so genannten „Pensionssicherungsreform“ wird die Frühpension bis 2009 abgeschafft. Konnten Lohnabhängige bisher nach 40 Jahren Versicherungsdauer eine Pensionshöhe von 80 Prozent erreichen, so beträgt dieser Wert nach der Reform etwas mehr als 71 Prozent (80 Prozent können erst nach 45 Beitragsjahren erreicht werden). Außerdem wurde der Durchrechnungszeitraum zur Berechnung der Pensionshöhe von den 15 besten auf 40 Beitragsjahre erhöht. Die neue Berechnungsformen führen daher zu einer wesentlichen Absenkung des Pensionsniveaus in den nächsten Jahrzehnten – insbesondere natürlich für Lohnabhängige, die längere Zeit arbeitslos waren, Kinderbetreuungspflichten wahrnahmen oder lange Zeit prekären/atypischen Beschäftigungsverhältnissen nachgingen. Nach

5 Das österreichische Rentensystem sieht die Möglichkeit vor, dass Erwerbstätige bei ausreichender Versicherungsdauer vor Erreichen des 65. (Männer) bzw. 60. Lebensjahres aus dem Erwerbsleben ausscheiden können. Dies wurde bis weit in die 1990er Jahre von Unternehmen und Politik eingesetzt, um ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit zu verhindern.

den von den Gewerkschaften organisierten Streiks wurden die durch diese Reform zu erwartenden Verluste im Vergleich zum bisherigen System für heute über 35-Jährige auf zehn Prozent begrenzt. Berechnungen der Arbeiterkammer ergaben, dass der Gesamtverlust für diese Altersgruppe trotzdem etwa anderthalb Monatspensionen beträgt. Für heute unter 35-Jährige droht ein Einkommensverlust im Alter von bis zu 50 Prozent. Parallel zu diesen Kürzungen im umlagefinanzierten, kollektiven Pensionssystem wurden Schritte der Durchkapitalisierung der Altersversorgung gesetzt. Dazu gehören die auf Ebene der Sozialpartner ausgehandelte Einführung der so genannten „Abfertigung Neu“⁶ sowie die steuerliche Förderung privater Pensionsvorsorge, die zum Aufbau einer zweiten und dritten Säule im Pensionssystem beitragen sollen. Durch die Umstellung auf Kapitaldeckung sollen diese Ressourcen von den Lohnabhängigen auf dem Kapitalmarkt (Pensionsfonds) investiert werden. Pensionsleistungen werden daher später aus individuellen Vorsorgeleistungen finanziert und nicht mehr an die Löhne, sondern an die Profitabilität der den individuellen Fonds zugrundeliegenden Aktienpakete gekoppelt sein. Dass diese individuelle Vorsorge Illusion ist, da zukünftige PensionistInnen ihre Fonds stets nur zu den jeweils gegebenen ökonomischen Werten realisieren können, ist eine Sache. Eine andere ist, dass die Reproduktion der Lohnabhängigen (halbwegs menschenwürdiges Überleben im Alter) an die Profitabilität kapitalistischer Akkumulation gebunden wird. Damit wird der Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital in die Lohnabhängigen selbst verpflanzt. Diese sollen gezwungen werden, Löhne nicht als Nachfrage, sondern als Kostenfaktor im Wirtschaftsprozess zu betrachten. Real wird dies zu massiven Polarisierungen auf den Arbeitsmärkten führen.

3. Soziale Kämpfe

Es ist offensichtlich, dass die Instabilität und Krisenhaftigkeit der schwarz-blauen Regierung auf der einen Seite mit der Radikalität des rechts-konservativen, autoritären Projektes zu tun hat, das auf einen fundamentalen Umbau und Bruch mit dem eher auf Konsens und Kooperation der politischen Lager ausgerichteten System der Zweiten Republik hinausläuft. Auf der anderen Seite ist die Entwicklung des schwarz-blauen Projektes nicht von den sozialen Kämpfen und politischen Konflikten zu trennen, mit denen die Regierung seit dem Februar 2000 in unter-

6 Die Arbeitgeber müssen 1,53% des Bruttogehaltes ihrer Beschäftigten in einer so genannten Abfertigungskassa anlegen. Die Lohnabhängigen erhalten das je nach Entwicklung des Kapitalmarktes verzinst Geld nach ihrer Pensionierung entweder als Einmalzahlung oder als Zusatzpension bis an ihr Lebensende ausbezahlt.

schiedlichen Phasen konfrontiert war. Vereinfacht gesprochen verliefen diese Auseinandersetzungen bislang in zwei Phasen: In der ersten Phase fokussierten sich die Auseinandersetzungen auf den „Widerstand gegen Schwarz-Blau“, der von einer Vielzahl außerparlamentarischer, unabhängiger Initiativen und linker Gruppen und von der Empörung großer Teile der Bevölkerung getragen wurde. Nach dem Abflauen dieser Bewegung und der Wiederwahl der Regierung im Jahr 2002 standen in der zweiten Phase sozialer Kämpfe die Gewerkschaften und damit die Auseinandersetzungen um die sozialpolitischen Maßnahmen der Regierung im engeren Sinne im Mittelpunkt.

3.1. Die erste Protestphase: Februar 2000 – Der „Widerstand“ gegen Schwarz-Blau

Die Regierungsübernahme von ÖVP und FPÖ im Februar 2000 führte zu massiven Protesten und Demonstrationen, an denen sich in ganz Österreich Hunderttausende Menschen in vielfältigen, oftmals spontanen Aktionsformen beteiligten und die sich über mehrere Wochen hinzogen. Insbesondere in Wien bekundeten darüber hinaus viele Menschen in den Wohnbezirken immer wieder ihre Solidarität mit den Demonstrierenden, indem sie mit (meist roten) Textilien, blinkenden Lampen oder lauter Musik die (abendlichen) Demonstrationzüge in ihren Straßen begrüßten, was viel zum Enthusiasmus und zum anfänglichen Elan der Bewegung beitrug.⁷ Monatelang gab es jeden Donnerstag eine Demonstration gegen die Regierung unter dem Motto „Wir gehen, bis ihr geht“. Zahllose Initiativen und Projekte im politischen, kulturellen wie auch im medialen Bereich entstanden, die sich den Widerstand gegen die Regierung auf ihre Fahne hefteten. Trotz der hohen Mobilisierungskraft und der Vielfältigkeit der Protestformen scheiterte die Bewegung gegen Schwarz-Blau im Februar 2000 und den Folgemonaten, was nicht zuletzt daran lag, dass die Proteste weitgehend im Symbolischen verblieben. So zwangen bspw. wütende DemonstrantInnen die Regierung, unterirdisch zur symbolisch wichtigen Angelobung beim Bundespräsidenten zu schreiten. Insgesamt gelang es der außerparlamentarischen Linken aber nicht, die Protestbereitschaft vieler Menschen für eine Radikalisierung der sozialen Bewegungen und der Gewerkschaften zu nutzen, um den Maßnahmen der Regierung etwas entgegensetzen.

7 Eine ausführliche Chronik der Protestbewegung findet sich auf der Seite: <http://tatblatt.net/132chronologie-aktuell.htm>. Die inhaltlichen Auseinandersetzungen werden bspw. auf der Seite <http://www.no-racism.net/MUND/archiv/archiv.htm> geschildert.

In der ersten Phase der schwarz-blauen Regierung entzündeten sich Kritik und Widerstand einerseits vor allem am spezifischen Charakter der FPÖ („Keine Koalition mit dem Rassismus“) und an vergangenheitspolitischen Fragestellungen (Verhältnis der FPÖ zum Nationalsozialismus). Außerdem richteten sich die Proteste gegen drohende autoritäre Entwicklungen im justiz-, sicherheits- und migrationspolitischen Bereich. Andererseits wiesen insbesondere die Gewerkschaften, die Sozialdemokratie und auch die Grünen von Anfang an auf die geplanten „unsozialen“ Maßnahmen der Regierung hin, waren jedoch – überrascht von der Massivität der Proteste – nicht fähig, eine adäquate Gegenstrategie zu entwickeln. In der außerparlamentarischen Linken blieb in der ersten Protestphase die Kritik an den sozial-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Plänen der neuen Regierung im Wesentlichen auf Gruppen aus dem trotzkistischen und kommunistischen Spektrum beschränkt.⁸ Von anderen linksradikalen Gruppen (vor allem aus dem so genannten antideutschen Spektrum) wurde Kritik an den sozialpolitischen Abbaumaßnahmen hingegen als „sozialer Nonsens“ bezeichnet. Gleichzeitig wurde aber verwundert festgestellt, dass eine bürgerliche Gesellschaft, die bislang doch eigentlich mit dem Sozialstaat recht gut gefahren sei, diesem „materiellen Substrat“ für die „Warenmoden“ und „Volksgenossen“ nun an den Kragen wolle.

Die EU-weiten Proteste nötigten die Regierung, ihrem Programm eine Präambel voranzustellen, in der sie sich zu Demokratie und Menschenrechten bekannte. Doch obwohl Intellektuelle wie Isolde Charim dem Zustandekommen der Regierung Legalität zugestanden, ihr aber aufgrund des Bruches mit dem Konsens der Zweiten Republik die Legitimität absprachen, gelang es nicht, die formalen politischen Prozesse des Regierungsantritts zu unterbrechen und beispielsweise Neuwahlen durchzusetzen. Im Gegenteil, auf die ideologische, gegen die EU-Sanktionen und den „Verrat“ der „Österreichvernaderer“ gerichtete Kampagne des nationalen Schulterschlusses wusste die sich selbst oft als Zivilgesellschaft präsentierende Protestbewegung keine Antwort. Dies hat meines Erachtens nicht zuletzt damit zu tun, dass es den AktivistInnen und der sozialen Basis der Bewegung nicht gelungen ist, Strategien zu entwickeln, um den Durchgriff der Regierung und die autoritäre Transformation der Lebensverhältnisse der Menschen zu verhindern. Im Prozess der ‚Normalisierung‘ der Regierungskoalition flaute die Bewegung relativ rasch ab, auch wenn ihr langfristiger Einfluss auf die ideologischen Alltags- und Lebensverhältnisse in Österreich nicht unterschätzt werden sollte.

8 Diese wurden zurecht kritisiert, den rassistischen Charakter der FPÖ und den von ihr mobilisierten Antisemitismus zu unterschätzen, indem sie ihn als ideologische Manipulation der herrschenden Klasse darstellten, die diese Ressentiments einsetzt, um ihre wahren Interessen zu verschleiern.

Die Regierung setzte in der intensiven Phase der Proteste von wenigen Ereignissen abgesehen zwar auf Deeskalation und ließ die Bewegung, so sich diese auf Demonstrationen züge zur Bekundung ihres Protestes beschränkte, mehr oder weniger gewähren. Außerparlamentarische und unabhängige politische, publizistische und kulturelle Projekte, die sich den Protesten gegen die Regierung angeschlossen hatten, wurden jedoch in der Folgezeit durch massive Kürzungen von Förderungen (Abschaffung des verbilligten Posttarifs für Zeitschriften) und dem erschwerten Zugang zu Projektgeldern ihrer materiellen Grundlagen beraubt.

3.2. Gewerkschaftliche Kämpfe

Seit 2000 hat sich der Schwerpunkt der sozialen Kämpfe von der eher an die Tradition der Neuen Sozialen Bewegungen anknüpfenden Protestbewegung gegen Schwarz-Blau zu den Gewerkschaften verlagert. Die Ereignisse des Jahres 2003 markierten den vorläufigen Höhepunkt einer zweiten intensiven Protestphase gegen die schwarz-blaue Regierung. Hintergrund der gewerkschaftlichen Proteste war die langsame Erosion des österreichischen Systems der Sozialpartnerschaft, durch das hindurch viele politische Fragen auf Basis eines Konsenses zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen geregelt wurden. Schon in den 1990er Jahren verwiesen Politikwissenschaftler auf einen Bedeutungsverlust der Sozialpartner zugunsten der Regierung. Diese Entwicklung wurde unter Schwarz-Blau beschleunigt, und es kam es zu einer fast vollständigen Ausschaltung des Einflusses der Sozialpartner – also vor allem der Gewerkschaften – in wichtigen Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Darüber hinaus schlug die FPÖ im Jahr 2000 und erneut 2004 vor, zur Finanzierung der Probleme der Pensionsversicherung den Arbeiterkammerbeitrag⁹ um 40 Prozent zu reduzieren, der aus den Bruttolöhnen aller unselbständig Beschäftigten finanziert wird. Aus dem Hauptverband der Sozialversicherung wurden nach einer Restrukturierung der unliebsame Gewerkschaftsvorsitzende entfernt und die Dominanz der ArbeitnehmerInnenvertreter in den Steuerungsgremien gebrochen. Auch die Restrukturierung des öffentlichen Dienstes

9 Bei der Arbeiterkammer handelt es sich um die gesetzliche Interessensvertretung der unselbständig Beschäftigten, für die – im Unterschied zu den Gewerkschaften – Pflichtmitgliedschaft besteht. Die Arbeiterkammer vertritt die Interessen der Beschäftigten in den Gremien der Sozialpartnerschaft, bei Rechtsstreitigkeiten und bietet eine Reihe von Beratungsleistungen u.ä. an. Außerdem stellt sie den wichtigsten Think-tank der österreichischen ArbeiterInnenbewegung dar, der z.B. Expertisen zur Unterstützung gewerkschaftlicher Strategien bei Tarifvertragsverhandlungen liefert oder durch Studien zu unterschiedlichen arbeitsmarkt-, sozial- oder wirtschaftspolitischen Fragestellungen in die politische Auseinandersetzung zu intervenieren versucht.

und die Reformen im Bahn- und Postbereich (Liberalisierung) haben zu einer massiven Einschränkung der gewerkschaftlichen Rechte und des gewerkschaftlichen Einflusses geführt.

Die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Gewerkschaften verschärfen sich im Zuge der „Pensionssicherungsreform“ (s.o.) im Frühling 2003. Um ihre Stärke und Durchsetzungskraft zu demonstrieren, wies die Regierung eine gemeinsame Initiative der Sozialpartner zurück, bis Herbst selbst eine Reform auszuarbeiten. Derartiges war bis zu diesem Zeitpunkt in der Zweiten Republik nicht vorgekommen. Im Mai 2003 fand der erste von den Gewerkschaften organisierte Abwehrstreik statt, an dem sich mehrere hunderttausend Beschäftigte beteiligten. Am 13. Mai beteiligten sich 250 000 Menschen bei strömendem Regen an einer vom Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB) organisierten Demonstration gegen die Regierung. Die Proteste mündeten schließlich in einen österreichweiten Streik am 3. Juni, an dem sich mehr als eine Million Lohnabhängige beteiligten. Die Streikaktivitäten des Jahres 2003 gelten als die größten der Zweiten Republik. Dieser für österreichische Verhältnisse massiven Zunahme gewerkschaftlicher Kämpfe war eine Reihe von Protestmaßnahmen, Warnstreiks, Mobilisierungen (Betriebsversammlungen) und Kampagnen seit dem Jahr 2000 vorausgegangen. Im Kontext der Auseinandersetzungen mit der FPÖ und den Ursachen ihres Aufstiegs dienten diese Maßnahmen vermutlich der Versicherung der Gewerkschaft, dass ihre Mitglieder ihnen bei Kampfmaßnahmen auch folgen würden. Immerhin herrschte bis 2000 in der Öffentlichkeit Konsens darüber, dass es sich bei der FPÖ um eine Arbeiterpartei neuen Typs handle. Bürgerliche LeitartiklerInnen wurden nicht müde zu betonen, dass die FPÖ eine autoritäre Partei mit sozialistischen (!) Zügen sei. Die wachsende Bereitschaft der Lohnabhängigen und Gewerkschaftsmitglieder, sich an Kampfmaßnahmen zu beteiligen, wurde etwa bei einer gewerkschaftlichen Urabstimmung im Jahr 2001 deutlich, an der sich fast 60 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder beteiligt hatten. Fast 90 Prozent der Abstimmenden sprachen sich für Kampfmaßnahmen aus. Um die Widersprüchlichkeit dieser Entwicklungen zu verdeutlichen, sei nur kurz darauf verwiesen, dass sich 95 Prozent der Abstimmenden gleichzeitig für eine Stärkung der Sozialpartnerschaft ausgesprochen hatten. Angesichts der massiven Beteiligung an den Streikmaßnahmen und Demonstrationen 2003 ist erkennbar, dass es der Gewerkschaft tatsächlich gelungen ist, weite Teile der Bevölkerung/Lohnabhängigen zu mobilisieren. Von linken StreikaktivistInnen wurden die Strategien der Gewerkschaftsführung aber zu Recht erheblich kritisiert. So wurde einerseits immer wieder darauf verwiesen, dass Gewerkschaftsfunktionäre die jeweiligen Aktionen der Belegschaften massiv zu kontrollieren versuchten, um aus Angst vor medialer Gegenpropaganda spontane und allzu radikale Aktivität-

ten zu verhindern. Andererseits wurde hervorgehoben, dass die Gewerkschaftsführung die Streiks zu rasch abgebrochen habe und sich meist mit der Zusage weiterer Verhandlungen zufrieden gab. Beispielsweise konnten durch einen Streik beim nationalen Bahnunternehmen ÖBB die angedrohte Kündigung von 7000 Beschäftigten und der Eingriff in die Tarifautonomie verhindert werden. Die Eisenbahnergewerkschaft erreichte aber letztlich nur, dass die Reform des Dienstrechts mit ihr ausgehandelt werden musste. Eine Rücknahme des von der Regierung vorgegebenen Einsparungsziels von 100 Mio. Euro und der Bahnreform insgesamt (Zergliederung in Teilgesellschaften) konnte nicht durchgesetzt werden. Auch bei den österreichweiten Streiks gegen die „Pensionssicherungsreform“ fiel der Erfolg recht mager aus und beschränkte sich auf kleinere Abfederungen des Gesamtpaketes. Bislang sind die Gewerkschaften vor einer tatsächlichen Machtprobe mit der Regierung bzw. den UnternehmensvertreterInnen zurückgeschreckt. Die Gewerkschaften scheinen auf eine Verzögerung und Mäßigung der Maßnahmen der Regierung zu setzen, des Weiteren aber auf einen Regierungswechsel im Jahr 2006, der aufgrund der massiven Verluste der FPÖ als wahrscheinlich erscheint.¹⁰

Ausblick

In den 1990er Jahren hatten die politischen Markt- und MeinungsforscherInnen massiv das Bild der FPÖ als Arbeiterpartei neuen Typs befördert, der es gelinge, in die traditionellen Kernschichten der ArbeiterInnenbewegung einzudringen. In einer Art Verelendungstheorie neuen Typs wurden aus den zur FPÖ gewechselten WählerInnen mehr oder weniger frustrierte, ressentimentgeladene männliche Arbeiter und Modernisierungsverlierer gemacht (Plasser et al. 2000, kritisch Atzmüller 2003). Der Wahlerfolg der FPÖ sei daher, so die weitere Schlussfolgerung der WahlforscherInnen und bürgerlichen KommentatorInnen, vorwiegend auf Kosten der SPÖ erfolgt und ein Ergebnis der durch den „Sozialismus“ verursachten politischen Stagnation in Österreich, die das Aufbrechen der verkrusteten Strukturen und einen notwendigen wirtschaftlichen Liberalisierungsschub verhindert habe. Die FPÖ selbst versuchte, dieses Bild zu forcieren, gründete eine eigene Gewerkschaft jenseits des ÖGB (was im Sand verlief) und präsentierte sich in den 1990er

10 Trotz der insgesamt zögerlichen Strategie der Gewerkschaftsführung führten die im Vergleich zu den Jahrzehnten davor konfrontativeren Maßnahmen zu einer Halbierung der Freiheitlichen Arbeitnehmer auf 4,9% und zu Verlusten des ÖVP-nahen ÖAAB (-2,5%) bei den Arbeiterkammerwahlen 2004. Die Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen, die die Streikbewegung getragen hatte, konnte hingegen ihren Stimmenanteil um fast sechs Prozent auf 63,4 Prozent ausbauen.

Jahren zunehmend als Partei des so genannten „kleinen Mannes“ und als neue Vertretung der ArbeiterInnen in Österreich.¹¹

Der Wahlerfolg der ÖVP 2002, der auf eine massive Wählerbewegung von der FPÖ zur ÖVP schließen ließ, stand im Widerspruch zu der skizzierten Interpretation. Nach der Wahl 2002 wurde daher behauptet, mit Karl Heinz Grassler und den anderen zurückgetretenen FPÖ-PolitikerInnen habe sich der wirtschaftsliberale und vernünftige, weil regierungsfähige Teil von der FPÖ ab- und der ÖVP zugewandt. Darüber hinaus schien die Niederlage der FPÖ 2002 und bei den meisten folgenden Wahlen all jene Lügen zu strafen, die vor dem besonderen Charakter der FPÖ und damit der neuen Regierung gewarnt hatten. Die ÖVP und Kanzler Schüssel erschienen als die großen politischen Sieger, die die FPÖ nicht durch Ausgrenzung, sondern durch ein gemeinsames Regierungsprojekt gezähmt hätten. Dieser Vorstellung widersprechen die fortgesetzte Instabilität der Regierung und die Wiederwahl Haider, der sich als bürgerliche Alternative zur Rückkehr eines „sozialistischen“ Landeshauptmannes und als Rächer der von der Wiener Regierung „verratenen“ PensionistInnen präsentierte, zum Landeshauptmann in Kärnten 2004. Einige Wahlergebnisse des Jahres 2004 (Präsidentenschaftswahl, Arbeiterkammerwahl, Landtagswahlen vor allem in Salzburg und Oberösterreich) lassen zwar den Schluss zu, dass die schwarz-blaue Regierungskoalition aufgrund der großen Verluste der FPÖ und aufgrund erster Stimmverluste bei der ÖVP nach den Wahlen 2006 nicht mehr fortsetzbar sein wird. Trotzdem ist nicht unwahrscheinlich, dass die ÖVP auch 2006 ihre Führungsposition halten kann. Es ist klar, dass sie sich für diesen Fall neue Koalitionsmöglichkeiten eröffnen muss. Eine, die auch den LeitartiklerInnen der bürgerlichen Medien als charmante und zukunftsweisende Option erscheint, begann sich die ÖVP nach der letzten Wahl in Koalitionsverhandlungen mit den Grünen und in Form der ersten schwarz-grünen Koalition auf Länderebene (Oberösterreich) zu eröffnen. Wenn es der ÖVP gelingt, durch eine Koalition mit den Grünen das sozial-liberale, hochgebildete und urbane Bürgertum – etwa durch Angebote im migrations- und umweltpolitischen Bereich – an den neoliberalen Bruch mit dem fordistischen Klassenkompromiss in Österreich zu binden, dann steht einer Fortsetzung der fundamentalen Umwälzung der österreichischen Gesellschaft nicht mehr viel im Weg. Zwar hat das Konfliktniveau in Österreich seit dem Regierungsantritt der schwarz-blauen Koalition im Jahr 2000 massiv zugenommen, alles in allem sind die Auseinandersetzungen aber an ihren inneren Widersprüchen – wie etwa am vor allem symbolischen Charakter der Bewegung ge-

11 Jörg Haider bezeichnete sich selbst einmal als eigentlichen Erben Bruno Kreisky (sozialdemokratischer Bundeskanzler von 1970 bis 1983).

gen Schwarz-Blau – und an ihrem defensiven Charakter gescheitert. Es ist offensichtlich geworden, dass diese Bewegungen und Kampfformen dem neoliberalen und neokonservativen Umbau Österreichs auf Dauer nicht wirksam entgegengetreten können. Dies gilt vor allem für die Auseinandersetzungen um den Ab- und Umbau der sozialen Sicherungssysteme. Die defensive Verteidigung der so genannten sozialen Errungenschaften des fordistischen Wohlfahrtsstaates im Namen einer paternalistischen Solidarität mit den Schwachen enthält keine Perspektive für den Widerstand gegen die „wirtschaftlichen Sachzwänge“ der Budgetpolitik und der Standortsicherung sowie gegen rechte Gesellschaftspolitik. Gerade mit Blick auf die sozialen Sicherungssysteme wäre zu fragen, inwieweit die gesellschaftlichen Dynamiken sowie individuellen und kollektiven Autonomiegewinne, die durch sie eröffnet werden, über den bürokratisch-etatistischen Charakter des Wohlfahrtsstaates hinausweisen. Es ist daher notwendig, nach dem emanzipativen Gehalt, der in den so genannten Pensionskrisen, den Krisen im Gesundheits- und Bildungssektor, aber auch auf den Arbeitsmarkt sichtbar wird, zu fragen. In diesen Krisen werden gesellschaftliche Bedürfnisse (z.B. menschenwürdiges Leben im Alter, individuelle Emanzipation, Verweigerung der Lohnarbeit etc.) sichtbar, die die kapitalistisch-patriarchalen Formen der Vergesellschaftung potenziell hinter sich lassen. Erst wenn es den emanzipatorischen Bewegungen – nicht nur – in Österreich gelingt, diese Bedürfnisse aufzunehmen und zu politisieren, und den Widerstand gegen die neoliberale und neokonservative Regierungspolitik mit den alltäglichen Bedürfnissen und Lebensverhältnissen der Menschen zu verknüpfen, kann sich daraus vielleicht der Kampf um eine alternative Gesellschaftsform entwickeln. ♦

Literatur

- Atzmüller, Roland: (2002) Wie macht man eine Arbeiterpartei, in: grundrisse Nr. 4: 53-61 <http://www.unet.univie.ac.at/~a9709070/grundrisse04/4arbeiterpartei.htm>
- Bundeskammer für Arbeiter und Angestellte: (2004) Die Lager der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Österreich 2004, Wien
- Dimmel, Nikolaus: (2000) Gemeinnützige Zwangsarbeit – Arbeitsmarktintegration zwischen Arbeitspflicht und innovativen Beschäftigungsmaßnahmen, Arbeit – Recht – Gesellschaft, Rechts- und sozialwissenschaftliche Schriftenreihe der Kammer für Arbeiter und Angestellte, Wien, Band 20
- Gramsci, Antonio: (1991ff) Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe herausgegeben von Wolfgang F. Haug, Hamburg
- Mairhuber, Ingrid: (2002) Report on Austria. Report for the EU-Group of Experts „Gender and Employment“ co-ordinated by Jill Rubery and the UMIST coordi-

- nating team for the Equal Opportunities Unit, DG V, Commission of the European Union, Wien
- Pelinka, Anton / Plasser, Fritz / Meixner, Wolfgang: (2000) Von der Konsens zur Konfliktdemokratie – Österreich nach Regierungs- und Koalitionswechsel, in: dies. (Hg.): Die Zukunft der österreichischen Demokratie, Wien, 439-464
- Plasser, Fritz / Peter A. Ulram / Franz Sommer (Hg.): (2000) Das österreichische Wahlverhalten. Wien
- Schüssel, Wolfgang Dr.: (2003) Regierungserklärung 2003-2006, Wien 6. März 2003, <http://www.austria.gv.at/2004/4/7/Regierungserkl%C3%A4r6.3.03.pdf>, (Download Juni 2004)
- Stelzer-Orthofer, Christine: (2001) Zwischen Welfare und Workfare – Soziale Leistungen in der Diskussion. Gesellschafts- und sozialpolitische Texte. Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik, Johannes Kepler Universität in Zusammenarbeit mit der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung, Band 14, Linz
- Talos, Emmerich: (2001) Sozialpolitik zwischen konservativer Tradition und neoliberaler Orientierung. Eine Ein-Jahresbilanz der ÖVP/FPÖ-Regierung, in: Kurswechsel Nr. 1, 17-30
- Vobruba, Georg: (1991) Jenseits der sozialen Fragen, Frankfurt/Main
- Wollner, Evelin: (2003) Ausländer/innenbeschäftigungspolitik und Migration. Zur Rolle des österreichischen Gewerkschaftsbundes und zur Bedeutung von Migration aus Weltsystemperspektive, in: grundrisse – Zeitschrift für linke Theorie und Debatte, Nr. 7

Null-Euro-Jobs: Die „aktive Sozialpolitik“ und die „Landesorganisation der Erwerbslosen“ in Dänemark

ERLING FREDERIKSEN, GISLINGE/SJÆLLAND

Einleitung

In der Bundesrepublik gab es im Herbst 2004 eine sehr umfassende Debatte und Kritik von Hartz IV. Eine ähnliche Debatte haben wir in Dänemark sehr vermisst, wo sich die „Reformen“ des Arbeitsmarktes langsam in die Gesetzgebung eingeschlichen haben ohne eine besondere öffentliche Diskussion. Dabei sind die Parallelen zwischen der dänischen „Aktivlinie“ und Hartz IV keineswegs zufällig, denn die dänische Sozial- und Arbeitsmarktpolitik gilt überall in Westeuropa als vorbildlich. Im vorliegenden Text werde ich zunächst Geschichte und Hintergründe der Aktivierungspolitik in Dänemark darstellen. Der zweite Teil des Textes schildert dann die Erfahrungen, die wir, d.h. die dänische „Landesorganisation der Erwerbslosen“, im Widerstand gegen die Aktivlinie gemacht haben. Vielleicht sind einige dieser Erfahrungen in der Bundesrepublik zu gebrauchen.

Die „aktive Sozialpolitik“ bedeutet, dass grundlegende soziale Rechte abgeschafft werden, zunächst nur für eine randständige Minderheit, später für einen immer größeren Teil der Bevölkerung. Meine These ist, dass die Prinzipien der „aktiven Sozialpolitik“ denen des universalistischen Wohlfahrtsstaates widersprechen und diesen immer mehr aushöhlen. Damit birgt „Aktivierung“ auch eine unmittelbare Gefahr für die bürgerliche Demokratie. Einleitend nur ein kleines Beispiel: Als EmpfängerIn von Arbeitslosengeld kann man der Arbeitsvermittlung und seiner Arbeitslosenkasse¹ in Dänemark mitteilen, dass man Ferien hat und damit dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung steht. Für maximal fünf Wochen kann man sich auf die-

1 In Dänemark ist das Arbeitslosengeld wie in der Bundesrepublik das heutige „Arbeitslosengeld I“ eine Versicherungsleistung. Die meisten „Arbeitslosenkassen“ werden in Dänemark nach wie vor – unter staatlicher Aufsicht – von den Fachverbänden der Gewerkschaften verwaltet. Deshalb gibt es nicht wie in Deutschland eine zentrale Arbeitslosenversicherung, sondern mehrere Arbeitslosenkassen. – Wo nicht gesondert angemerkt, sind Fußnoten Anmerkungen des Übersetzers – vielen Dank an Regine Vierck für die Korrekturen.

se Weise aus dem Vermittlungssystem abmelden. In dieser Zeit hat man Anrecht auf ein „Urlaubstagesgeld“ in der Höhe des Arbeitslosengeldes. Diese Rechte gibt es für SozialhilfeempfängerInnen nicht. Im Gegenteil, BezieherInnen von Sozialhilfe haben sogar die Auflage, Dänemark nicht zu verlassen – andernfalls verlieren sie ihr Anrecht auf Sozialhilfe. Das heißt: Zumindes legal hätte ich als Sozialhilfeempfänger kein Referat in Hamburg halten können – das sagt auch etwas darüber aus, für wen „Globalisierung“ neue Chancen birgt und für wen nicht. Die ärmsten Bevölkerungsgruppen in Dänemark sind heute verpflichtet, für Staat und Kapital 365 Tage im Jahr zur Verfügung zu stehen.

Der „beste Wohlfahrtsstaat der Welt“

In Dänemark wird seit Jahren davon geredet, dass man den „Wohlfahrtsstaat“ gerne bewahren will, ohne dass eigentlich klar ist, was die Wohlfahrt bedroht. Es ist dagegen klar, dass die soziale Absicherung in einer ganzen Reihe von Bereichen verringert worden ist. Das gilt sowohl für die Verhältnisse, unter denen Kinder leben müssen, als auch für Alte und kranke Menschen, und es sind schließlich auch sehr markante Verschlechterungen für Arbeitslose eingetreten: Schärfere Zumutbarkeitsregeln, kürzere Bezugsdauer der Leistungen und weniger Geld für die Erwerbslosen. Die Verschlechterungen gewannen unter den sozialdemokratisch geführten Regierungen der Jahre zwischen 1993 und 2001 an Fahrt² und werden unter der derzeitigen bürgerlichen Regierung fortgesetzt. Es kann nicht erwartet werden, dass eine eventuelle sozialdemokratische Regierung nach den Wahlen des 8.2.2005 die wesentlichsten Einschnitte zurücknehmen wird. In dieser Hinsicht ist, unter welcher derzeit denkbaren Regierung auch immer, nicht viel Licht am Ende des Tunnels zu sehen.³ Wie ist dieser breite Konsens der Parteien zu erklären? Zur Beantwortung dieser Frage ist es notwendig, zunächst einmal etwas weiter auszuholen und in aller Kürze etwas über einige wesentliche Elemente der dänischen Wohlfahrtstradition zu sagen.

Die Entwicklung des dänischen Wohlfahrtsstaates in den letzten etwa zehn Jahren hat viele Menschen überrascht und schockiert. Aber noch mehr Menschen ha-

2 Hierzu siehe auch: Kalle Blomkvist, „*Wir kriegen sie alle*“, *Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark – Teil 1*, in: analyse und kritik Nr. 430, sowie ders., *Mafiasprüche, Aktive Arbeitsmarktpolitik in Dänemark – Teil 2*, analyse und kritik nr. 431, Hamburg 1999.

3 Die Frage, was die SP an der politischen Ausrichtung geändert hätte und was nicht, wird vermutlich für die nächsten vier Jahre Spekulation sein. Die bürgerliche Minderheit hat bei den bevorstehenden Parlamentswahlen alle Aussichten, eine wiederum von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei tolerierte Regierung zu bilden.

ben sich vermutlich noch gar nicht richtig klar gemacht, wie tiefgreifend die Veränderungen sind. Auch ich selbst bin mit der Vorstellung aufgewachsen, dass das dänische Wohlfahrtsmodell überragend und seine Errungenschaften nicht revidierbar seien. Der dänische Wohlfahrtsstaat hatte sich – so glaubten wir jedenfalls – als besser und relativ billiger erwiesen als diejenigen Systeme, die es in anderen Ländern gab, und er bot zugleich eine größere Sicherheit für die Einzelnen. Dänemark hatte eine im Vergleich sehr hohe Erwerbsfrequenz und zugleich einen der höchsten Lebensstandards der Welt – warum also sollte sich in dieser Hinsicht etwas verändern? Im Versuch, auf diese Frage zu antworten, ist es notwendig, kurz an einige Elemente des so genannten universalistischen Wohlfahrtsmodells zu erinnern, universalistisch, weil das Modell darauf beruht, dass soziale Rechte und Leistungen im Prinzip unabhängig vom eigenen Einkommen bzw. dem Einkommen der Familie gewährt werden. Die wichtigsten Fortschritte dieses „universalistischen“ Prinzips sind vielleicht auch in der Bundesrepublik bekannt: 1933 kam es in Dänemark zu einer Sozialreform, die als Beginn der modernen Sozialpolitik betrachtet wurde, da sie u.a. einen Teil der Bedürftigkeitsprüfungen abschaffte. 1935 bekam die Sozialdemokratische Partei 46,1% der Wählerstimmen – ein Stimmenanteil, den sie seitdem nicht mehr übertreffen konnte. 1957 wurde dann – von einer sozial-liberalen Regierung – die „Volkspension“ (*Folkepension*) eingeführt. Diese löste die einkommensabhängigen Renten zu einem wichtigen Teil ab und schaffte eine gleiche Grundrente für alle, wobei Letzteres allerdings erst 1970 vollständig durchgeführt worden ist. Und erst 1976 kam mit dem Sozialhilfegesetz (*Bistandsloven*) eine Regelung, die eine wirkliche Rechtsgarantie für ein Mindestniveau sozialer Leistungen einführt, was zum Beispiel die Sozialhilfe, die damals Sozialbeistand (*Bistandsbjaelp*) hieß, betraf. Nachdem dieser Höhepunkt in der Geschichte des dänischen Wohlfahrtsstaates erreicht worden war, ging es allerdings schnell bergab. So kann man heute von der *Folkepension* kaum leben. Die Mehrheit der Bevölkerung hat deshalb zusätzlich eine private oder betriebliche – d.h. einkommensgebundene – Altersvorsorge abgeschlossen. Und auch was die Sozialhilfe betrifft, ist man immer mehr vom Rechtsprinzip auf das Prinzip der Bedürftigkeitsprüfung zurückgefallen.

Alle erwähnten Reformen wurden unter sozial-liberalen Koalitionsregierungen verabschiedet und umgesetzt. Vielleicht deshalb ist der universalistische Wohlfahrtsstaat als ein Produkt sozialdemokratischer Politik betrachtet worden, aber das ist nicht ganz korrekt. So sind die universalistischen Züge des Sozialsystems in Dänemark nach meiner Auffassung vielfach eher liberal inspiriert. Viele der Initiativen zur Einführung „universalistischer“ sozialer Leistungen kamen von den bürgerlichen Parteien. Und anders herum war die dänische Gewerkschaftsbewegung, d.h. genauer ihre Führung, ebenso wie viele alte Sozialdemokraten beispielsweise gegen

die Sozialreform von 1976. Die Erklärung ist wahrscheinlich, dass das bürgerliche Dänemark ein Interesse daran hatte, die Verbindung zwischen proletarischem Alltag und sozialdemokratischer Organisation, die in Dänemark „von der Wiege bis zur Bahre“ reichte, zu unterbinden. In der Folge trat zumindest ein Teil des Bürgertums dafür ein, diejenigen sozialen Leistungen zu „verstaatlichen“, die ursprünglich im Rahmen der in Dänemark sehr starken Selbstorganisation der Arbeiterbewegung entstanden waren. Tatsächlich konnte man früher sein ganzes Leben im Rahmen der Institutionen, Vereinigungen und „Kassen“ (Arbeitslosenkasse, Sterbe- und andere Versicherungen) verbringen, die die sozialdemokratische Bewegung ausgeformt hatte. Ältere Sozialdemokraten sprechen noch heute zusammenfassend von „der Bewegung“, wenn von der Partei, der Gewerkschaft oder den Kooperativen und Schulen der Arbeiterbewegung gesprochen wird. Diese „Bewegung“ umfasste einen bedeutenden Teil der Bevölkerung und war eine wirkliche politische Kraft. Aber zugleich schloss sie diejenigen aus, die außerhalb ihrer Gemeinschaft standen und um die man sich so gut wie gar nicht kümmerte. Man half eben sich und den Seinen und sorgte dafür, dass sich möglichst viele der sozialdemokratischen Lebensweise anpassten und unterordneten – andere Formen wurden ganz einfach als verkehrt und unrichtig gesehen.

Die aktuellen Nachwirkungen dieser Entwicklung kann ich vielleicht am besten mit einem kleinen Beispiel beleuchten. Etwa seit 1978 gibt es in Dänemark eine Diskussion um eine Grundsicherung, die unabhängig von Arbeit gewährt werden könnte. Kurz nach Antritt der sozial-liberalen Koalition, Mitte der 1990er Jahre, wurde die Debatte wieder aktuell. Auch die SP, der ich damals noch angehörte, war gezwungen, ihre Position zum „Existenzgeld“⁴ zu formulieren. In das Arbeitsprogramm wurde eine Formulierung aufgenommen, die das „Existenzgeld“ vehement ablehnte und u.a. davon sprach, dass es sich dabei um eine „unwürdige“⁵ Forderung handele. Diese Zuordnung war mir zunächst nicht nachvollziehbar, zumal sie überhaupt nicht begründet wurde. Deshalb schrieb ich – in meiner Eigenschaft als Vorsitzender einer Ortsgruppe – an das Zentralbüro der SP und verlangte eine Erklärung für die bemerkenswerte Aussage des Arbeitsprogramms. Ich bekam keine Ant-

4 „Grundsicherung“ wird hier als „Existenzgeld“ übersetzt, wobei darüber hinweg gesehen wird, dass die Debatte in Dänemark einen etwas anderen Verlauf nahm als in der Bundesrepublik.

5 Das Wort værdig = würdig ist in Dänemark direkt dem vor-universalistischen Diskurs verbunden. In der administrativen Sprache unterschied das Wort früher Menschen, die der Leistungen der Fürsorge würdig/unwürdig (*værdig/uværdig*) waren. Der Wortstamm værd (= Wert) ... macht deutlich, dass es aus dieser Perspektive zugleich um wertvolle/wertlose Menschen geht. Bis Anfang der 1960er Jahre war der Empfang von Leistungen der Fürsorge mit dem Verlust bürgerlicher Rechte (wie dem Wahlrecht) verbunden – man war dieser Rechte als Fürsorgeempfänger nicht wert/würdig.

wort. 1996 nahm ich dann als Delegierter am Parteitag der SP teil. Ich wies in einer Rede auf mein Problem mit dieser kryptischen Formulierung hin. Man bemerke, dass ich keineswegs die Einführung eines Existenzgeldes gefordert, sondern einfach nur nach dem Sinn des Begriffes „unwürdig“ gefragt hatte. Ich fand, dass man, ganz unabhängig davon, ob man ein Existenzgeld für realistisch hält, diese Forderung diskutieren sollte, denn sie bringt einen auf viele neue Ideen. Die Reaktion auf meine Rede war ebenso bemerkenswert wie die Formulierung selbst: Es gab keine. Aber ich wurde von dem damaligen zweiten Vorsitzenden der Partei beiseite genommen und erhielt eine ordentliche Zurechtweisung. Die Erklärung für die Vermeidung der Diskussion in der SP ist vermutlich, dass ein Existenzgeld ein Bruch mit der tradierten sozialdemokratischen Lebensauffassung ist, die im Slogan *Forde-re dein Recht, aber tue deine Pflicht* zusammengefasst ist. Zu dieser Lebensauffassung gehört, dass soziale Ansprüche direkt aus Lohnarbeit abgeleitet werden. Und dies steht nicht zu Debatte – und Punkt. Selbst der verbreitete Rassismus, der zu meiner und anderer großen Überraschung in Dänemark in den letzten Jahren aufgetaucht ist, kann vielleicht zum Teil aus solchen traditionellen Orientierungen heraus erklärt werden. Man etabliert seine eigenen kleinen Gemeinschaften, von denen aus die Welt in „Wir“ und „die anderen“ aufgeteilt wird. Das universalistische Modell ist mit anderen Worten nicht so tief in der Vorstellungswelt und in den politischen Parteien Dänemarks verankert, wie ich und andere es geglaubt hatten (oder glauben wollten). Das hat auch dazu beigetragen, dass die Aushöhlung dieses Modells nicht durch eine eigene politische Tradition verhindert wurde, die jenseits der Orientierung an den kleinen, lohnarbeitenden Gemeinschaften existierte. Im nächsten Abschnitt werde ich nun die konkreten Schritte schildern, die zur Einrichtung des *Workfare*-Systems in Dänemark führten.

Entstehung und Entwicklung der „Aktivlinie“

Viele Däninnen und Dänen (und Leute im Ausland) betrachten den dänischen Wohlfahrtsstaat immer noch als den besten der Welt und haben den entscheidenden Bruch mit der „Wohlfahrtstradition“ gar nicht wahrgenommen. Das hängt auch damit zusammen, dass es eine wirkliche Debatte über diesen Bruch nicht gab. Ein großer Teil der Gesetzesentwürfe der Regierung werden (mehr oder weniger fundiert) nach wie vor damit begründet, dass man den dänischen Wohlfahrtsstaat bewahren und natürlich die Beschäftigung steigern möchte – wobei die Erwerbsquote in Dänemark bereits jetzt die höchste der Welt ist.⁶ Keine der politischen Parteien Dänemarks hat sich also (offiziell) dafür ausgesprochen, den Wohlfahrtsstaat abzuschaffen – aber es gibt offenbar trotzdem starke und unsichtbare Kräfte, die

versuchen, die Wohlfahrt abzuwickeln. Dies ist eine merkwürdige Konstellation, die mit der Geschichte des „aktivierenden Sozialstaats“ in Dänemark zusammenhängt. Die „Aktivlinie“ entstand in Verbindung mit der hohen Erwerbslosigkeit – auch und vor allem unter jungen Leuten – in den 1980er Jahren. Ihre Durchsetzung wurde aber nicht nur mit der steigenden Zahl der offiziell registrierten Erwerbslosen begründet, sondern von Anfang an auch damit, dass bestimmte Gruppen im Grunde genommen nur „Drückeberger“ seien. U.a. entdeckte und thematisierte man um 1980 eine angeblich verbreitete Praxis von 18-19-Jährigen, sich nach Ende ihrer Gymnasialzeit an die Kommune zu wenden und Sozialhilfe zu beantragen, um anschließend für jeweils einen Monat Leistungen zu erhalten und mit Interrail nach Griechenland oder in andere warme Länder zu fahren. Solche Geschichten, die vielleicht für einen kleineren Teil junger, gut ausgebildeter Menschen tatsächlich Realität waren, wurden zur Begründung herangezogen, mit der viele Kommunen und der Gesetzgeber die Möglichkeiten für alle jungen Leute beschnitten, Sozialhilfe zu erhalten. Man begann, Zwangsarbeit oder Teilnahme an Kursen als Grundlage für die Existenzsicherung zu fordern. Dies hatte einerseits zur Folge, dass wohlbehütete junge Leute keine Sozialhilfe mehr beantragten, andererseits, dass die weniger wohlhabenden jungen Leute in der Aktivierung, in Zwangsarbeit und in staatlicher Verhaltensregulierung festgesetzt wurden.

Zunächst galten die neuen Regeln nur für Junge unter 25 Jahren, aber die Altersgrenze wurde später auf 30 heraufgesetzt. Für Junge unter 25 wurden außerdem die Sätze des Arbeitslosengeldes halbiert und am 1. Juli 1998 trat das „Gesetz über aktive Sozialpolitik“ in Kraft. Nach diesem Gesetz sollten alle Bürgerinnen und Bürger, die Sozialhilfe empfangen, aktiviert werden. Zur gleichen Zeit wurde auch beschlossen, dass Arbeitslosengeldempfänger während der meisten Zeit ihres Leistungsbezugs aktiviert werden sollten. Die maximale Bezugsdauer von Arbeitslosengeld, das früher unbegrenzt bis ins Rentenalter gezahlt wurde und später immerhin noch neun Jahre betrug, ist mittlerweile auf vier Jahre verkürzt worden, wovon die letzten drei Jahre offiziell als „Aktivierungsperiode“ gelten. Die Zwangsarbeit, die „Aktivierte“ ohne Zuschläge zum Arbeitslosengeld oder zur Sozialhilfe ausführen⁷, begründet keinen neuen Anspruch auf Arbeitslosengeld.

Unter „Aktivierung“ können in Dänemark sowohl Ausbildung, Bewerbungstraining, Jobsuche als auch reguläre Arbeit im öffentlichen Dienst verstanden werden.

6 Die registrierte Erwerbslosigkeit – die in den Aktivierungsprogrammen Untergebrachten nicht mitgezählt – ist in den letzten zwei Jahren erheblich gestiegen. Sie lag am Jahreswechsel 2004/2005 mit ungefähr 7% gleichwohl noch etwas unter der offiziellen Quote in der Bundesrepublik.

7 Es handelt sich also, im Gegensatz zu den derzeitigen Regelungen in der Bundesrepublik, um „Null-Euro-Jobs“.

Anders als – jedenfalls bislang – in der Bundesrepublik der „Ein-Euro-Jobs“ findet die Aktivierung bei uns außerdem auch in der Privatwirtschaft statt. Mit der Verknüpfung von Sozialleistungen und Aktivierung hat sich etwas Entscheidendes verändert: Früher hat man lediglich dem allgemeinen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen, um ein Recht auf Arbeitslosengeld zu erwerben – als Teil der vom Staat garantierten Arbeitslosenversicherung. Aber heute muss man nicht nur für den Arbeitsmarkt, sondern auch für die Aktivierung zur Verfügung stehen. Das Recht auf Sozialhilfe war früher nicht notwendigerweise mit der Forderung verknüpft, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. Heute dagegen ist das Existenzrecht mit einer Arbeitspflicht verbunden worden. Nach einer längeren Phase, in dem die „Aktivierung“ für einen immer größeren Personenkreis verpflichtend wurde, wurde 1998 das Recht auf soziale Versorgung vollständig mit der Arbeitspflicht verbunden. Diese Veränderung führt mit sich, dass man in Dänemark nunmehr von einem untergeordneten Kommunalbeamten seiner gesamten Versorgungsgrundlage beraubt werden kann – etwas, was seit 1803 nicht mehr legal war. Ich gebe zu, dass man in Dänemark heute leichter durch Einsammeln von Pfandflaschen, Betteln oder Diebstahl sowie Almosen leben kann als im 19. Jahrhundert, aber die heute oft genutzte Möglichkeit der Behörden, die unterste Klasse der Gesellschaft ihrer Existenzgrundlage zu berauben, ist meines Erachtens ein entscheidender Bruch mit den Prinzipien des weltberühmten und bewunderten dänischen Wohlfahrtsstaates.

Dieser Bruch hat sich seit 1998 vertieft. Die Leistungen wurden seitdem jedes Jahr weiter gekürzt. Unter anderem sind die Zuwendungen für Flüchtlinge und Einwanderer auf etwa die Hälfte derjenigen gekürzt worden, auf die ein dänischer Staatsbürger Anspruch hat. In den ersten sieben Jahren des Aufenthalts in Dänemark müssen Flüchtlinge von einer zynisch „Starthilfe“ genannten Leistung leben – insofern sie kein anderes Einkommen finden, was überwiegend nur in illegalisierten Verhältnissen möglich ist. In der Realität liegt die „Starthilfe“ unter dem Existenzminimum. Außerdem hat die Regierung beschlossen, dass Ehepaare geringere Leistungen erhalten und Familien mit vielen Kindern keine Leistungen für mehr als drei Kinder bekommen. Mit solchen Maßnahmen sollen vor allem Flüchtlinge und Migranten getroffen werden, die Familien gründen und viele Kinder haben. Im Jahre 2001, als die derzeitige dänische Regierung ins Amt kam, wurde der Name des Arbeitsministeriums in „Beschäftigungsministerium“ geändert und die Zuständigkeit für die Sozialhilfeempfänger des Landes wurde vom Sozialministerium in dieses Ministerium überführt. Alle „sozialen“ Leistungen werden nunmehr damit verbunden, die Erwerbslosen und andere Sozialgruppen, d.h. die in der Produktion Verschlissenen und Arbeitsunfähigen „parat für den Arbeitsmarkt“ zu machen.

Null-Euro-Beschäftigte als Lohndrücker

Mich und viele andere hat es überrascht, dass die Aktivierungspolitik in Dänemark derart umfassend wurde, die Rechtsunsicherheit für die Erwerbslosen so markant und die Gesetze jedes Jahr verändert und aus Sicht der Erwerbslosen verschlechtert wurden und werden.⁸ Aber es ist vielleicht noch überraschender, dass die Aktivierungspolitik durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung eingeleitet wurde, in einer Periode fallender Erwerbslosenziffern. Gegenüber jeglicher Kritik an der Aktivierungspolitik war die Sozialdemokratie während der Zeit, in der sie den Ministerpräsidenten stellte, vollständig immun. Bis heute hat sich dies nicht geändert: Konservative, Liberale, Sozialdemokraten und viele Sozialisten sind und bleiben völlig abweisend gegenüber allen Einwänden. Es kam weder zu Aufweichungen der harten Linie noch zu Verbesserungen. Alles in allem hat es in den letzten zehn Jahren nur Verschlechterungen in den Lebensbedingungen der Erwerbslosen gegeben.

Die Zwangsarbeit, die in Verbindung mit der Aktivierung verordnet wird, geschieht ohne Respekt für irgendwelche Rechte, die Lohnabhängige sonst haben. Rechte, die in vielerlei Hinsicht ja von der Sozialdemokratie erkämpft und als wichtigste historische Errungenschaft begriffen wurden. Die Erwerbslosen in Aktivierung haben keinerlei Tarifautonomie oder andere Verhandlungsrechte, keinen Schutz von Vertrauensleuten, keine Rentenansprüche aus dem Arbeitsverhältnis, keinen Anspruch auf Urlaubsgeld oder Arbeitslosenversicherung. Aus einem liberalen Blickwinkel könnte man Aktivierung als Übergriff auf die persönliche Freiheit bzw. die bürgerlichen Freiheitsrechte begreifen. Außerdem könnte man Aktivierung als direkte Bedrohung der freien Konkurrenz und unfaire Preispolitik sehen, die gegen diejenigen Unternehmen gerichtet ist, die keine Null-Euro-Jobber beschäftigen. Typische Arbeit von Aktivierten ist das Zusammentragen und Verpacken kleinerer Gegenstände wie Spielzeug, Nägel, Schrauben, Beschläge, Tierfutter, Schnuller, Kaffeekannen von Bodum und so weiter. Außerdem sind viele Erwerbslose im öffentlichen Dienst beschäftigt, in Gemeinden, Bezirken und Zentralverwaltung mit Gebäudereinigung und Putzen, Gartenarbeiten in Parks, Kinderbetreuung, Altenpflege oder in Museen, Theatern, als Bürokräfte, Hilfskräfte in Schulen und, und, und ... Nichts deutet darauf hin, dass das Ausmaß dieser Aktivierung reduziert werden soll. Im Gegenteil werden mehr und mehr öffentliche Institutionen davon abhängig, dass ein Teil des Personals praktisch gratis arbeitet. Die gegenwärtige dä-

8 Die entsprechenden Verordnungen werden oft erst bis zu einem halben Jahr nach dem Inkrafttreten der Gesetze an die Beamtinnen und Beamten, SachbearbeiterInnen und BeraterInnen geschickt, was die Rechtsunsicherheit und die allgemeine Verwirrung erhöht (Anmerkung d. Autors).

nische Regierung hat einen Stopp von Steuererhöhungen beschlossen, und dies hat es noch dringlicher für die lokalen Behörden gemacht, preisgünstige Lösungen zu finden – und eine solche Lösung ist eben die Beschäftigung billiger, rechtloser und unorganisierter Beschäftigter. Man sollte meinen, dass so etwas durch die Gewerkschaften unterbunden werden müsste. Aber die dänische Gewerkschaftsbewegung hat sich überwiegend passiv verhalten. Im Übrigen haben tatsächlich einige Gewerkschaften damit begonnen, innerhalb ihres eigenen Apparates Zwangsaktivierte zu beschäftigen.

Die Passivität der meisten Gewerkschaftsinstanzen kann unter anderem damit erklärt werden, dass sie in Dänemark direkt mit dem Staat zusammenarbeiten und die Arbeitslosenversicherung (die vom Staat finanziert ist) traditionell eng mit den Gewerkschaften verbunden ist. Die hauptamtlich in der Gewerkschaft beschäftigten Funktionäre fühlen sich deshalb eher mit dem Staat verbunden als mit den einfachen Mitgliedern ihrer Organisation. Und die dänische Gewerkschaftsbewegung ist sozialdemokratisch dominiert und hat also die gleiche parteipolitische Orientierung wie jene Regierung, die die Aktivierungspolitik seit Mitte der 1990er Jahre ein- und durchgeführt hat. Auf lokaler Ebene erleben wir oft, dass die Gewerkschaftsvorsitzenden oder Vorstandsmitglieder zugleich Mitglieder der Kommunalparlamente sind, wo sie zudem im Sozialausschuss, im Ausschuss für Beschäftigung oder diversen Organen sitzen, die die Aktivierungsprojekte durchführen. Ein sehr großer Teil der dänischen Gewerkschaftsbewegung fungiert also in der Praxis als Arbeitgeber gegenüber den zwangsaktivierten Erwerbslosen. Dieselben Erwerbslosen sind immer seltener Mitglieder einer Gewerkschaft, so dass es also (bis jetzt) nur in geringem Umfang so ist, dass Gewerkschaftsmitglieder in den kommunalen „Produktionshäusern“ (die die Einteilung der Erwerbslosen auf verschiedene Jobs organisieren) aktiviert werden. Und die Gewerkschaften tun nur selten etwas für Menschen, die nicht Mitglieder in ihrer Organisation sind.

Mittlerweile haben zahlreiche Untersuchungen einigermaßen übereinstimmend bewiesen, dass die Zwangsaktivierung nicht dazu führt, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden. Vieles deutet sogar auf das Gegenteil hin. Man darf nicht vergessen, dass in der offiziellen Erwerbslosenzahl in Dänemark die Zwangsaktivierten nicht mitgezählt werden – die Erwerbslosigkeit ist in Dänemark also einige Prozent höher, als die Regierung angibt. Dagegen ist es klar, dass die Drohung, aktiviert zu werden, einen Effekt auf den Willen und die Nachdrücklichkeit hat, mit der sich die Erwerbslosen um Arbeit bemühen. Das bedeutet, dass Arbeit akzeptabel wird, die schlechter bezahlt wird und schlechtere Bedingungen bietet, als normalerweise erwartet werden könnte. Keine neuen Arbeitsplätze, Verschlechterungen der vorhandenen Bedingungen: Wenn man die vielen problematischen Effekte des

Zwangsaktivierungssystem aufzählt, muss es insgesamt verwundern, dass dieses System weiterhin aufrecht erhalten wird und sogar versucht wird, es auszuweiten. Die LA hat in den letzten sechs Jahren viele Eingaben an die verantwortlichen Minister gerichtet, aber es ist uns nie gelungen, ein Gespräch mit einem Regierungsvertreter zu vereinbaren. Der Beschäftigungsminister der bürgerlichen Koalition der laufenden Legislaturperiode (November 2001 bis Januar 2005), Claus Hjort Frederiksen, nahm in seiner Zeit als Minister an keiner einzigen öffentlichen Diskussion über die Aktivierungsproblematik teil. Wir können nur spekulieren: Vielleicht sind die Politiker und Beamten sich im Klaren darüber, dass das Workfare-System nicht dem erklärten Ziel der „Integration der Erwerbslosen“ dient. Und deshalb wollen sie sich öffentlich lieber nicht mit den realen und nachgewiesenen Effekten der Aktivierung auseinandersetzen. Fakt ist, dass die Löhne in den unteren Lohngruppen in den letzten Jahren in Dänemark im Vergleich zu anderen Lohngruppen gefallen sind und dass ihre Entwicklung insgesamt mehr oder weniger stagniert. Zugleich kann geschätzt werden, dass ungefähr 100 000 Arbeitsplätze zu Aktivierungsplätzen geworden sind – also zu Arbeitsplätzen, wo die Arbeit bei Fortzahlung der Sozialhilfe oder des Arbeitslosengeldes ausgeführt wird. In der Realität ist in Dänemark ein so genannter dritter Arbeitsmarkt eingeführt worden. Die am niedrigsten entlohnten Gruppen von regulär Beschäftigten sind durch die Existenz dieses dritten Arbeitsmarktes permanent damit bedroht, dass ihre Arbeit an Aktivierungsprojekte vergeben oder nach Osteuropa oder Asien ausgelagert werden kann.⁹ Zugleich steigt auch der Druck auf die Löhne der nächst höheren Lohngruppen u.s.w. Auch wenn es so nicht öffentlich geäußert wird: Das Ziel der Aktivierungspolitik, Druck auf die Löhne der tariflichen Arbeitsverhältnisse auszuüben bzw. Lohnsteigerungen zu verhindern, entspricht durchaus auch grundlegenden Linien der Wirtschafts- und Finanzpolitik der dominanten Parteien. Ein Effekt der Aktivierung ist, dass das Steigen der Löhne insgesamt eingeschränkt wird, wovon eine Begrenzung der Inflation erwartet wird. Diese Politik gilt als durchaus erfolgreich: Besonders in der Periode des verhältnismäßig andauernden Booms der dänischen Ökonomie in den 1990er Jahren war bemerkenswert, dass es so gut wie gar nicht zu inflationären Entwicklungen kam. Die Aktivierung trägt aus Sicht der Wirtschaftspolitiker zur Kontrolle der Lohnentwicklung und der Inflation bei, wobei

9 Im Dezember 2004 fand in Dänemark ein landweiter Streik in den Schlachthöfen statt, der sich gegen eine in einem einzelnen Betrieb in Jütland abgeschlossene Betriebsvereinbarung richtete, die niedrigere Löhne und verlängerte Arbeitszeiten vorsah. Solche Vereinbarungen werden in dänischen Gewerkschaftskreisen als „deutsche Verträge“ bezeichnet. Die Unternehmer drohten mit der Auslagerung der Produktion – nach Norddeutschland.

man als Nebeneffekt eine Menge unbezahlter und nützlicher gesellschaftlicher Arbeit in öffentlichen Institutionen erhält.

In ihrer Konsequenz bedeutet die Politik der Regierung, die von den meisten Parteien und Gewerkschaften unterstützt wird, das Entstehen und die Ausweitung des „dritten Arbeitsmarktes“. Die Entwicklung beginnt dem zu ähneln, was wir aus England oder den USA kennen. Die Rechtssicherheit der Bürger ist sehr gering, wenn Konflikte mit den Behörden oder privaten Arbeitgebern in Verbindung mit der Aktivierung entstehen. Und schließlich ist der Zusammenhang zwischen den erklärten Absichten der Gesetzgebung und der Praxis der kommunalen Verwaltungen manchmal kaum noch zu durchschauen – wenn er überhaupt vorhanden ist.

Die Landesorganisation der Erwerbslosen¹⁰

In den späten 1980er und in den 1990er Jahren wurden in Dänemark in vielen Orten Arbeitsloseninitiativen gegründet – schließlich sogar eine „Erwerbslosenpartei“, die jedoch keinen besonderen Zuspruch gewinnen konnte. Diese Gruppen hatten zum Teil das Ziel, sich gegenseitig bei der Arbeitssuche zu helfen – Letzteres war insbesondere für Gruppen charakteristisch, die unter der Regie der Gewerkschaften gegründet worden waren. Aber es entstanden auch kleine Gruppen von in erster Linie SozialhilfeempfängerInnen, die versuchten, dem einzelnen Erwerbslosen im Kampf gegen das System zu helfen – d.h. meistens im Kampf gegen die Kommunen. Und schließlich gab es auch einige Gruppen, die sich mehr auf soziales Beisammensein und Basisaktivitäten konzentrierten. All dies war keineswegs besonders bedeutend in der politischen Landschaft Dänemarks – aber es existierte doch immerhin. Viele dieser Gruppen lösten sich relativ schnell wieder auf, zum Teil wegen interner Streitigkeiten, zum Teil weil die Aktivsten Arbeit fanden oder weil sich einige der Aktivistinnen und Aktivisten zu viele Aufgaben aufgehalst hatten und deshalb überanstrengt die Segel strichen. 1996 wurde dann die Initiative ergriffen, eine landesweite Vereinigung der SozialhilfeempfängerInnen – die „SAB“¹¹ – zu etablieren. Zur gleichen Zeit haben wir angefangen, die Gründung dessen vorzubereiten, was heu-

10 Die Gruppe heißt *Landsorganisation af arbejdsledige (LA)*. „De arbejdsledige“ bedeutet, „die, die frei von der Arbeit“ sind - was übersetzt ziemlich sperrig klingt. In der Selbstbezeichnung drückt sich eine Kritik an der Zentralität von Lohnarbeit aus. In der bundesdeutschen Erwerbslosenbewegung der 1980er Jahre wurde aus demselben Grunde „erwerbslos“ der Bezeichnung „arbeitslos“ vorgezogen. Im vorliegenden Text wird deshalb „arbejdsledig“ mit „erwerbslos“ übersetzt (Anmerkung d. Übers.). Die LA betreibt eine Webseite – www.ladk.dk – und gibt eine Zeitschrift in dänischer Sprache in einer Auflage von ca. 1000 Exemplaren heraus (Anmerkung d. Autors).

11 SAB = *Sammenslutning af bistandsklienter* = Vereinigung der Sozialamtsklienten.

te die Landesorganisation der Erwerbslosen ist – aber eine Zusammenarbeit mit der SAB kam nicht zustande. Das hatte damit zu tun, dass die zuletzt genannte Vereinigung nur für SozialhilfeempfängerInnen gedacht war – was wir falsch fanden – und außerdem einen bedeutenden Zuschuss durch das Sozialministerium erhielt – was wir nicht wollten.¹² Die Vereinigung der SozialhilfeempfängerInnen brach schnell wieder zusammen, aber ihre Aktivitäten trugen leider auch dazu bei, das Bild der „Sozialamtsklienten“ als Loser zu legitimieren, als solche, die „den Arsch nicht hochkriegen“ oder als – wie es in der Sprache der Macht gerne formuliert wird – „die Schwachen“. Tatsächlich war es für eine lange Zeit eine feste Gewohnheit, im Fernsehen Sozi-EmpfängerInnen als „Penner auf der Parkbank“ zu präsentieren, der vor sich eine Plastiktüte voll Bier stehen und einen großen, verdreckten Hund sitzen hat.

Als es sich gezeigt hatte, dass aus dem Zusammenschluss der SozialhilfeempfängerInnen nichts werden würde, entwickelten wir unsere Idee einer Initiative für alle Erwerbslosen weiter. Wir diskutierten unsere Ziele, unsere Satzung, unser Organisationsmodell – eine relativ unsichtbare Tätigkeit, die ich aber als Tätigkeit bezeichnen würde, die den größten Einsatz meines Lebens erforderte. In den LA-Initiativgruppen haben wir versucht, aus den Erfahrungen der 1980er und 1990er Jahre und aus dem Scheitern der SAB zu lernen. Wir wollen keine reine Beratungsgruppe sein, weil wir dadurch schnell verschlissen würden. Außerdem sind wir ja auch keine ausgebildeten SozialarbeiterInnen. Wir wollten (und konnten) also keine Organisation für den einzelnen, individuellen Erwerbslosen sein, sondern eine politische Organisation für alle Erwerbslosen. Wir schrieben eine durchaus traditionelle Satzung, die einer Satzung von Parteien oder Gewerkschaften recht ähnlich ist. Die Gewerkschaften wollen üblicherweise mit „Basisaktivisten“ gar nicht reden, und wir hofften, durch die „seriöse“ Organisationsform zumindest eine Zusammenarbeit mit einzelnen ihrer Fachgruppen und vielleicht sogar mit deren Verbänden zu erreichen. Außerdem haben wir bei unserer landesweiten Gründung 1998 sowohl Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Kassierer, Schriftführer, Vorstand und erweiterten Vorstand gewählt. Die Bezeichnungen haben wir aus der üblichen bürgerlichen Vereinssprache übernommen, weil wir die Erfahrung gemacht hatten, dass Journalisten Erwerbslose jedes Mal nach der persönlichen Situation und Betroffenheit ausfragen, und es irritierte uns, dass unsere persönlichen

12 Die Sozialministerin hieß damals Karen Jespersen, eine ehemalige profilierte Linksradikale, die später in der Sozialdemokratie gelandet ist. Sie hat die in diesem Jahrhundert bislang folgenreichsten und schlimmsten Verschlechterungen für die ärmsten Bevölkerungsgruppen durchgeführt. In der Bundesrepublik ist sie vielleicht bekannt für ihre Äußerungen, dass „kriminelle Flüchtlinge auf eine einsame Insel“ verbannt werden sollten. Mittlerweile ist Jespersen aus der SP ausgetreten und setzt ihren Marsch nach Rechtsaußen fort.

Verhältnisse immer wieder in der landesweiten Presse dokumentiert und besprochen wurden. Das konnten wir weitestgehend vermeiden, indem wir uns Kraft unserer Würde als „Vorsitzender der LA“ oder Ähnlichem äußerten.

Aus Furcht davor, der Faulheit und Arbeitsscheue beschuldigt zu werden, haben alle bisherigen Versuche, die Erwerbslosen in Dänemark zu organisieren, den Willen und den Wunsch stark hervorgehoben, eine Arbeit anzunehmen. Die Gefahr, die damit verbunden ist, ist, dass solche Erklärungen dazu herausfordern, angefochten zu werden: Sind die Erwerbslosen nun auch wirklich so arbeitswillig, wie sie behaupten? Diese Diskussion haben wir in der LA im Großen und Ganzen vermieden. Unsere Strategie war, das Thema selbst nicht zur Sprache zu bringen. Das führte mit sich, dass unsere Gegner es zur Sprache bringen mussten. Und wenn sie das taten bzw. tun, dann erscheinen sie schnell als welche, die „schwache“, ehrliche, arme, arbeitslose Bürger in Misskredit bringen wollen, indem sie unbewiesene Behauptungen über deren Faulheit verbreiten.

Es gibt in Dänemark eine verbreitete Tendenz, dass sich alle Debatten über Erwerbslosigkeit und Erwerbslose um die Frage drehen, wie man die Erwerbslosen in Arbeit vermitteln kann, während man vergisst, darüber zu sprechen, wovon die Erwerbslosen leben und wie sie sich verhalten sollen, während sie erwerbslos sind. Wir als LA wollten die Organisation sein, die für die Erwerbslosen eintritt, während sie erwerbslos sind. Und vorläufig sind wir die einzige Organisation dieser Art in Dänemark (und weltweit?). Von anderen Vereinigungen, auch von denen der Erwerbslosen, unterscheidet sich die LA vor allem in einer Hinsicht: Wir fordern nicht „Arbeit für alle“. Im Katalog unserer Ziele haben wir die Forderung nach mehr Arbeitsplätzen nicht aufgenommen. Das bedeutet nicht, dass wir als Einzelpersonen dagegen sind, dass mehr Arbeitsplätze geschaffen werden, falls die Resultate dieser Arbeit bessere Lebensbedingungen für die Menschheit mit sich bringen. Darüber hinaus haben wir unsere Ziele wie folgt formuliert:

- *Die Landesorganisation will als ein Forum für die Erwerbslosen und ihre Zusammenschlüsse in Dänemark wirken*
- *Das Sekretariat der LA soll das Sprachrohr der Erwerbslosen auf Landesebene sein, koordiniert die Zusammenarbeit der lokalen Gruppen und unterstützt den Vorstand*
- *Die LA wird eine gemeinsame Zeitschrift für alle Erwerbslosen herausgeben*
- *Die LA arbeitet dafür, dass alle, die auf soziale Einkommen angewiesen sind, nicht in die Illegalität abgedrängt werden. Es muss möglich sein, mit den ausbezahlten Leistungen zu leben*
- *Die LA ist gegen Aktivierung und Zwangsarbeit. Sie arbeitet für die Anstellung der Erwerbslosen zu normalen Arbeitsbedingungen*

- Die LA tritt für die Gleichbehandlung der Erwerbslosen mit allen anderen in der Gesellschaft ein
- Die „Handlungspläne“ für Erwerbslose (die von der Arbeitsvermittlung und dem Sozialamt aufgestellt werden) müssen auf der Grundlage von Freiwilligkeit beruhen, die Voraussetzung für ein positives Resultat ist
- Die LA arbeitet dafür, dass die Gesetzgebung für den Arbeitsmarkt und den Sozialbereich menschlich, durchschaubar und verständlich wird
- Die LA ist unabhängig von parteipolitischen und ökonomischen Interessen

Die Erfahrungen, die wir seit unserer Existenz mit der öffentlichen Wahrnehmung der LA gemacht haben, sind widersprüchlich: Unsere Kritik der Gesetzgebung und der herrschenden Politik gegenüber den Erwerbslosen hat auf der einen Seite zur Folge, dass wir aus dem allgemeinen politischen Konsens ausgegrenzt sind. Wir bekommen keine Zuschüsse vom Staat, und die finanzielle Unterstützung durch einzelne Gewerkschaftsgliederungen ist äußerst begrenzt. Wir haben keine hauptamtlich Beschäftigten und die Aktiven bezahlen den größten Teil ihrer Ausgaben aus eigener Tasche. Die einzige Partei im dänischen Parlament, die uns manchmal nach unserer Meinung fragt, ist die kleine linksorientierte Partei „Enhedsliste“ (= Einheitsliste), die mit vier Abgeordneten im *Folketing* sitzt. Außerdem hat eine neue Partei – die „Minderheitenpartei“ – unsere Ablehnung der Aktivierung in ihr Programm aufgenommen. Nur wenige der Mitglieder im Vorstand der LA sind zugleich Mitglieder einer Partei. Wenn überhaupt, dann betrachten sie sich nicht als Repräsentanten ihrer Parteien in der LA, sondern eher als Repräsentanten der LA in ihren Parteien. Auf der anderen Seite sind wir trotz der Versuche des offiziellen Dänemarks, uns zu ignorieren, viele Male zitiert und interviewt worden. Obwohl wir nur einen bescheidenen Teil der Erwerbslosen repräsentieren, waren wir häufig in den landesweiten und lokalen Medien und im Fernsehen vertreten – auf dem Titelblatt und in der besten Sendezeit. Das liegt zum einen natürlich daran, dass wir recht fleißig sind, zum anderen daran, dass die JournalistInnen – wie es sich in ihrer Tradition gebietet – mit der LA eine Organisation haben, die sie fragen können, wenn sie „ausgewogen“ berichten möchten. Folglich führt allein die Existenz der LA dazu, dass es eine Menge kostenloser Werbung für uns gibt. Außerdem sind die LA bzw. die Erwerbslosen in der Regel die Schwächeren, was bedeutet, dass einige Journalisten für uns eingenommen sind. Schließlich verdächtigt uns niemand, dass wir an irgendeine politische Partei oder Fraktion angebunden sind. Wir wurden als eine Art Bürgerrechts- oder Menschenrechtsorganisation anerkannt oder jedenfalls als eine Gruppe, die für Rechtssicherheit eintritt. Und endlich haben wir mittlerweile einigen Überblick über die dänische Aktivierungspolitik, die

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik erworben, was nicht so einfach ist, denn die Gesetze werden mindestens einmal im Jahr geändert.

Wir sind in der LA der Auffassung, dass wir uns durchaus auf einen wichtigen Teil der alten politischen Traditionen der Arbeiterbewegung beziehen können. Wir treten für das Recht auf kollektive Organisation, für grundlegende Arbeitnehmerrechte, für Tarifautonomie, für die freie Wahl von Vertrauensleuten usw. ein. Und zugleich berufen wir uns auf liberale Traditionen wie die Forderung nach der Freiheit des/der Einzelnen und der Gleichheit vor dem Gesetz. In diesen beiden Zusammenhängen stellen wir die Vorstellung in Frage, dass man etwas leisten muss, bevor man Rechte in Anspruch nehmen kann.

Konkrete Strategien der LA

Die Strategien, die wir angewendet haben, um unsere unmittelbaren Ziele, d.h. die Anfechtung der „Aktivlinie“ zu erreichen, waren:

1. ganz konkret die Inhalte einzelner Aktivierungsprojekte anzugreifen, mit dem Ziel, diese zu schließen;
2. eine öffentliche Debatte um Aktivierung zu provozieren;
3. Respekt für die Erwerbslosen einzufordern und einige positive Identifikationsmöglichkeiten für die Erwerbslosen zu schaffen.

Zum ersten Punkt: Aktivierung hat in Dänemark viele verschiedene Formen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass wir relativ leicht Sympathie und Verständnis für unsere Sache erreichen können, wenn wir Aktivierungsprojekte angreifen, in denen die Erwerbslosen für private Firmen oder in kommunalen Produktionshäusern Produkte verpacken, zusammentragen oder montieren. In den Arbeitshäusern arbeiten überwiegend SozialhilfeempfängerInnen mit der Verpackung von Schnullern, Spielzeug, Nägeln, Schrauben, Beschlägen, Ohrenstöpseln, Tierfutter, Kleidung, modischen Accessoires, Fliegenklatschen, CD-Behältern und so weiter. Diese Art von Arbeit führt nicht zur Qualifizierung der Erwerbslosen, und die wirtschaftlichen Vereinbarungen zwischen Kommunen und privaten Trägern sind oft nicht öffentlich bzw. unklar. Der Sinn der Aktivierung in diesen Arbeitshäusern wird oft als „Training im morgendlichen Aufstehen und in Arbeitsdisziplin“ beschrieben. Wir waren der Auffassung, und wir behielten damit Recht, dass die Bevölkerung überwiegend nicht der Meinung ist, dass die Erwerbslosen in der Produktion für private Firmen beschäftigt werden sollten, die unter normalen Marktbedingungen arbeiten. Wir haben unter anderem darauf aufmerksam gemacht, dass die Steuerzahler die Löhne in privaten Firmen bezahlen, wenn diese nahezu kostenfrei SozialhilfeempfängerInnen beschäftigen. In vielen Fällen kam es dazu, dass die Kom-

munen und die Firmen diese Form der Aktivierung beendet haben, nachdem wir sie öffentlich bekannt gemacht hatten. Insbesondere Firmen, die von Goodwill und Modeströmungen abhängig sind, sind sehr empfindlich gegenüber öffentlichen Angriffen. So hatte zum Beispiel eine Überschrift in einer landesweiten Zeitung – „*Modefirma beschäftigt Zwangsarbeiter*“ – aus unserer Sicht einen außerordentlich positiven Effekt. Außerdem haben wir Erfolg gehabt mit der Strategie, kleine Zettel, in denen „Verbraucheraufklärung“ betrieben wurde, in die von Zwangsaktivierten verpackten Produkte zu legen. Nach solch einer Aktion hat zum Beispiel die Firma COLOPLAST AG im Jahre 1999 aufgehört, 120 Zwangsaktivierte zum Verpacken von medizinischen Pflastern zu missbrauchen. Vor einigen Jahren beendete die Firma JBS-Unterhosen die Beschäftigung von Zwangsaktivierten in Herning, nachdem sie eine Zeit lang solche kleinen Zettel in die Verpackung gelegt hatten. Auf den Zetteln waren Informationen über fehlenden Lohn, Rente, Urlaubsgeld enthalten. Der Zettel schloss mit der Aufforderung, dieses Produkt nicht mehr zu kaufen. Schließlich gibt es auch die (allerdings begrenzte) Möglichkeit, einige der Projekte zu schließen, indem man eine Eingabe an die offizielle Klageinstanz sendet. Solche Klagen werden in den verschiedenen Regionen sehr unterschiedlich behandelt, d.h. sie haben oft von vornherein keine Chance.

Zum zweiten Punkt, dem Versuch, eine Debatte zu provozieren, habe ich oben bereits geschildert, wie widersprüchlich die Resultate dieses Versuches waren. In einem engen Zusammenhang mit unserem Versuch, die Meinungsbildung zu beeinflussen, steht aber auch die Pflege eines „positiven Images“ von Erwerbslosen. Bei der Gründung der LA haben wir uns bewusst vorgenommen, solche positiven Perspektiven zu betonen. D.h. wir haben es unterlassen, uns selbst als „die Ausgestoßenen“, die „Marginalisierten“, die „an der Seitenlinie“, die „die draußen sind“, als „Sklavenarbeiter“ oder als „das Sklavenheer des Hungers“¹³ zu bezeichnen. Die praktische und logische Überlegung ist dabei, dass es schwierig ist, Rekruten für ein Sklavenheer zu gewinnen. Wir sind mehr für Freiwilligkeit in der Aktivierung als wir gegen Zwangsaktivierung und Zwangsarbeit sind. Obwohl der Sinn von beidem derselbe ist. Wir haben auch entschieden, die etwas langweilige Bezeichnung „Arbeitsfreie“ (oder Erwerbslose) statt „Arbeitslose“ zu benutzen, weil sich weniger Loser-Assoziationen damit verknüpfen. Ich weiß nicht genau, wie groß der Effekt dieser „positiven Perspektiven“ war, aber es wäre jedenfalls sehr ermüdend für uns Aktivistinnen und Aktivisten gewesen, wenn wir uns die ganze Zeit selbst als „Sklaven“, „Ausgestoßene“ oder „Marginalisierte“ hätten bezeichnen müssen. Dagegen

13 *Vågn op, du sultens slaveher* = wach auf, Sklavenheer des Hungers, ist ein Zitat aus der Anfangsstrophe der dänischen Fassung der Internationale.

haben wir darauf bestanden, dass wir intelligente Mitbürger und in hohem Maße in die Gesellschaft integriert sind. Die Inspiration für diese Perspektive ist sicherlich teilweise von den freundlich lächelnden, aber bestimmten „Atomkraft – Nein Danke“-Aufklebern gekommen, die ja auch in der Bundesrepublik eine große Verbreitung hatten (und haben). Der Eindruck des Aufklebers ist übrigens das, was ich von meinem letzten Aufenthalt in Hamburg behalten habe ...

Langfristige Ziele der LA

Heute ist es in Dänemark sehr opportun zu meinen, dass Erwerbslose mehr oder weniger jede entlohnte Arbeit annehmen müssen, bevor sie eine Unterstützung beanspruchen. Diese „dienen-um-zu-verdienen“-Argumentation bedeutet in ihrer Konsequenz, dass es nicht ausreicht, dass ein Erwerbsloser dem Arbeitsmarkt zur Verfügung steht. Sie beinhaltet, dass Erwerbslose arbeiten müssen und das Arbeitslosengeld oder die Sozialhilfe die Bezahlung für diese Arbeit darstellt. Damit werden die Erwerbslosen gezwungen, eine Arbeit anzunehmen, die unter anderen Bedingungen für einen normalen tariflichen Lohn ausgeführt werden würde. Die Verdrängung der tariflich entlohten Tätigkeiten führt zum Gegenteil des vorgeblich Intendierten – die Erwerbslosigkeit erhöht sich, die Löhne werden gedrückt und die Verhandlungsposition der Beschäftigten wird geschwächt. Die gedankenlose „Aktivierung“ untergräbt in ihrer Tendenz die ökonomische Logik der Gesellschaft. Weder die so genannte freie Konkurrenz noch die hoch besungene Demokratie werden durch Zwangsveranstaltungen gefördert, die der Staat gegen seine Bürger wendet.

Aber es ist nicht so einfach, in den Medien Zeit und Raum zu erobern, um diese Argumentation zu entwickeln. Und selbst in Gesprächen unter vier Augen lässt sie sich oft kaum schlüssig darlegen. Zwar gehen wir davon aus, dass es sich eigentlich um eine leicht nachzuvollziehende Argumentation handelt. Aber es liegt sicherlich nicht an den mangelnden intellektuellen Fähigkeiten unserer GesprächspartnerInnen, wenn die *Workfare*-Logik trotz allem häufig eher akzeptiert wird als unsere Argumente. Denn oft geht es nicht um Argumente, sondern um Haltungen. Die Haltung, dass Lohnarbeit als solche vernünftig und nützlich ist, ist nur sehr begrenzt offen für Reflektionen. Es klingt ganz offensichtlich vernünftig und entspricht dem Alltag der meisten Menschen, dass alle mitmachen müssen, den Beitrag leisten müssen, zu dem sie imstande sind, der „Gesellschaft etwas wiedergeben“ müssen. Vermutlich ist diese Haltung auch ganz angemessen, wenn man etwa von einem Dorf in der Steinzeit oder im Mittelalter spricht, in dem alle Aktivitäten im Großen und Ganzen zur Aufrechterhaltung des lokalen Konsums beitragen. Viel-

leicht stammt die Vorstellung, dass alle unsere Aktivitäten (d.h. im Kapitalismus primär die Lohnarbeit) zum Besten des Ganzen beitragen, zur Gemeinschaft und zum gemeinschaftlichen Reichtum, aus dieser historischen Quelle. Aber diese Vorstellung entspricht nicht der Realität der heutigen Gesellschaft. Der Umstand, dass heutzutage nahezu ausschließlich mit dem Ziel, Geld zu verdienen, produziert wird, bedeutet auch, dass das Ziel der Produktion nicht die Herstellung notwendiger Ressourcen mit einem möglichst geringen Aufwand ist. Dass das Ziel der Produktion ist, Geld zu verdienen, bedeutet, dass es wünschenswert und rational wird, qualitativ schlechtere oder giftigere Produkte herzustellen, als es unter anderen Umständen als wünschenswert erscheint. Im Kapitalismus ist es zudem nicht unbedingt wünschenswert, vor allem Güter des täglichen Verbrauchs herzustellen. Denn wenn es genügend Wohnungen, Essen, Transport- und Erwerbsmöglichkeiten gibt, dann kann dies bedeuten, dass die Preise und damit die Profite fallen. Wenn es genügend Wohnungen gibt, sinken die Mieten. Wenn es genügend Erwerbsmöglichkeiten gibt, dann könnten die Beschäftigten höhere Löhne fordern. Es ist deshalb wichtig, dass in einer kapitalistischen Ökonomie Mangelsituationen bestehen, d.h. es gibt starke ökonomische Interessen an Arbeitsplätzen, die das Leben verschlechtern und die zukünftigen Möglichkeiten der Menschheit beschränken: Dabei kommen Produkte mit eingebautem Selbsterstörungseffekt heraus, die Verwirrung und Desinformation der überall präsenten Reklame usw.

Da wir alle dieser Logik im Alltag unterworfen sind, ist das Argument, dass dies nur zu „unser aller Bestem“ geschieht, durchaus schlüssig. Obwohl es kaum einen Grund gibt anzunehmen, dass ausgerechnet Lohnarbeit unser aller Wohlbefinden befördert, ändert man diese Haltung nicht, indem man 30 Sekunden lang im landesweiten Fernsehen auftritt. Es gehört viel mehr dazu. Es handelt sich um eine langwierige und schwierige Auseinandersetzung, in der ein Bruch mit hegemonialen Haltungen gegenüber dem Leben und der Gesellschaft notwendig ist. Die LA möchte sich daran beteiligen, dass diese Auseinandersetzung stattfinden kann.

Schlussbetrachtung

Ich habe im vorliegenden Text die so genannte aktive Sozialpolitik in Dänemark aus der Sicht eines Erwerbslosen beschrieben. Vieles, was ich beschrieben habe, könnte den etwas ernüchternden Schluss nahe legen, dass es keinen Anlass für Optimismus gibt: Kurzfristig wird sich die Lebenssituation der Erwerbslosen in Dänemark wohl kaum verbessern. Aber das heißt nicht, dass nicht punktuell ein wenig Grund zur Hoffnung auf Veränderungen besteht: So hat nach meinem Vortrag in der Reihe „Soziale Konflikte in Europa“ in Hamburg im September 2004 der größ-

te Gewerkschaftsverband Dänemarks, der Verband der ungelerten und SpezialarbeiterInnen¹⁴, einen prinzipiellen Beschluss gefasst, die Lohndrückerei und unlautere Konkurrenz zu bekämpfen, die die Aktivierungspolitik beinhaltet. Und im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 8.2.2005 wurde die nutzlose und überflüssige Zwangsaktivierung öfter in Frage gestellt, vielleicht durch die Kandidatur der „Minoritätspartei“ inspiriert, die den Widerstand gegen dieselbe zu einem ihrer Schwerpunkte gemacht hat. Die Hoffnung, dass die so genannte aktive Sozialpolitik auf Dauer doch auf eine breite gesellschaftliche Kritik stößt, besteht also nach wie vor, auch wenn sowohl eine bürgerliche als auch eine sozial-liberale Regierung die Aktivierungspolitik zunächst sicherlich unbeeindruckt fortsetzen werden.

Das Interesse, der Entwicklung in anderen europäischen Ländern zu folgen, ist in Dänemark ziemlich begrenzt. Das liegt auch daran, dass es eine verbreitete Tradition in allen politischen Lagern, aber auch in den Basisbewegungen ist, Gegner der EU zu sein. Mittlerweile jedoch ist offensichtlich geworden, dass die Verschlechterung der Lebensbedingungen für die Unterklassen eine Entwicklung ist, die gleichzeitig in vielen europäischen Ländern stattfindet. Es ist also wirklich wichtig, Informationen über die Entwicklungen in den verschiedenen Ländern zu sammeln. Vielleicht muss eine Methode entwickelt werden, durch die Vergleiche möglich werden. Man könnte sich eine gemeinsame europäische Organisation oder ein Netzwerk für die ärmsten Bevölkerungsgruppen wünschen. Es wäre gut, wenn dies eine unabhängige Organisation wäre. Ihr Ziel müsste sein, akzeptable Lebensbedingungen für diese Bevölkerungsgruppen zu sichern. Sie sollte sich also nicht damit abmühen, für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu kämpfen, sondern davon ausgehen, dass die kapitalistische Ökonomie Erwerbslose braucht, um zu funktionieren. Es wäre gut, wenn wir auf europäischem Niveau dazu in der Lage wären, zu einem Boykott von Waren aufzurufen, deren Produkte von zwangsaktivierten ArbeiterInnen verpackt worden sind. Die diversen Gewerkschaften und ihre Veröffentlichungen könnten eventuell dabei mitwirken, indem sie Bilder und Besprechungen der Produkte zum Beispiel von Bodum, Tolico, DanToy, HT Bedix A/S und so weiter bringen. Weiterhin würde ich vorschlagen, dass man einige konkrete Mindestforderungen dafür formulieren sollte, was notwendig wäre, um in den einzelnen Ländern gut leben zu können. Also ausreichende Wohnungen, ein Mindesteinkommen, Telefon und Internet, Versicherungen, Freizeitvergnügen, Ferienerlebnisse, ärztliche und zahn-

14 Der Gewerkschaftsverband 3F – *Felles Fagligt Forbund* (etwa: Vereinigter Fachverband) ist Anfang 2005 aus einem Zusammenschluss der Verbände der Spezialarbeiter (SiD) und der weiblichen Industriebeschäftigten (KAD) hervorgegangen. Einen guten deutschsprachigen Überblick über das dänische Gewerkschaftssystem gibt die Zeitschrift Arbeiterpolitik, *Zur Situation der dänischen Gewerkschaften*, Nr. 5, Hamburg, Mai 2002 – siehe auch: www.labournet.de/internationales/dk.

ärztliche Versorgung, Brillen und Medizin. Mit der Entwicklung der Produktivkräfte sollte es kein Problem sein, allen solche existenziellen und angemessenen Bedingungen zu sichern. Wenn diese Bedingungen für alle vorhanden sind, kann das Kapital die verbleibenden Ressourcen meinethalben dazu verwenden, in Versicherungsgesellschaften, Reklameoffensiven, künstliche Farb- und Geschmacksstoffe, farbige Wochenblätter, Kühlschränke und Glühlampen mit eingebautem Selbstzerstörungseffekt zu investieren oder was den unternehmungslustigen Kapitalverwaltern sonst noch so einfällt, um unser Dasein zu verschönern.

Wir sollten schließlich nicht vergessen, dass viele der Sozialleistungen ursprünglich eingeführt wurden, um soziale Unruhen zu vermeiden. Selten wurden diese Leistungen als eine Folge schieflich-friedlicher und gleichberechtigter Verhandlungen eingeführt. Meistens waren sie ausschließlich Folge sozialer Unruhen oder wenigstens der Furcht vor sozialen Unruhen. Unsere Aufgabe ist es, solch eine soziale Unruhe zu schaffen, weil wir jedenfalls in Dänemark scheinbar mit unseren Argumenten nicht durch die Machtstrukturen dringen können. Aber nichts deutet darauf hin, dass ein Aufstand ausgerechnet in Dänemark gleich hinter der nächsten Ecke lauert ... Deshalb ist unser Ziel als LA, qualifizierte Verbesserungsvorschläge vorzulegen. Damit wollen wir dazu beitragen, dass eine soziale Bewegung entsteht, die in der Lage ist, in die komplizierten Prozesse einzugreifen, die die *Workefare*-Politik auslöst. Dass dies von großer Bedeutung ist, machen meines Erachtens insbesondere die antidemokratischen Züge dieser Politik deutlich – in Dänemark und, wie ich angesichts dessen meine, was ich in Hamburg über das Hartz-IV-Projekt gehört habe, wohl auch in der Bundesrepublik. ♦ *Übersetzung: Peter Birke*

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

Roland Atzmüller (*1969), Wien, Doktorand und Lektor am Institut für Politikwissenschaft in Wien und Mitarbeiter der Forschungs- und Beratungsstelle Arbeitswelt (FORBA). Unregelmäßiger Mitarbeiter und Autor der Zeitschriften *grundrisse* und *malmoe*. Arbeitsgebiete: Veränderung von Arbeit, Sozialpolitik und Staat.

Emiliana Armano (*1965), Turin, Doktorandin in Arbeitswissenschaften an der Università Statale di Milano. Forschungen über die Taylorisierung der intellektuellen Arbeit, Mitarbeit in der Gruppe zu militanter soziologischer Untersuchung Romano Alquatis (Theoretiker des italienischen Operaismus), Aktivistin der *No- global-* und Antikriegsbewegung.

Erling Frederiksen (*1957), Gislinge/Sjælland, Erwerbsloser mit Ausbildung in öffentlicher Verwaltung, als Historiker und Wirtschaftswissenschaftler. Seit fünf Jahren Sprecher der Landesorganisation der Erwerbslosen in Dänemark. Früher Mitglied der Sozialdemokratischen Partei und Vorsitzender in seiner Gemeinde, nach seinem Ausschluss parteilos.

Bernhard Schmid (*1971), Paris, Jurist und freier Journalist, u.a. *labournet*, analyse und kritik, *Jungle World*, zahlreiche Veröffentlichungen über soziale Kämpfe u.a. in Frankreich, promoviert im Bereich Arbeitsrecht.

Raffaele Sciortino (*1963), Turin, Doktorand an der Università di Torino mit einer Arbeit über das Verhältnis der bundesdeutschen Gewerkschaften zur Migration nach 1945. Studium der politischen Philosophie, Abschlussarbeit über den italienischen Operaismus. Forschungen über die Migration nach Italien.

Lars Stubbe, *Iris Nowak* und *Peter Birke* waren 2004 das Büro für angenehme Lebensweisen in Hamburg.

Meinhard Meuche-Mäker hat für das Rosa-Luxemburg-Bildungswerk an der Organisation der Veranstaltungsreihe mitgewirkt.

Einladung zur Veranstaltungsreihe „Soziale Konflikte in Europa“, Hamburg, 2004

Dass der Um- und Abbau der Sozialsysteme grenzüberschreitend stattfindet, ist nicht erst seit den Demonstrationen des 3. April in Berlin, Rom, Paris und anderswo klar.

Proteste gegen die Kürzung der Rentenansprüche und gegen die zunehmend ungesicherten Arbeitsverhältnisse gab es in Frankreich bereits im vergangenen Sommer, in Italien wird seit mehreren Jahren gegen Verschlechterungen bei den Lohnersatzleistungen und bei den Renten protestiert – und selbst in Österreich hat der Generalstreik vor rund einem Jahr gezeigt, dass die Zeiten sozialfriedlicher Vereinbarungen möglicherweise am Ende sind.

Doch was sind die tieferen Ursachen dieser Parallelen? Was bedeutet das Konzept des „aktivierenden Sozialstaates“ im europäischen Maßstab? Wie hängt die „Aktivierung“ mit der Durchsetzung entgrenzter Arbeitszeiten und ungesicherter Beschäftigungsverhältnisse zusammen?

Gibt es Alternativen zur europäischen „Agenda 2010“? Welche Rolle spielen rechtspopulistische Parteien, die sich den Protesten mit sozialer Demagogie zu nähern versuchen? Und welche Perspektiven ergeben sich aus den (europaweiten!) Demonstrationen?

22. April 2004: Französisch lernen?
mit Bernhard Schmid, Paris.

17. Mai 2004: Zurück zur Barmherzigkeit? – Der Umbau des italienischen Wohlfahrtsstaates
mit Emiliana Armano und Raffaele Sciortino, Turin.

10. Juni 2004: Ein rechtes Modell für Europa? – Vier Jahre schwarzblaue Regierung in Österreich
mit Roland Atzmüller, Wien.

30. September 2004: Von Dänemark lernen? – Faulenzerdebatte, Hartz und die dänische „aktive Sozialpolitik“
mit Erling Frederiksen,
Gislinge/Sjælland.

19./20. November 2004: Zwischen Aneignung und Aktivierung – Europäische Perspektiven auf Prekarisierung und Widerstand. Abschluss der Veranstaltungsreihe „Soziale Konflikte in Europa“
mit Jörn Förster (Gewerkschaftssekretär, IG BAU), Frank John (Gesellschaft für Legalisierung), einem Film von der Gruppe *Precarias a la deriva* (Madrid) und dem *Büro für angenehme Lebensweisen*